

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Von
 Abonnement: 2.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschiedt täglich außer Montage.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gemischte Anzeigen
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inletate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 25. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Und Posadowsky?

Nach der deutschen Weltpolitik die deutsche Socialpolitik auf der Anklagebank!

Auf beiden Gebieten ist ein verwerfliches System mit verfassungsmäßig und rechtswidrigen Mitteln gefördert worden, in beiden Fällen versucht die schuldige Regierung, durch Preisgabe der Form die Sache zu retten, durch ein billiges Judemittelstück die Anklage zu entwaschen. Der ohne Geldbewilligung des Parlaments unternommene Chinafeldzug und die 12000 Mark-Affaire, die am Sonntagabend auf Veranlassung der socialdemokratischen Interpellation den Reichstag beschäftigte, sind dergestalt nur zwei verschiedene Erscheinungsformen derselben Politik. Die äußere und die innere Scharfmacherei, die internationale und die nationale Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik, in deren Durchführung das konstitutionelle Bewußtsein wie die Moral gleichermäßen mißachtet werden, sind völlig wesensgleich.

Hätte der derzeitige Kanzler in der Chinadebatte den Verfassungbruch unumwunden zugestanden und dann mit heiterer Siegeszuversicht die beleidigten Volksvertreter gebeten, Pardon zu geben, um die Weltpolitik selbst zu sichern, so gestand Graf Bülow auch gestern bereitwillig zu, daß das Verfahren des Reichsamts des Innern, das von Interessenten Agitationsgelder erbettelte, ungehörig sei und nicht wieder vorkommen dürfe. Aber dieses Zugeständnis war eine leere Form, ein schönes Jugendbekenntnis, das nicht die selbstverständlichen Konsequenzen zu ziehen wagte. Mit der Beteuerung, daß man sich bessern wolle, suchte man die völlige Preisprechung zu erschießeln — ein bequemeres Verfahren, das den Sündern, die vor Gericht erscheinen müssen, sehr planmäßig erscheinen möchte. Die Minister dürfen, das wissen wir jetzt, die Verfassung brechen, sie dürfen sich in die finanzielle Abhängigkeit einer Kapitalistenklasse begeben — was thut's, sie erklären, daß sie formell einen Mißgriff begangen, und alles bleibt beim alten. Die Rechts- und Moralverletzung ist damit zur Staatsanklage erhoben worden. In jedem modernen Staatwesen ist es die erste Forderung, die man an verantwortliche Beamte stellt, daß sie ihre Stellen verlassen müssen, wenn sie sich einer Pflichtwidrigkeit schuldig gemacht haben. Bei uns scheidet man sich um solche Kleinigkeiten nicht. Man versteht sich dem Parlament gegenüber zu einer Weiche und Entschuldigung, damit glaubt man denn das Notwendige gethan zu haben. Durch den Personenwechsel in anderen Staaten will man zeigen, daß die Korruption nur in Personen, nicht im System haften. Im Deutschen Reich hält man einen Personenwechsel, selbst beim Eingeständnis schwerster Verfehlungen, für unnütz. Damit bekennet man unzuweilend, daß es sich um Gebrechen des Systems handle, die man nicht durch personelle Reinigung heilen könne, selbst wenn man es wollte.

In der gestrigen Verhandlung vertrat zunächst Genosse Auer die Anklage gegen das Reichsamt der Socialpolitik. In ruhigem Ton, aber mit um so gewichtigeren Beweisen erörterte er die 12000 Mark-Affaire als ein bloßes Symptom jener dauernden Abhängigkeit der Reichsbehörden von einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten. Hätte der Bued-Vertrag nur einen Fall persönlicher Verfehlung aufgedeckt, so wäre mit der Beseitigung des Schuldigen die Angelegenheit erledigt. Hier aber handle es sich um weit Schlimmeres und Schwereres, die Korruption eines Systems. Auer charakterisierte an einer großen Zahl von Fällen den zunehmenden Einfluß, die dominierende Stellung des Centralverbands deutscher Industrieller. Die Regierung bezieht sich, alle Wünsche der Unternehmer zu erfüllen. Sie läßt sich von ihnen informieren, sie bezieht ihre Versammlungen und Diners, während sie die Arbeitervereinigungen völlig ignoriert. Und die Unternehmer behandeln denn auch ihre Regierung mit einer grenzenlosen Höflichkeit. Im März 1899 überschüttete Herr Bued in einer Versammlung des Centralverbands den früheren Vorgesetzten des Herrn v. Boedike, den Unterstaatssekretär v. Rottenburg, wegen seiner socialpolitischen Bemühungen mit Hohn und Spott und im August des Jahres erschien v. Boedike bei demselben Bued und bettelte ihn um die 12000 Mark an. Auer rief eine starke Wirkung im Hause hervor, als er auf dieses Schauspiel von Beamten-Solidarität hinwies. Auer that ferner das ablenkende Geschwätz von der freihändlerischen Intrigue gegen den Grafen Posadowsky mit schneidendem Sarkasmus ab. Die Socialdemokratie habe gar kein Interesse, Minister zu stürzen, im Gegenteil, sei es für sie wertvoll, wenn die Schuldigen der 12000 Mark-Affaire im Amte blieben, damit man sie bei jeder Gelegenheit fragen könne, in wessen Diensten ihre Handlungen geschehen und wer die Agitation bezahle.

Auer Redner erinnerte dann weiter daran, wie sich auch die protestantische Geistlichkeit auf das Kommando Stummis jeder socialpolitischen Thätigkeit begeben habe, wie neuerdings auch die katholischen Kirchenführer dem Beispiel gefolgt seien. Jetzt klagte die Agitation über die unverantwortlichen Rathgeber des Kaisers; die Kaiser seien bisher gewohnt, allein das Ohr des Monarchen zu haben, jetzt läßen sie unter der industriellen Konkurrenz, daher die Beschwerden. Die Arbeiter aber schritten seit langer Zeit die Wirkungen der falschen Unterdrückung des Kaisers. Auer schloß mit einem Appell an alle ehrlichen Leute, die mit der Socialdemokratie in den Ruf einstimmen müßten: Fort mit diesem System und den Personen, die derartige Dinge verschulden.

Eine schwerere Anklage, wie sie Auer gegen das Reichsamt des Innern richtete, ist sicherlich niemals im deutschen Reichstag erhoben worden. Das war in schärfster Form die Verletzung der Legende von der Unparteilichkeit der Regierung. Die ganze konservative Socialpolitik stand am Brauer, die verantwortlichen Männer

waren entlarvt als Hörige einer Unternehmerrliquie, bei der sie demütig betteln gehen.

Aber in der Regierung muß man einen Grad von Abhängigkeit erreicht haben, den man nicht für möglich halten sollte; man hat sich anscheinend den moralischen Kern töten lassen, um nicht durch Schmerzen in der Verwaltung der Geschäfte gestört zu werden. Graf Bülow konnte so in seiner Verantwortung der Interpellation seine Freude über die Wähigung der Auerischen Rede ausdrücken. Ja, was muß man denn dieser Regierung sagen, damit ihr das Empfinden eines schweren, unerhörten Vorwurfs erweckt werde, wenn selbst solche Anklagen, in dieser Wucht formuliert, ihr noch sanft erscheinen!

Der Reichskanzler erwies sich auch diesmal als der „gute Kerl“, der er nun einmal ist und sein will. Er bekannte sich zu dem edlen Programm, daß die Regierung hoch über den Parteien zu stehen habe, keiner Interessengruppe dienstbar sein dürfe. Und darum bezeichnete er die 12000 Mark-Bettelei als einen Mißgriff der beteiligten Beamten. Die Verantwortlichkeit des Grafen Posadowsky leugnete er nicht, gab sie freilich auch nicht ausdrücklich zu, aber sein liebevolles Gemüt nötigte ihm noch ein fast nektologisch verzücktes Loblied auf den bedrängten Grafen Posadowsky ab, der bleich in krampfhafter Selbstbeherrschung, neben seinem langwierenden Bismarck sah, wie angenagelt auf den ach so weichen, unentbehrlichen Ministerstuhl.

Der liebe treffliche Posadowsky und der liebe treffliche Boedike werden solche Geschichten gewiß nicht wieder thun — das war der ganze Inhalt der Erklärungen des Grafen Bülow. Jetzt aber suchte Graf Bülow auch der Protowander-Reinheit des Reichstags, die mit dem offenen Bekenntnis des „Mißgriffs“ nicht ganz zufrieden säßen, noch einen Gefallen zu erwiesen. Der Kanzler acceptierte das von der agrarischen Presse erfindene Märchen von der Intrigue, und er beteuerte mit pathetisch „gehobener Stimme, er werde deshalb von weiteren Maßnahmen gegen die schuldigen Personen absehen, weil er sich vor Intriguen nicht beuge, vor unlauteren Machenschaften nicht zurückweiche. Da heißt die Rechte vor Entzünden, die ja das alleinige Recht auf Intriguen für sich selbst beansprucht.

Diese Keuschung des Grafen entsprang einerseits der Verlegenheit, zu rechtfertigen, warum die geschuldigen Beamten nicht aus dem Amte gejagt würden, sodann dem Bedürfnis, den Agrariern etwas Angenehmes zu sagen. Der Reichskanzler hat damit in recht interessanter Weise bekundet, in welcher Weise er die Pflicht ausübt, Behauptungen zu beweisen. Als in den vorhergehenden Tagen die Himmensbriefe verlesen wurden, die zu Dutzenden übereinstimmend die gleichen Grenzbelästigungen, da war der anspruchsvollen Regierung dieses authentische Material immer noch nicht glaubwürdig genug. Heute begründet der Graf Bülow eine bedeutsame Unterlassung auf die Behauptung einer Intrigue, das heißt auf eine von agrarischen Blättern aus der Luft gezeugene Tendenzphantasie. Woher weiß der Graf Bülow, daß die Veröffentlichung des Bued-Briefes auf eine „Machenschaft“ zurückzuführen ist? Welche Beweise hat er dafür, welche Urkunden? Wir fürchten, sein ganzes Beweismaterial bildet das verlegene und verlogene Geschwätz der um ihren Posadowsky bangenden Presse der Zollwächter. Auf solch ein Nichts gründet dieselbe Regierung ihre Behauptungen, der in großer Anzahl urkundlich veröffentlichte Briefe nicht genügen.

Die logische Thorheit der Bülowschen Argumentation hat Schoenlant in seinem Schlußwort schlagend geltend gemacht: Der Reichskanzler hält es für unnötig, ein Vergehen zu ahnden, wenn ihm das Mittel seiner Entlarvung nicht gefäht.

Graf Bülow hatte natürlich bei seinen Betreuen wieder einen großen Erfolg. Der Mann kann thun und sagen was er will, es ist unter allen Umständen grobhartig, Herr Bülow war namens der Nationalliberalen tief gerührt über die Erklärung des Reichskanzlers, er mißbilligte mit ihm den „Mißgriff“, äußerte aber auch ein bißchen Sehnsucht nach der verscharrten Justizhausvorlage. Mit seiner Ironie verspottete dagegen der freisinnige Wandel die Geschlossenheit des Reichstags und die Unzulänglichkeit der Bülowschen Zugeständnisse. In scharfsinniger und amäsanter Weise klassifizierte er die Handlung Boedikes juristisch und wies auf den besonders beschämenden Umstand hin, daß das Reichsamt des Innern gar kein Gefühl für die Tragweite seiner Handlung gehabt habe.

Der Konservativ v. Leveyow und der Reichsparteiler v. Kardorff erklärten sich zwar äußerlich für die Anschauung des Reichskanzlers, thätlich aber gingen sie weit hinter dessen Mißbilligung zurück und beschönigten ganz unverhüllt das Verfahren des Herrn v. Boedike. Das that nun zwar der Führer des Centrums, Herr Lieber nicht, aber er urteilte auch nicht schärfer über den Fall als Graf Bülow und er war mit ihm einverstanden, daß keine weiteren Konsequenzen zu ziehen seien. Herr Lieber läßt sich nicht mehr bloß als Führer der regierenden Partei, sondern als die Regierung selbst. Er trat heute als Souffleur des Grafen Bülow auf und sagte für ihn, was er auf die Angriffe Mandels zu antworten hätte. Ein groteskes Bild!

Von der freisinnigen Vereinigung ging Herr Pachnide scharf gegen das Verfahren des Reichsamts des Innern vor. Dann hatte Genosse Schoenlant das Schlagwort. Er zerknuste das diplomatische Geplänkel des Grafen Bülow und präzisirte hauptsächlich die Frage nach der Mitverantwortlichkeit des Grafen Posadowsky. Diese klar und zwingend gestellte Frage hätte ebenso wie die historischen Ausführungen über das Unterabhängigkeitsverhältnis zwischen Regierung und Scharfmachern unbedingt eine Antwort vom Bundesratlich gefordert. Aber Graf Bülow rührte sich nicht, Graf Posadowsky, den es vor allem anging, blieb reglos und Herr v. Boedike war überhaupt abwesend.

Dieser Verzicht auf eine Rechtfertigung wirkte verblüffend, und Genosse Singer gab dem allgemeinen Empfinden einen prägnanten Ausdruck, als er in dem Augenblick, da der Präsident die Erledigung

der Interpellation feststellte, laut in den Saal hineinrief: „Und Posadowsky?“

Posadowsky bleibt! Das ist die Antwort. Er vermag sich nicht zu rechtfertigen, aber er bleibt.

Er bleibt, mit einer unerhörten Schuld beladen, er muß bleiben, als der sichtbare Träger eines Systems, das nicht zu reinigen und zu retten ist. Er darf nicht verschwinden, das ist der bannende Fluch, der auf ihm lastet, damit die Erinnerung an die 12000 Mark-Affaire lebendig und wach erhalten werde!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November.

Das Verantwortlichkeits-Gesetz.

Wir haben in einem früheren Artikel den Nachweis geführt, daß alle liberalen Parteien in ihrem Programm die Ministerverantwortlichkeit fordern. Die Notwendigkeit, daß Gesetze geschaffen werden, wodurch die gegenwärtig auf dem Papier stehende Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatsminister in die That umgesetzt wird, wird allseitig anerkannt. Mit Leichtigkeit wäre eine Fülle von Aeußerungen hervorragender Parlamentarier aus der parlamentarischen Geschichte zusammenzutragen, welche sich auf diese Forderung beziehen. Indes hat noch keine Partei je einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht, wie dies jetzt durch die socialdemokratische Partei geschehen ist.

Die preussische Verfassung hat im Artikel 61 die Zulässigkeit der Ministeranklage grundsätzlich für die Fälle der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Betrugs anerkannt. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen wurden einem „besonderen Gesetz“ vorbehalten. Das „besondere Gesetz“ ist nie erlassen worden und so schwebt die ganze Ministerverantwortlichkeit in der Luft.

Der socialdemokratische Antrag ist angesichts des eigenmächtigen Verfahrens der Regierung in der Chinapolitik hochwichtig, und für die Parteien, welche in ihren Programmen die Forderung der Ministerverantwortlichkeit stellen, wird der Antrag einen Prüfstein bilden. Es wird sich zeigen, ob auch diese alte Forderung — wie so manche andre — von den heutigen „Liberalen“ verleugnet werden wird. Fast hat es den Anschein, wenn man die „National-Ztg.“ liest.

Sie bezeichnet das Gesetz, das einseitig von v. Bennigsen mit Entschiedenheit fordernden, eine „politische Spielerei“. Die prinzipielle Frage der Erweiterung der „bestehenden politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu einer juristisch en läßt die „National-Ztg.“ beiseite. Darum aber handelt es sich ja gerade. Was nützt die „bestehende politische Verantwortung“? Wie viele Male haben die Herren Minister schon mehr oder weniger deutlich erklärt, daß sie sich moralisch nur ihrem „kaiserlichen Herrn“ gegenüber für verantwortlich halten? Der socialdemokratische Antrag will dem Reichskanzler Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Lande, gegenüber den Steuerzahlern aufzwingen. Gerade der „politischen Spielerei“, der heute „aufstehenden politischen Verantwortlichkeit“ des Reichskanzlers soll ein Ende gemacht werden.

Im wesentlichen einverstanden mit dem socialdemokratischen Entwurf erklärt sich die „Vossische Zeitung“. Sie schreibt u. a.:

„Ueber einzelne dieser Vorschläge kann man rechten. Eine ähnliche Richtung aber wird jeder Gesetzentwurf, der denselben Zweck verfolgt, nehmen müssen, ganz gleich von welcher Partei er ausgeht. Im wesentlichen dieselben Bestimmungen sind auch in den Ministerverantwortlichkeits-Gesetzen anderer Staaten enthalten.“

Ueberall erfolgt die Anklage durch die Volksvertretung. Die Entscheidung ist vielfach einem besonderen Staats-Gerichtshof zugewiesen; eine Reihe Verfassungen oder Ausführungsgesetze sichern der Volksvertretung einen wesentlichen Anteil an der Besetzung dieses Gerichtshofs. Der socialdemokratische Antrag nimmt diese Besetzung für die Volksvertretung allein in Anspruch. In einzelnen Staaten dagegen hat die Krone ebenso viel Mitglieder zu ernennen wie der Landtag oder jedes Haus des Landtags. Hin und wieder ist, wie in Sachsen-Weimar, der Präsident des Gerichtshofs ein für allemal bestimmt. Für Sachsen-Weimar ist es der Präsident des Oberlandesgerichts zu Jena.“

Wolle Anerkennung zollt die Berliner „Volks-Ztg.“ dem socialdemokratischen Entwurf:

In der That, so muß ein Verantwortlichkeitsgesetz aussehen, wenn die Verantwortlichkeit ernst gemeint ist. Den Staatsgerichtshof bildet nach diesem Entwurf ein außerhalb des Reichstags stehendes Schwurgericht, da der Reichstag nicht Ankläger und Richter zugleich sein kann. Es ist bedauerlich, daß die freisinnigen Parteien auch hier wieder der Socialdemokratie den Vortritt lassen. Die Ministerverantwortlichkeit ist eine der ersten und ältesten demokratischen Forderungen. Auch von dem Sprecher der freisinnigen Volkspartei bei der China-Debatte ist die Notwendigkeit der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers anerkannt worden. Der socialdemokratische Antrag kommt dem Verlangen nach einem verantwortlichen Reichskanzler in weitestem Umfange nach. In England sind schon vor Jahrhunderten nach einem ähnlichen Verfahren Minister zur Verantwortlichkeit gezeugen worden. Der socialdemokratische Antrag will also nichts Neues und nichts Unerhörtes.

An der Haltung der Parteien gegenüber diesem Antrag wird man einen Maßstab gewinnen für die Echtheit oder Unechtheit ihrer oft behaupteten Volksfreundlichkeit.

Der Weltwut einer notorisch Trübsinnigen ein „fluchtwürdige Klentat“, das gegen selbst schon an patriotischer Uebergegnaptheit. Der Kaiser selbst bezeichnete in seinem Antworttelegramm das Attentat als einen „einer ersten Bedeutung glücklicher Weise entbehrenden Vorfall“.

Ein neuer Ritualmord-Opfer. Der Erste Staatsanwalt Settegast in Konig wird mit dem 1. Dezember nach Linburg an der Lahn versetzt. Die antisemitische Presse schreibt diese Versetzung dem Umstand zu, daß Settegast in der Koniger Affaire zu jüdenfreundlich vorgegangen sei. Sie verlangt von der Justizbehörde, daß auch der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann versetzt werde, damit die Koniger Bürgererschaft völlig von dem Alp befreit werde. Hoffentlich wagt die Justizbehörde der Koniger Bürgererschaft nur solche Beamte zu präsentieren, die vom Ritualmord im allgemeinen und dem Koniger Ritualmord im besondern überzeugt sind.

Doppeltes Vaterland. Von einem überaus traurigen Schicksal wurde ein Elsäßer betroffen, der sowohl vom Deutschen Reich wie von Frankreich als Staatsangehöriger reklamiert wird. Der Metallarbeiter L., verheiratet und Vater von zwei Kindern, ist der Sohn eines Wülshäuser Bürger, der 1871 für Frankreich optiert hat. Als junger Mann arbeitete er in Frankreich und wurde dort zum Militär eingezogen. Nachdem er fünf Monate gedient hatte, kaufte ihn sein Vater los. Er arbeitete noch eine Zeitlang in Frankreich und kam später, als es drüben an Arbeitsgelegenheit mangelte, nach Wülshausen zurück. Nach hier angekommen, wurde er in den Soldatenrolle gestrichelt und mußte drei Jahre in Preußen dienen. Als diese Dienstzeit um war, erhielt der junge Mann wieder in Wülshausen bei der Elsässischen Maschinenbau-Gesellschaft Arbeit und fühlte sich endlich wohl. Vor etlichen Wochen wurde ihm nun seine Arbeit gekündigt, ihm aber zugleich mitgeteilt, er könne, wenn er Lust dazu habe, sofort bei der französischen Werkstätte der Gesellschaft in Belfort in Arbeit treten. L. begab sich auch an einem Montag nach Belfort, meldete sich dort polizeilich an und wollte Dienstag früh zu arbeiten anfangen. An diesem Tage wurde er aber in aller Frühe durch einen französischen Genarm aus dem Bett heraus verhaftet, weil er eine 24stündige Wehrung nicht gemacht habe und in Frankreich demnach als schuldig angesehen werde. Jetzt sitzt der Mann in Belfort in Militäruntersuchung, während Frau und Kinder in Wülshausen dem Elend entgegensehen.

Bemerkenswert ist zu dem Fall, daß nicht etwa der Bedauernswerte selbst, sondern sein Vater seiner Zeit für Frankreich optiert hat. Wer bürgt dem Manne jetzt dafür, daß, während er gewaltsam in Frankreich festgehalten wird, nicht auch hier in Deutschland für ihn ein militärischer Gestaltungstermin verstreicht und ihm bei seiner Rückkehr über die Grenze dasselbe Schicksal nicht nochmals zu teil wird, das er jetzt in Frankreich über sich ergehen lassen muß? Das ist ein durchaus unhaltbarer Zustand, und es wäre dringend zu wünschen, daß der Fall im Reichstag zur Sprache käme. Wenn der Mann, wie seine Einziehung zum preussischen Militärdienst beweist, diesseits als deutscher Staatsangehöriger betrachtet wird, dann ist das Reich auch verpflichtet, ihm jetzt seinen Schutz zu gewähren; ist er aber nicht Deutscher, wie kam man dann dazu, ihn in die deutsche Armee zu stellen?

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Vor der Essener Strafkammer hatte sich der Händler Sonnenschein wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Obwohl zwei Zeugen, die ehemalige Verlobte des Angeklagten und deren jetziger Liebhaber im Sinne der Anklage beauftragt, hielt das Gericht, in der Annahme, daß der Demagog ein böswilliger Staatsappel zu Grunde liege, die Freisprechung für geboten.

Ausland.

Ostreich-Ungarn.

Ueber die Abschaffung der Zuckerausfuhr-Prämien wurde am Donnerstag im Finanzministerium verhandelt. Dabei wurden auch die Beschlüsse bekannt, welche auf der Pariser Konferenz gefaßt worden sind. Die dort zum Abschluß gebrachte Vereinbarung zwischen Frankreich, Deutschland und Ostreich-Ungarn geht dahin, daß Frankreich als Gegenleistung für die vollständige Aufhebung der Prämie seitens Deutschlands und Ostreich-Ungarns außer der Aufhebung seiner direkten Ausfuhrprämie auch die indirekte Prämie herabsetzt und die Zuckerausfuhr über 10^{1/2} v. H. dem vollen Steuerfuß unterwirft. Voraussetzung für das Zustandekommen eines verbindlichen Uebereinkommens ist, daß die auf der Brüsseler Zuckerkonferenz im Jahre 1898 vertretenen Staaten ein gleichwertiges Opfer bringen. Nach eingehender Erörterung sprachen sich die Sachverständigen für diese Grundlage einer internationalen Regelung aus, erklärten aber, daß sie die endgültige Stellungnahme von dem Verlaufe der bevorstehenden Brüsseler Konferenz abhängig machen müssen.

Schweiz.

In Bern tritt am 8. Dezember die Bundesversammlung zur Winteression zusammen. Die Geschäftsliste enthält unter anderem folgende Nummern: Haager Konferenz, Erleichterung der Einbürgerung, Kullieferungsvertrag mit den Vereinigten Staaten, Lohnzahlung, Arbeitszeit an Sonnabenden, internationaler Arbeiterschutz, Lohn- und Anstellungsverhältnisse der eidgenössischen Arbeiter, Arbeitszeit beim Betriebe der Transportanstalten. Mehrere dieser Geschäfte sind bereits alte, ausgewachsene Eschlangen, die sich regelmäßig von Session zu Session weiter schleppen und so jedem neuen Geschäftsverzeichnis einen solchen socialpolitischen Anstich geben.

Frankreich.

Präsident Krüger traf am 11. in Paris ein. Beim Herannahen des Jugs brach das auf dem Perron versammelte Publikum, das zum Teil aus Mitgliedern des Gemeinderats und Generalrats sowie aus Parlamentariern und Journalisten bestand, in laute Hochrufe auf Krüger und die Boeren aus. Nach stürmischer wurden die Ovationen, als Krüger sichtbar wurde und auf einen Diener gestützt den Salonwagen bestieg. Crozier, der Einführer des diplomatischen Corps, begrüßte im Namen des Präsidenten der Republik mit einer Ansprache Krüger, worauf dieser dankte und erklärte, er sei nach Europa gekommen, um die Rechte seines Volkes zu verteidigen und Gerechtigkeit zu suchen. Der Präsident des Gemeinderats hieß Krüger namens der Stadt Paris willkommen und versicherte ihm, daß er in Paris ebenso begeisterte Kundgebungen finden werde, wie in Marseille. Der ungarische, brutale Krieg, der gegen die Boeren unternommen wurde, habe bei dem französischen Volke die größte Enttäuschung erregt. Krüger antwortete, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Südafrikanischen Republiken ihre Unabhängigkeit bewahren würden; er kenne den Wohlstand der Stadt Paris „luculentum nec peregritum“ und versicherte, daß auch das Volk der Boeren nicht untergehen werde. Nur mit Mühe konnte für Krüger ein Weg zu dem Landauer gebahnt werden, in dem er mit dem Präsidenten des Pariser Gemeinderats Platz nahm. Der Wagen wurde von Kuffirieren eskortiert. Die taufelbühnige Menschenmenge brachte Krüger begeisterte Ovationen dar, die sich auf dem ganzen Wege über die großen Boulevards fortsetzten. Dem Juge wurden von Mitgliedern der Boerenkomitees französische und Transvaalische Vorlagen. Einzelne Trupps junger Leute, die von der Polizei verdrängt wurden, brachten Schmißhau auf England aus. Die Demonstrationen verliefen jedoch ohne einschlägige Störung der Ordnung.

Äfrika.

Der Boerenkrieg nimmt für England wieder sehr unangenehme Dimensionen an. Das Feuer der Empörung flandert wieder allenthalben auf. Präsident Steyn und De Wet sollen zwischen Abin und Marrians die englischen Linien mit 10 000 Mann durchbrochen haben. Man hält in Londoner Kreisen die beabsichtigte Verstärkung der englischen Truppen um 10 000 Mann

für unzureichend, umso mehr, da sich unter den kolonialen Truppen eine große Kriegslust bemerkbar mache. Ein Berliner Blatt, das sich schon verschiedentlich boerenoffizieller Inspirationen gerühmt hat, behauptet sogar, daß heute mehr Boeren im Felde ständen, als zu Beginn des Kriegs. Es sei angebracht, einer solchen Lage gar nicht auszuweichen, daß Krüger wirklich noch eine Expedition auszuführen habe.

Bei **Warbington** und **Ebinburg** fanden schwere Gefechte statt, die nicht direkt als Niederlagen der Boeren bezeichnet werden. Nach einem Telegramm aus Pretoria hat **General Broadwood** am Donnerstag in einem Gefecht den Tod gefunden.

Parlamentarisches.

Die Durchführung der Religionsfreiheit im Deutschen Reich begreift ein Antrag Lieber an den Reichstag. Der vom Centrum unterstützte Antrag Dr. Lieber verlangt volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der häuslichen und öffentlichen Religionsübung für jeden Reichsangehörigen. Die Kindererziehung bei gemischten Ehen richtet sich nach der Vereinbarung der Eltern. Freie Wahl des Glaubensbekenntnisses nach zurückgelegtem zwölften Lebensjahr. Austritt aus einer Religionsgemeinschaft erfolgt durch mündliche oder schriftliche Erklärung an das Amtsgericht. Religionsgemeinschaften, welche in einem der Bundesstaaten staatlich anerkannt sind, genießen freie und öffentliche Ausübung ihres Kultus im ganzen Reichsgebiete, für Frauen Kirchengemeinden und Kirchenämter nach freiem Ermessen errichten. Alle landesrechtlichen Beschränkungen in Bezug auf die Spendung der Sakramente und in Bezug auf die Abhaltung von Missionen sind aufgehoben. Religiöse Genossenschaften (Orden) bedürfen zu ihrer Gründung und Tätigkeit keinerlei Genehmigung.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Leipzig wurden am Donnerstag die Ergänzungswahlen zum Stadtverordneten-Kollegium in der dritten Klasse vorgenommen. Gewählt wurden in zwei Kreisen fünf socialdemokratische Stadtverordnete und ein Parteigenosse als Erstermann. In den beiden anderen Wahlkreisen wurden vier bürgerliche Stadtverordnete gewählt. Im ganzen wurden 7529 socialdemokratische und 6890 bürgerliche Stimmen abgegeben. Ob das Ergebnis der Wahl eine Veränderung unseres Verhältnisses im Gemeindefolge bedingt, ist aus dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ nicht deutlich zu ersehen. Unsere Gesamtstimmzahl hat sich seit der vorigen wenig verändert, trotzdem unser Leipziger Parteiblatt zu klagen hat über „gewisse Quertreibereien, wonach unter den heutigen Verhältnissen nicht gewählt werden dürfe“.

In **Unterhans** bei Gera erlangen unsere Genossen einen beachtenswerten Sieg. Es wurden fünf Parteigenossen und nur drei bürgerliche Gemeinderatsmitglieder gewählt. Ebenfalls siegreich waren die Genossen in **Löbtau** bei Dresden. Dort ist der Sieg um so beachtenswerter, als man der Socialdemokratie vor Jahren durch Einführung der Städte-Ordnung, die entgegen der Landgemeinde-Ordnung eine besondere, mit Schwierigkeiten und Kosten verknüpfte Bürgerrechts-Erwerbung vorschreibt, die bis dahin besseren Mandate entziehen zu können hoffte. Das hatte auch jahrelang Erfolg. Jetzt haben die Genossen durch eifrige Vorarbeit für die Bürgerrechts-Erwerbung die Scharte wieder ausgemeißelt. Es wurden alle 3 Socialdemokraten gewählt, und die Partei ist im Gemeinderat jetzt durch 8 statt bisher 3 Mitglieder vertreten. Von 1180 Wählern stimmten 1061 ab, ein Beweis dafür, daß die Wahl eine Kraftprobe war.

In **Crimmitschau** verloren wir leider 2 Sitze und verfügen nunmehr nur noch über 8 Mandate. In **Greiz** verloren wir den einzigen bisher innegehabten Sitz. In **Debschitz** bei Gera wurde von der socialdemokratischen Liste nur ein Genosse gewählt. In den **Dorfen Rühls, Frankenthal und Triebes**, sämtlich Kreis j. L., wurden die Parteikandidaten glatt gewählt.

Zur **Frankfurter Stadtverordneten-Wahl** wird uns geschrieben: Endlich ist es der Frankfurter Arbeiterschaft gelungen, Preise in den demokratisch-sozialistischen-nationalliberalen Stadtverordneten-Kingel zu legen. Bei den am Donnerstag stattgehabten Stichwahlen ist, wie bereits telegraphisch berichtet, Genosse Dr. Quard in Vordenheim, das seit einigen Jahren Frankfurt einverleibt ist, mit 558 Stimmen gegen den Ausbuddel-Kandidaten, Schneidermeister Grein, gewählt worden. Welche Bedeutung diesem Wahlsieg beizumessen ist, das erhebt uns besten aus einem Artikel, den die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 324 (Drittes Morgenblatt) ihm widmet. Seit Jahren ist die Frankfurter Arbeiterschaft bemüht, in das Stadtparlament einzudringen, aber bisher war alle Mühe vergebens. Ein plutokratisches Wahlrecht, das Preußen Frankfurt als letzten Rest seiner freireichstädtlichen Herrschaft gelassen hat, und das einen Steuerentzug von 1200 M. voraussetzt, ehe jemand wahlberechtigt ist, schließt den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung, keine Beamte und Kleingewerbetreibende vom Wahlrecht aus. Wozu noch kommt, daß jeder Wahlberechtigte Preuze sein und mindestens ein Jahr lang diesen Steuerfuß bezahlt haben muß. Alle Versuche, die Härten dieses Wahlrechts zu beseitigen, den Census auf 900 M. herabzusetzen, sind bisher an der Hartnäckigkeit der Stadtverordneten-Nehrheit gescheitert. Ganz erklärlich! Die Herrn fürchten von einer Erweiterung des Wahlrechts den Einzug von zu viel Socialdemokraten in das Stadtparlament. Als im Jahre 1869 verschiedene politische Korporationen wie der Demokratische und Fortschrittverein, der Socialdemokratische Verein, die Katholischen und Evangelischen Männervereine ufm. eine Petition an den Magistrat bezug. das Abgeordnetenhaus richteten, da spielte sich bei ihrer Beratung in der Stadtverordneten-Versammlung das gottvolle Schauspiel ab, daß ein Führer der Freisinnigen, Dr. Geiger, dagegen sprach und die Petition mit Hilfe seiner Freunde zu Falle brachte. Von den 24 „Demokraten“ fehlten in jener denkwürdigen Sitzung 11 Mann, und von den wenigen Anwesenden stimmte sogar einer (und noch dazu ein Vorstandsmitglied des Demokratischen Vereins!) gegen eine Herabsetzung des Census und zwei drückten sich vor der Abstimmung. Das dürfte die Frankfurter Freisinn-Demokratie zur Genüge charakterisieren.

Aber es kommt noch besser! Als die diesmaligen Stadtverordneten-Wahlen herantamen, da wurde von der socialdemokratischen Partei an die Demokraten und Fortschrittler in ehrlicher Absicht der Antrag eines Bündnisses gestellt und zwar sollten sich die Freisinn-Demokraten an nichts verpflichten als zum Eintreten für eine gründliche Wohnungsreform, für Erweiterung des Wahlrechts und Bezahlung der städtischen Arbeiter nach den von den Gewerkschaften erzwungenen Normallohn. Dafür beanspruchten wir höchstens vier Mandate; eventuell wären wir sogar mit zweien zufrieden gewesen. Aber auch diese überaus günstigen Bedingungen lehnten die Freisinn-Demokraten ab. Und weshalb? Weil sie sich den Nationalliberalen verpflichtet fühlten und lieber Rationalliberale aus ihren Stimmzettel nehmen wollten, statt ein paar Socialdemokraten.

Dabei muß man wissen, wie die Demokraten die ganze Zeit die Socialdemokratie umschmeißen und bei jeder Gelegenheit erklären, wie gern sie es sähen, wenn ein paar Socialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung einzögen. Auch in der „Frl. Ztg.“ wird bekanntlich immer ein Zusammenschluß aller linksstehenden Elemente gegen die Reaktion gepredigt. In der Provinz freilich will Herr Sonnemann von einem solchen Zusammenschluß nichts wissen, da unterstellt er lieber die Rationalliberalen. Aber nicht genug mit diesem Komödientenspiel: Bei der Nominierung der Kandidaten zeigte sich auch, daß die Freisinn-Demokratie bestrebt war, möglichst politische Kullen aufzustellen, damit die Herrschaft Löb Sonnemanns im Frankfurter Rathgus ungehemmt bleibt. Aber gerade dieses Sonnemann-Geigerische Regiment hat in den letzten Jahren Frätsche gezeitigt, über die in vielen Kreisen der Bürgerchaft Mißgunnung herrscht. Und so kam es, daß sich diesmal alle linksbürgerlichen Elemente zusammenschlossen, um dieses Regiment zu stürzen. Es darf sicher als ein Nobium bezeichnet werden, daß Handwerker

mit und ohne Kopf aus freien Stücken die Socialdemokraten unterstützen und mit auf ihren Zettel nahmen, weil sie sich sagten, daß allein Socialdemokraten das Zeug haben, gegen die Betteln- und Alkengewirtschaft, wie sie in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung besteht, Front zu machen. Und dieser Wahlhilfe hat auch Quard zum Teil sein Mandat zu verdanken. Aus Anerkennung für diesen handverlesenen Freimut und um den Demokraten zu zeigen, daß sich die Frankfurter Arbeiterschaft nicht länger von ihnen am Karrenseil führen läßt, wurde denn unversehrt für die Stichwahlen die Karole ausgegeben, die Handwerkerkandidaten zu wählen, was denn auch geschehen ist. Die Freisinn-Demokratie hat dadurch eine schmachvolle Niederlage erlitten, was ihr von Freund und Feind gegönnt wird. Die „Frankfurter Zeitung“ ist natürlich über diesen Mißfall wütend. Sie erhebt den Vorwurf des Prinzipienbetrags und mangelnder Parteimoral, weil wir „Reaktionäre“ unterstützt hätten. Das sagt dasselbe Blatt, das 1898 bei der Reichstagswahl es gebilligt hat, daß sich die Demokraten mit den Freisinnigen und Nationalliberalen verbündeten, um uns den Reichstagsstich wegzunehmen und das auch bei diesen Stadtverordnetenwahlen das stille Bündnis mit den Nationalliberalen billigte. Die Frankfurter Arbeiterschaft hatte den Demokraten in erhellter und uneigennützigster Weise die Hand geboten zur Bekämpfung der nationalliberalen Reaktion, die Herren haben sie ausgeschlagen; nun haben sie keine Ursache, und für ihren Mißfall verantwortlich zu machen. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Partei-Organisation. In **Bittenberg** wurde ein socialdemokratischer Wahlverein gegründet.

Einen Kongress für Kommunalpolitik veranstalten die hiesigen socialdemokratischen Gemeindevertreter am 2. Dezember in Karlsruhe. Es soll ein Gemeindeprogramm für Baden beraten werden, wofür ein Entwurf vorliegt.

Internationales Sekretariat. Von der polnischen Partei-Organisation in London wird uns mitgeteilt, daß der Genosse **V. A. Jedzejorski** nicht nur Vertreter der österreichischen Polen, sondern der Organisationen der österreichischen, russischen und preussischen Polen im internationalen Sekretariat ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. — **Zu 300 M. Geldstrafe** wurde der Redakteur des „Zwickauer Volksblatts“, Genosse **Albert**, verurteilt. Er soll durch einen Gerichtsbericht einen Fabrikanten beleidigt haben.

— **Gegen den Redakteur** und den Verleger des „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen ist bekanntlich ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung anhängig. Jetzt ist das Verfahren auch auf den zweiten Expedienten, Genossen **Wätschhoff**, ausgedehnt worden, der bisher in der Voruntersuchung als Zeuge vernommen worden war.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Fabrikinspektoren. Die Tätigkeit der weiblichen Mittelperson zwischen Arbeiterinnen und Fabrikinspektion in Offenbach hat sich als sehr nützlich erwiesen. Bekanntlich wurde Genossin **Kröger** von den Offenbacher Gewerkschaften mit der Aufgabe betraut, Beschwerden der Arbeiterinnen über Geschwändigkeiten und Mißstände in ihrem Arbeitsverhältnis entgegen zu nehmen, zu prüfen und event. zur Kenntnis der Gewerbe-Ruffität zu bringen. Leider wurde, wie die Genossin Kröger berichtet, die geschaffene Beschwerde-Instanz nicht in einem Umfang in Anspruch genommen, der im Verhältnis zu den vielfach vorhandenen kulturwidrigen Arbeitsbedingungen und den Interessen der Arbeiterinnen steht. Schuld hieran trägt vor allem, daß sehr zahlreiche Arbeiterinnen die gesetzlichen Vorschriften zu ihrem Schutze gar nicht kennen und deshalb die Geschwändigkeiten der Arbeitgeber als etwas Unvermeidliches hinstehen, statt ihnen gegenüber ihr Recht zu suchen. Immerhin wurden eine Reihe schwerer Mißstände zur Kenntnis der Mittelperson und durch diese zur Kenntnis der Fabrikinspektion gebracht. Im Laufe des Jahres 1899 liefen bei Genossin Kröger von Arbeiterinnen 14 Beschwerden ein.

Die Beschwerden waren der verschiedensten Art und bezogen sich zum Teil auf die ärgsten Mängel in Hinsicht von Sitt- und Anstand. Die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson hat das Jahrige dazu beigetragen, widerstandswach und furchtsamen Arbeiterinnen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sie hat in förderlicher Weise das Wirken der Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterstützt, und ihre Arbeit ist deshalb rühmlich in den Berichten der weiblichen Fabrikinspektion anerkannt worden. Hinzugefügt sei noch, daß die Beziehungen zwischen den Bräuten und der Vertrauensperson die besten waren. Assistentin wie Fabrikinspektor nahmen die von Genossin Kröger übermittelten Beschwerden jedergelt anstandslos entgegen, ließen sich ihre gewissenhafte Prüfung angelegen sein und schritten zum Schutze der Arbeiterinnen ein, wann ihnen das Gesetz die Möglichkeit dazu bot. Eine ganze Reihe von Mißständen — darunter solche recht schwerer Art — sind in der Folge beseitigt worden. Die Erfahrungen, die in Offenbach betreffs der Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson der Gewerkschaften vorliegen, sollten die organisierte Arbeiterschaft allerorts aneignen, Frauen als Mittelpersonen zwischen Arbeiterinnen und Gewerbe-Aufsicht aufzustellen und ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht zu fördern. In letzterem Zweck ist besonders eine rege Agitation nötig, welche die Arbeiterinnen über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufklärt und sie auf die Beschwerdestelle aufmerksam macht, so daß sie im Fall von geschwändigen Arbeitsbedingungen ihr Recht suchen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend. **Achtung, Metallarbeiter!** Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma **Gebr. Rothmann** in Rixdorf haben infolge von Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt. Zugut ist ferngehakt. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Deutsches Reich. **Hubart ist der Welt Lohn.** Vor ca. 3 Jahren gründeten Agitatoren des Centrums in München einen **Trambahner-Verband**, der zur Zeit 900 Mitglieder zählt — und eine Sektion des Vereins Arbeiterschutz bildete. Die Trambahner müssen aber in der ultramontanen Freundschaft wohl ein Paar gefunden haben, denn in einer überaus stark besuchten Versammlung, die vorigen Mittwoch stattfand, erklärten sie offiziell ihren Abschied vom Centrum. Zur Begründung dieses Schrittes wurde gesagt, daß man an die ultramontane Centralstelle wohl bedeutende Zahlungen leisten müsse, aber keine entsprechenden Gegenleistungen dafür erhalte. Das Geld sei „für mich zum Fenster hinausgeworfen“ und die Mitgliedschaft bei der christlichen Organisation sei für die Trambahngestellten eher von Schaden, als von Nutzen gewesen!

Der Münchener Keilnerinnen-Verein, eine Gründung bürgerlicher Socialpolitiker, hielt dieser Tage eine Versammlung ab, in der Arbeiterschutzsekretär **Tim** ein Referat über die Reichsversicherungs-Gesetz erlasstete. In der Diskussion erhoben sich Klagen, weil verschiedene Keilnerinnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verein gemahregelt wurden. Um die geradezu unerhörte Ausbeutung der Keilnerinnen durch die Vermittlungsbüroaus endlich aus der Welt zu schaffen, beschloß die Versammlung, die Gastwirte und die Keilnerinnen aufzufordern, unter Umgehung der gewerkschaftlichen Vermittlerinnen unumwunden das städtische Arbeitsamt in Anspruch zu nehmen. Endlich wurde noch über die Anträge verhandelt, die an den Reichstag behufs Regelung der Arbeitszeit und Unterjüngung unter die Gewerbeinspektion gerichtet werden sollen. Die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterschutz wurden als ungenügend bezeichnet. In einigen Wochen soll über diese Materie weiter verhandelt werden.

Lohnabzüge. Die zumeist sehr frommen Aktionäre der Krefelder Baumwollspinnerei halten es für angebracht, den Spinne- und Fleischerinnen einen Lohnabzug von 15 bis 25 Proz. anzukündigen. Diese Reduzierung soll am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Die Arbeiter sind fest entschlossen, sich von dem ohnehin niedrigen Lohn nichts mehr abziehen zu lassen. Der Zugang von Spinnern und Ansehern soll deshalb fern gehalten werden.

Der Streik bei der Firma Schopen u. ter Meer in Hüls bei Arefeld ist nach fünfwöchiger Dauer mit einem vollständigen Erfolg für die Arbeiter beendet. Nicht allein bezahlte die Firma wieder die alten Löhne, sondern sie entläßt auch die Streikbrecher. Auch einige kleinere Uebelstände in der Fabrik wurden beseitigt.

Streikvergehen. Vor dem Schöffengericht in Mainz hatten sich sechs streikende Weber wegen Streikvergehen zu verantworten. Ihnen war zur Last gelegt, einen Arbeitswilligen im August und September, der selbst erst für den Streik agitatorisch tätig war und Streikgelber empfangen hatte, durch Drohungen, körperlichen Zwang und Verwundbarkeiten bestimmt zu haben, daß er am Streik teilnahm. Das Gericht sprach vier Angeklagte frei, während zwei nur wegen einfacher Beleidigung zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt wurden.

Ausland.

Die ein sozialistischer Bürgermeister mit einer Tramway-Gesellschaft umgeht. In Saint-Etienne (Departement Loire) streiten die Tramway-Bedienten. Die Direktion der Tramway-Gesellschaft weigert sich, mit ihren Angestellten in Unterhandlungen zu treten. Das streikende Personal schied nun vor ein paar Tagen zu dem Bürgermeister, dem Genossen Ledru, um zu erfahren, was die Gemeinde bezüglich dieser Sachlage thun werde. Der Bürgermeister erwiderte, daß er der Gesellschaft noch drei Tage Zeit lassen werde, sich eines Besseren zu bekümmern; nach Ablauf dieser Frist werde er nach den Bestimmungen des Vertrags, den die Gemeinde mit der Gesellschaft abgeschlossen, gegen diese vorgehen; das heißt, er werde sie vor die Alternative stellen, entweder den Verkehr wieder aufzunehmen oder ihre Konzession zurückzugeben.

Wie jammertlich nimmt sich demgegenüber das Verhalten der freisinnigen Stadtverwaltung in Berlin aus. Von den Versprechungen, die die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft in Gegenwart des Bürgermeisters Kirchner bei Beendigung des Streiks gegeben hat, ist keine in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, die Verhältnisse sind ärger geworden. Aber so verhält es sich mit den Vertragsbestimmungen, die die städtische Verwaltung mit der Straßenbahn-Gesellschaft in Bezug auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Angestellten eingegangen ist. Die ganzen Vereinbarungen schweben in der Luft, und die Gesellschaft braucht nicht zu befürchten, daß in so energischer Weise ihr gegenübergetreten wird, wie es in Saint-Etienne der sozialdemokratische Bürgermeister that.

Versammlungen.

Die im Chausse- und Leichensuhrwesen beschäftigten Kutscher und Stallknechte beschäftigten sich am Freitag in einer stark besuchten Versammlung, die vom Verband der Gondels-, Transport- und Verlehrsarbeiter einberufen war, mit ihrer Lohnbewegung. Der Referent Werner teilte mit, daß mehrfach versucht worden ist, die betreffenden Unternehmer zu Verhandlungen mit der Lohnkommission zu bewegen. Ein Teil der Unternehmer hat sich auch zu einer Sitzung mit der Lohnkommission eingefunden, ein anderer Teil hat dagegen die Verhandlungen abgelehnt. Auch der an die Führer ergangene Einladung hat keiner derselben Folge geleistet. Einzelne Unternehmer haben ihren Kutschern geringe Zugeständnisse gemacht, die jedoch weit hinter den Forderungen zurückbleiben und deshalb nicht angenommen werden können. Der Referent sowohl, wie die Diskussionsredner betonten, daß, nachdem sich die Mehrheit der Unternehmer auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt haben, kein anderer Weg übrig bleibe, als durch einen Streik die Forderungen zur Geltung zu bringen. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, besagt: Die Versammlung bedauert, daß die Unternehmer es abgelehnt haben, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Eine Verhandlung wäre schon deshalb vorteilhaft gewesen, weil die Führer sich bei dieser Gelegenheit hätten überzeugen können, daß ihre Behauptung, die Lohnkommission über eine verheerende Tätigkeit aus, nicht zutreffend ist. Die Versammelten halten an den aufgestellten Forderungen fest, und werden die Vertrauensleute der Betriebe beauftragt, den Führern am Sonntag, den 24. d. M., die Forderungen vorzulegen. Wenn bis Montag, den 26. d. M., annehmbare Zugeständnisse nicht gemacht werden, so ist die Arbeit niederzuliegen.

Wie vor der Abstimmung festgestellt wurde, waren die Kutscher oder in Frage kommenden Betriebe in der Versammlung vertreten. — Die Lohnkommission ist am Montag früh im Restaurant Ladewig, Kommandantenstr. 65, anwesend, um Meldungen über das Resultat des Vorgehens entgegen zu nehmen.

Die Vananschlager hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in der Max Kiesel über: Zweck und Nutzen der Organisation referierte. Eine Diskussion über den interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Ueber die Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission berichtete der bisherige Delegierte Fendius in ausführlicher Weise. Nach einer längeren Diskussion über die Aufnahme der in der Gewerkschaftskommission angerechneten Arbeitslosenstatistik wurden A. Schröder als Delegierter und W. Pliet als Stellvertreter zur Gewerkschaftskommission gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Unternehmer die im Tarif vereinbarten Bedingungen nicht erfüllen und deshalb von den Anschlägen die Arbeit eingestellt werden mußte. Damit jedwede Unregelmäßigkeiten vermieden und eine genaue Kontrolle geübt werden kann, soll in allen Fällen die Vermittlung der Arbeit durch die bestehenden Arbeitsnachweise erfolgen.

Der Centralverband der Töpfer, Filiale Berlin. Hielt am 18. November eine stark besuchte Generalversammlung ab, in der zunächst ein vom Vorstand ausgearbeiteter Entwurf, betreffs der Reorganisation der hiesigen Filiale, beraten und von der Versammlung angenommen wurde.

Der vom Kassierer verlesene Kassenbericht ergab für die Verbandskasse eine Einnahme von 5816,25 M., der eine Ausgabe von 4610,99 M. gegenübersteht. An den Centralvorstand sind abgeführt 3150 M. Die Lokalkasse wies eine Einnahme von 3101,20 M., eine Ausgabe von 2020,25 M. auf. Das Gesamtvermögen beträgt infol. des alten Bestands 6559,07 M. Für den Pensierstreik wurden ausgegeben an Unterstützung und Kontrollen 1367,50 M. An die freitenden Militärattiler wurden 150 M. gegeben. Sodann gab der Vorsitzende den bisherigen Verlauf des Streiks der Leipziger Kollegen bekannt und teilte mit, daß die Leipziger Unternehmer es forgesetzt versuchen, Streikbrecher aus Berlin zu erhalten, unter andrem von dem hiesigen Immungs-Arbeitsnachweis. Ehrenpflicht aller Kollegen sei es, dafür zu sorgen, daß niemand sich verleiten läßt, den Leipziger Kollegen in den Rücken zu fallen. Eine Resolution, die den Streikenden volle Sympathie sowie moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert, fand einstimmige Annahme. Als vorläufige Unterstützung bewilligte die Versammlung 1000 M. Nachdem die Tarifkommission durch die Wahl zweier Vertreter ergänzt und verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Die Stenocenture hielten am 19. November eine Generalversammlung bei Busse, Grenadierstraße 33, ab. Im ersten Punkt wurde die Abrechnung vom dritten Quartal verlesen sowie eine Abrechnung der diesjährigen Streikbewegung, die gedruckt vorliegt, gegeben. Sodann wurde das Amt des Kassierers, welches der Kollege Schwartz abgeben hat, dem Kollegen Schell übertragen und an Stelle des Kollegen Krebs Kollege Kretzer als Revisor gewählt. Im dritten Punkt wurde nach lebhafter Erörterung folgende Arbeitszeit als geltend angenommen: Vom 1. März bis 31. Oktober

3 1/2 Stunden, und zwar von 7—5 Uhr einschließlich 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittag. Vom 1. November bis Ende Februar 7 Stunden, und zwar von 8—4 Uhr einschließlich 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunde Mittag. Nach einigen Beschwerden, die sich gegen die Ueberstundenarbeit richteten, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die heutige Generalversammlung verurteilt wiederum die Ueberstundenarbeit, welche bei den Firmen Hauser und Kraus gemacht worden ist. Die Allgemeinheit sieht absolut kein Bedürfnis für eine systematische Ueberstundenarbeit; jedoch nimmt die Versammlung davon Abstand, in Folge der Ueberstunden einige Kollegen auszuschließen; aber sie beschließt, daß für die Folge nur dann Ueberstunden zu machen gestattet ist, wenn die Lohnkommission ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands hielt am Sonntag, den 18. November, bei Puggenbogen die ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Kassenbericht für das 3. Quartal vom 1. Juli bis 30. September gegeben. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 59 567,60 M., die Ausgaben 20 809,45 M., verblieb ein Bestand von 38 698,15 M. Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden 4817,88 M. verausgabt. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen infol. des Bestands vom 2. Quartal 147 270,44 M. Die Ausgaben betragen 24 930,80 M., verblieb ein Bestand von 122 339,64 M. Zur Unterstützung der Hamburger Werftarbeiter wurden 5586,75 M. und für die streikenden Sattler 500 M. verausgabt. Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Berlin betrug nach den Berechnungen 10 Wochenbeiträge pro Quartal 19 775 Personen. Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung wurde berichtet, daß sich die Ausgaben hierfür im 4. Quartal infolge der Krise mindestens verdoppeln dürften. Die Erledigung der weiteren Punkte der Tagesordnung mußte, da der Saal überfüllt und Hunderte von Personen keinen Einlaß fanden, vertagt werden; es findet deswegen am Sonntag, den 2. Dezember, im „Reinpalast“ eine weitere Generalversammlung statt.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals erörterte in seiner letzten Versammlung am 17. d. M. den Antrag der Hamburger Kollegen, einen Centralvorstand zu wählen. Einzelne Kollegen äußerten sich dahin, daß der Vorstand des hiesigen Vereins zugleich als Centralvorstand gewählt werden könnte; nur wäre die Wahl eines neuen Kassierers sowohl wie zweier Revisoren notwendig. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die zu diesem Zweck einzuberufende außerordentliche Generalversammlung findet am 8. Dezember statt. Der diesbezügliche Nachtrag im Statut wird von der Agitationskommission ausgearbeitet. Als Ergänzung für ein aus der Agitationskommission ausgeschiedenes Mitglied meldete sich ein Kollege freiwillig. Die Kollegen der Revisionskommission sind wegen Verweigerung ihrer Unterschrift unter einem Circular plötzlich entlassen worden. Dasselbe hatte folgenden Wortlaut: Zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung ist der Inspicient beauftragt, sämtliche Unregelmäßigkeiten, die während der Proben und Vorstellungen durch Versehen und Unachtsamkeit des technischen Personals entstehen, der Direktion zur Anzeige zu bringen; ferner ist seinem Ruhegebot Folge zu leisten. Zwei Kollegen Namens Friisch und Machotta wurden wegen ihres unsolidarischen Verhaltens aus dem Verband ausgeschlossen. Vier Abendarbeiter, welche das Schriftstück unterzeichnet haben, sollen zur nächsten Versammlung schriftlich eingeladen werden, da dieser Fall noch nicht richtig aufgelöst werden konnte. Aufnehmen ließen sich 9 Kollegen.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend sowie der Verein der Brettschneider hielten am 18. d. M. eine kombinierte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vespurgung über den künftigen Ausbau des Vereins zwecks Verschmelzung beider Vereine. 2. Vorlegung der neuen Statuten. 3. Gewerkschaftliches. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Hingz sich dahin aus, daß wenn es gelingt beide Vereine zu vereinigen, wir die Lokalkasse im Auge behalten müssen. Dem wurde zugestimmt. Dann gab Görz einige Ausführungen über die Vermögensverhältnisse des Vereins der Brettschneider und meinte, auf die Lohnforderung eingehend, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn sich die Vereine zusammenschließen. Straffer trat ebenfalls sehr für die Verschmelzung ein. Die Verschmelzung wurde einstimmig beschlossen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahmen Straffer, Lude, Krapp und Leurig Gelegenheit, die wöchentliche Beitragsleistung zu empfehlen. Hingz, Glöde, Karnal und Görz sprachen sich für einen monatlichen Beitrag aus, was gegen 5 Stimmen angenommen wurde. Es kam dann noch zu einer regen Debatte über ein obligatorisches Vereinsorgan, was vor der Hand abgelehnt wurde. Nach Erledigung einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch und dem Wunsch, daß der Verein fernher gedeihen möge.

Drehler-Versammlung. Am Dienstag, den 20. d. M., tagte eine Brandensversammlung der Drehler des Deutschen Holzarbeiter-Verbands für Bezirk Norden in Reunions kleinem Volksgarten. Der Vortrag des Herrn Dr. Wehl: Wie schütze ich mich vor der Lungentranke? wurde von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem gab Michaelis noch einmal einen kurzen Rückblick über den stattgehabten Streik, wobei er klarlegte, wie es möglich ist, das Ertragnis festzuhalten. Des weiteren kritisierte Michaelis das Verhalten einzelner Kollegen während des Streiks und fand es zu gleicher Zeit bedauerlich, daß verschiedene Kollegen immer noch so mit ihrer Arbeitskraft haushieren gehen.

Charlottenburg. In der am 18. November bei Seher abgehaltenen Mitgliederversammlung des Central-Verbands der Pauzer sprach man sich sehr mißlieblich über das Vorgehen der Lokalkommission aus. Die Freigabe der Lokale wurde für nicht korrekt gehalten. In der jetzt abzuhandelnden Lokalfrage hält die Versammlung, um allen Kommitäten mit den Wirten aus dem Wege zu gehen, für den gangbarsten Weg, ein gemeinsames Vereins- und Versammlungslokal zu errichten. Wegen Vergehen gegen die Vertragsbestimmungen erhielten einige Kollegen eine Rüge. Dem Kollegen Hamann, welcher sich des gleichen Vergehens schuldig machte, wurde der Revisorposten entzogen und an dessen Stelle Grabs gewählt. Im weiteren wurde das Gerücht, welches verschiedenerseits verbreitet wird, daß 5000 Kollegen arbeitslos seien, als horrend übertrieben bezeichnet, da laut Bericht der Verbandsleitung prozentual zu den jetzt hier anwesenden Kollegen die Zahl der Arbeitslosen eine nicht so große ist, wie um denselben Zeitpunkt vergangenen Jahres. Beschlossen wurde, 100 Exemplare des „Werkbuchs“, Rechte und Pflichten des gewerblichen Arbeiters nach dem neuesten Preisbuch von Rich. Szypinski anzulassen und zum Selbstkostenpreis den Kollegen abzulassen. Ferner wurden die Kollegen ermächt, Mann für Mann dem Wahlverein beizutreten.

Nachdem nun noch ein kurzer Bericht über die Verhandlungen der 3ler Kommission folgte, wurde die Versammlung geschlossen.

Schöneberg. Am Montag, den 19. November, tagte hier bei Obst eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Dieselbe beschäftigte sich mit einem Vortrag des Herrn Stenz über: Die Einflüsse und die Arbeiter. Die Anwesenden stimmten den Ausführungen des Referenten zu. Unter Vereinsangelegenheiten stand die Angelegenheit Obst nochmals zur Verhandlung. Die in der vorigen Versammlung eingeleitete Kommission unterbreitete eine Resolution, wonach die Handlungsweise des Genossen Obst aufs schärfste verurteilt und ihm ein Mißtrauensvotum erteilt werden sollte. Die Versammlung lehnte aber diese Resolution ab und ließ es bei einer einfachen Rüge bewenden.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Der Sozialdemokratische Wahlverein von Lichtenberg-Friedrichsberg hielt am 20. November 1900 eine gut besuchte Generalversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, forderte Gräner die Genossen, welche Mitglieder der hiesigen Orts-Krankenkasse sind, auf, sich mehr als

bisher um die Leitung dieser Kasse zu bekümmern, da selbige jetzt unter kommissarischer Verwaltung steht. Sodann erstattet Wolf Bericht über die Kreiskonferenz. Diskussion wurde nicht beliebt. Die von der Statutenberathungs-Kommission ausgearbeiteten Paragraphen wurden mit kleinen Veränderungen angenommen. Sodann forderte Gräner die Genossen auf (da nimmere der Zeitpunkt gekommen), recht kräftig in die Agitation für die Gemeindevorwahlen einzutreten, damit sämtliche Kandidaten der dritten Wahlklasse in die Kommune gewählt werden. Die darauf folgende Wahl eines 1. Vorsitzenden fiel auf Vielegang.

China.

Neuer Protest Amerikas.

Das „Herold“-Bureau meldet: Die amerikanische Regierung sandte eine neue identische Note an die Mächte über die China-Angelegenheit. Die Vereinigten Staaten weigern sich darin entschieden, den Maßregeln, welche von den Vertretern der Mächte aufgestellt sind, ihre Zustimmung zu geben. In betreff der Bestrafung der Schuldigen und der Zahlung einer Geldentschädigung schlägt die Regierung vor, da zwischen den Vertretern der Mächte hierüber ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind, neue Grundlagen zur Lösung dieser Frage in Erwägung zu ziehen. Mehrere Mächte, darunter England, sollen bereits ihre Zustimmung zu diesem neuen Vorschlag gegeben haben.

Auch Frankreich soll sein Veto gegen die Forderung der Hinrichtung der „Schuldigen“ eingelegt haben.

Die Situation am kaiserlichen Hofe

In Singanfu schildert die „Morning Post“ nach einem Privatbriefe wie folgt:

Der Kaiser und die Kaiserin befinden sich im Namen des Gouverneurs, umgeben von 250 Mann, welche ihre persönliche Leibgarde bilden. Allein rings um dieselbe ist ein Cordon von den Truppen Lungfusi angeordnet, welche die ganze Stadt besetzt halten. Lungfusiang überschreitet die „geheiligte“ Grenze so oft ihm beliebt und läßt alle Zeremonien dem Kaiser gegenüber befehlen. Die einzige Öffnung des Hofes beruht auf dem muslimanischen General Ma, welcher über 6000 Mann außerhalb Singanfus verfügt und welcher Rachepläne gegen Lungfusiang wegen der Ermordung eines Veters von Ma hegt. Prinz Tuan hat sich nach Kianghja in Kanfu begeben, um hieselbst Truppen für Lungfusiang auszubewachen und eine Festung zu errichten für den Fall, daß Lungfusiang von den Verbündeten zurückgeschlagen würde. Jeder Versuch der Kaiserin-Wittve, den Prinzen Tuan verhaften zu lassen, wäre also unsinnig. Prinz Tichwang, welcher in Singanfu verhaftet wurde, ist lediglich der Sündenbock für den Prinzen Tuan. Es ist also klar, daß der Hof nicht nach Peking zurückkehren wird. Er kann während des Winters nur vom Jangtse-Fluss aus angegriffen werden.

Eine Sensationsmeldung

Ist es aber jedenfalls nur, wenn dasselbe Blatt aus Shanghai berichtet, der deutsche Generalconsul Dr. Knappe habe dem Viceröy mitgeteilt, daß die Verbündeten beabsichtigten, eine Expedition durch das Jangtse-Fluss zu unternehmen, um auf diesem Wege Singanfu zu erreichen.

Das gelbe Bündnis.

Köln, 24. November. Die „Kölnische Zeitung“ erhält aus London folgende Depesche:

Wie ich ganz zuverlässig erfahre, hat die japanische Regierung noch kurz vor der Unterzeichnung der gemeinsamen Note in Peking nachträglich die Forderung einer besonderen Sühne wegen der Ermordung des japanischen Konslers erhoben. Gält man diese Forderung, die nur die Wirkung haben kann, die gemeinsame Aktion der Mächte zu hemmen, mit dem früheren japanischen Antrag gegen strenge Bestrafung Tuans und anderer Rädelsführer zusammen, so wird man in dem Eindruck bestärkt, daß Marquis Ito den von ihm schon früher gepflegten Gedanken des „Gelben Bündnisses“ auch als Ministerpräsident zur Richtschnur nimmt.

Letzte Meldungen.

London, 24. November. (W. T. U.) Die Abendblätter melden aus Shanghai, den 23. November: Wie aus sehr guter Quelle berichtet wird, haben Admiral Seymour und Generalconsul Warren die Besuche bei den Viceröyigen des Jangtsegebiets auf eigene Verantwortung unternommen. Sie wollen versuchen, Lichunji und Tschangtsching dazu zu bewegen, daß dieselben einer Entsendung englischer Truppen den Jangtse aufwärts zustimmen, welche weitere Zufahren an den Hof zu Singanfu zu verhindern hätten.

Beiersburg, 24. November. (W. T. U.) Der „Regierungsbote“ und der „Ruffische Invalide“ bringen eine ausführliche Schilderung der Entwicklung der Ereignisse in China, die zur Mobilisierung und zu militärischen Operationen russischer Truppen Anlaß gaben und jagen zum Schluß folgendes: Bei der gegenwärtigen beunruhigenden Lage in der Mandchurei ist es nicht möglich, daß nur eine Schutzwehr der Eisenbahn, wenn sie auch bedeutend verstärkt würde, auf einer Linie von 2000 Meilen die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und besonders die Bahn vor neuen Verwundbarkeiten schützen könnte. Deswegen verbleibt zeitweilig ein Teil unserer nach der Mandchurei geschickten Truppen dorthin. Zunächst während des jetzigen Winters werden in der Mandchurei die erste, vierte und fünfte ostbaltische Schützen-Brigade mit entsprechenden Teilen anderer Bataillongattungen einquartiert, dann werden diese Streitkräfte je nach dem Maße der Verhinderung jener Gegenden vermindert. Es ist Hoffnung vorhanden, daß es schon in der ersten Hälfte des künftigen Jahres möglich sein wird, eine der in der Mandchurei zurückgelassenen Brigaden nach dem amurischen Militärbezirk zurückzuführen. Infolge der Beendigung der militärischen Operationen in der Kronung Westsibirien ist angeordnet worden, die Zurücksendung unserer Truppen nach dem Avantsing-Gebiet und dem amurischen Militärbezirk in Angriff zu nehmen. Was den Rücktransport der Truppenteile betrifft, die aus dem europäischen Ausland nach dem fernem Osten geschickt werden sind, so kann man hoffen, daß alle Teile in der ersten Hälfte des künftigen Jahres sich bereits in ihren früheren Standquartieren befinden werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Loubet empfängt Krüger.

Paris, 24. November. (W. T. U.) Nachmittags 4 Uhr wurde Präsident Krüger vom Präsidenten der Republik empfangen. Im Hofe des Elysée-Palastes erwies ein Bataillon Infanterie die militärischen Ehren, die Musik spielte die Transmala-Gymne. Krüger wurde von dem Einführer des diplomatischen Corps Crozier in den Volkshofsaal geführt, wo Präsident Loubet mit dem Minister des Auswärtigen Deleassé ihn erwartete. Die Unterhaltung dauerte etwa 10 Minuten. Um 4 1/2 Uhr begab Präsident Loubet sich zur Erörterung des Besuchs in das Hotel Scribe, das er nach ungefähr 10 Minuten wieder verließ.

Belgrad, 24. November. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Der frühere Kreispräsident Miodrag Protitch ist gestern abend in Krusevac erschossen worden. Der Thäter ist bis jetzt nicht ermittelt. Es wird angenommen, es handele sich um einen Racheakt. Protitch war früher Gerichtspräsident in Local und Vorsitzender in dem bekannten Feldverurtheilungsprozess.

New York, 24. November. (W. T. U.) Der „New York Herald“ meldet aus Washington, der Vorschlag der Isthmus-Kanal-Kommission beschränkt die Nicaragua-Route gegenüber allen andern Plänen und spricht sich für einen Kanal von 30 Fuß Tiefe bei einem Kostenaufwand von 120 Millionen Dollar aus, betont jedoch, daß die Dämme so breit angelegt werden müssen, daß der Kanal, wenn der Verkehr es erfordert, um 5 Fuß vertieft werden kann.

lischen Kreisen reicht nicht soweit. Aber böse Beispiele verderben gute Sitten! Und so haben wir die Erscheinung, daß die Fürsten der katholischen Kirche, die Bischöfe in ihrem Fußbaer Kundschreiben gegen die Gewerkschaft der katholischen Arbeiter gewarnt haben.

Der protestantische Geistliche schweig, weil Herr v. Stumm es befahl und ebenso fügte sich das katholische Episcopat.

Sehr interessant war es ja, daß vorgestern der Führer des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, von dieser Stelle aus den Schmerzensschrei los ließ, daß nicht bloß Junker und Junkerengenossen die Hintertreppen zu gewissen Stellen hinauffinden, sondern daß ihnen auf diesem Gebiet jetzt Konkurrenz gemacht wird. (Heiterkeit und Sehr gut!) bei den Socialdemokraten.) Freilich, die Herren Junker sind es ja selber gewöhnt, daß alle höheren Beamtenstellen mit ihren Blutgenossen besetzt werden, und daher mag es ihnen schon sehr unangenehm sein, wenn sie nun durch die Hochfinanz zum Teil verdrängt werden. Diese Herren müssen es doch wohl besser verstehen, sich unentbehrlich zu machen, ihre Waren müssen mehr Anklang finden. (Heiterkeit links.) Daß solche Einflüsterungen statt finden, ist jetzt wohl als sicher anzusehen, nachdem selbst Herr v. Wangenheim es behauptet hat. Wir Vertreter der Arbeiter Deutschlands empfinden es schon lange auf das bitterste, daß die Arbeiter fortgesetzt die Opfer derartiger falscher Informationen sind, daß sie sich fortgesetzt Beurteilungen aus hohem Rinde gefallen lassen müssen, die nur auf von A-Z erfundenen Informationen beruhen können. Der Fall der Werkarbeiter, den ja auch Herr v. Wangenheim vorgestern anführte, ist nur eine Einzelscheinung, die neben vielen anderen ihren Grund hat in dem in Deutschland in übermächtigem Maß sich regenden **Byzantinismus** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Angesichts dieser überwuchernden Macht des Kapitalismus erleben wir nun das Schauspiel, daß ein hoher Beamter sich als Mittstiller an die Industrie wendet und dort Mittel flüssig zu machen sucht für ein Unternehmen im Interesse des Kapitalismus. Ein solcher Vorgang ist bisher meines Wissens in Deutschland **unerbört** gewesen und deshalb haben wir zu dem Mittel der Interpellation gegriffen und richten an den Herrn Reichskanzler die Frage, wie er über den Fall denkt, und wer die Verantwortung für dies Vergehen des Herrn v. Woedtke und des Reichsamts des Innern trägt. Alle ehrsüchtigen Leute müssen mit uns einstimmen in den Ruf: **fort mit einem System, das solche Vorgänge zeitigt und hinaus mit den Personen, die sich derartiges zu Schulden kommen lassen.** (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Die trotz einiger obligaten und wohl auch für den Abg. Auer unvermeidlichen scharfen Ausdrücke verhältnismäßig ruhige Form, in der der Interpellant seinen Antrag begründet hat, stand in der Nähe pläntlichem Gegenstand zu der Art und Weise, wie der in Rede stehende Vorfall in der dem Herrn Interpellanten nahe stehenden Presse behandelt und ihm kaum wohl jagen, ausgegliedert worden ist. Ich bin schon ziemlich weit herangekommen, aber so etwas von Uebertreibung wie bei Behandlung dieses Falls durch die socialdemokratische Presse ist mir doch noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig! rechts.) In dem ersten Artikel im „Vorwärts“ über diesen Fall fand ich zweimal das Wort „Panama“, und im anderen Artikel war von der Ruffia die Rede. Du lieber Gott! Ich habe doch auch die zeitgenössische Entwicklung verfolgt, ich versichere Sie, Panama war wirklich anders. (Sehr richtig! rechts.) Und die Anhänger der Ruffia sehen anders aus, als diejenigen, die hier schuldig sein sollen. Ueber solche Vergleiche wird niemand mehr lächeln als unsere intelligenten und sympathischen Nachbarn jenseits der Alpen und Vogezen. Der Zweck all dieser Uebertreibungen, und ich muß leider sagen Entstellungen war natürlich der, den Glauben zu erwecken, als ob wir in einem Staat lebten, in dem die Regierung abhängig sei von bestimmten Gruppen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Sehr wahr!) Mit einem Wort, der Abg. Auer hat es ja selbst gesagt, in einem Klaffe sa a t. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Schon die Wahrnehmung, welchen Agitationsstoff die Herren von dort drüben (z. B. Soc.) aus der Behandlung dieses Falles geschöpft haben, müßte mich nachdenklich stimmen, würde mich bedenklich stimmen in der Beurteilung des seiner Zeit durch Verbreitung amtlicher Drucksachen eingeschlagenen Weges. Denn ich bin der Ansicht, daß jede deutsche Regierung dem Gemeinwohl um so besser dient, je mehr sie sich stellt über die verschiedenen Interessengruppen, über die Parteien. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten) über die wirtschaftlichen und politischen Gegenstände. Ich bin davon durchdrungen, daß es die Aufgabe jeder deutschen Regierung ist, das Wohl der Gesamtheit im Auge zu haben. (Sehr wahr! und Lachen bei den Socialdemokraten.) (Zu den Soc.) Warum widersprechen Sie mir? Sie kennen mich ja noch gar nicht genug, weder persönlich noch politisch, um ein abschließendes Urteil über mich abgeben zu können. Politisch bin ich noch nicht lange genug am Werke, als daß Sie mich beurteilen könnten, höchstens wenn Sie sich auf den Standpunkt eines ihrer Anhänger von 1848 stellen: Ich kenne die Ansicht des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie. (Sehr gut! rechts.) Persönlich kennen Sie mich auch noch nicht. Ich bedaure das, bedauern Sie es auch. Ein abschließendes Urteil über mich zu fällen ist mindestens oberflächlich. Das habe ich zunächst konstatieren wollen. Ich bin aber der Ansicht, daß die Regierung sogar den Anschein vermeiden muß, in Abhängigkeit von irgend welcher besonderen Gruppe zu sein, daß sie sogar jedem solchen Verdacht entgegen muß. Darum stehe ich nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die beteiligten Beamten meinten, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen. (Lebhaftes Bravo.)

Der in Rede stehende Vorfall hat sich ereignet, ehe ich die verantwortliche Leitung des obersten Reichsamts übernommen hatte. Wäre ich damals um meine Meinung gefragt worden, so würde ich von der Anwendung des für die Verbreitung amtlicher Drucksachen gewählten Mittels abgeraten haben und ich werde, wenn so lange ich verantwortlicher Reichskanzler bin, die Absicht einer solchen Maßnahme zu meiner Kenntnis gelangt, die Ausführung einer solchen Absicht zu indizieren wissen. (Bravo!) Im vollen Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter (lebhaftes Bravo! rechts) ich gleich hoch stelle, bin ich der Ansicht, daß derartige Wege in Zukunft nicht wieder eingeschlagen werden sollen. Ueber diese meine Auffassung und diese meine Willensmeinung als des allein im Reich leitenden Ministers, ist das beteiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. (Bravo!) Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie scheinen, wie ich aus dem Hört! hört! entnehmen, solche erwartet zu haben. Ich will aber weitere Maßnahmen nicht treffen und zwar aus folgendem Grunde. Der Herr Abg. Auer hat gesagt, daß er nicht wisse, wie ein gewisser Brief in eine gewisse Leipziger Zeitung gekommen ist. Vielleicht weiß es der Abg. Dr. Schoenlant (Heiterkeit), aber ich habe vorläufig noch nicht den Eindruck, daß er geneigt sein wird, und das verhehlerte Bild zu Säis zu entfallen. (Heiterkeit.) Das hat in mir den Eindruck bestätigt, den auch die Anschuldigungen des Herrn Abg. Auer machten, und das wird auch, glaube ich, bei der Mehrheit der Mitglieder des hohen Hauses den Eindruck hervorgerufen, daß die Art und Weise, wie dieser Vorfall in die Öffentlichkeit gebracht worden ist, weniger inspiriert zu sein scheint von Idyllischem Eifer für das öffentliche Wohl, als von Tendenzen gegen gewisse gewisse wirtschaftliche Richtungen. (Anbauende Unruhe links.) Vor Juriquen heuge ich mich nicht (lebhaftes Bravo! rechts. Unruhe links.) und vor unlauteren Nachenschaften weiche ich nicht zurück. (Bravo! rechts. Unruhe links.) Ich hoffe, daß ich die Mehrheit

dieses hohen Hauses auf meiner Seite habe, wenn ich erkläre, daß ich solchen Treibern und Nachenschaften keinen Einfluß einräume auf mein amtliches Verhalten und meine amtlichen Entscheidungen. (Bravo! rechts.) Im übrigen, meine Herren, können Sie versichert sein, daß ich mich bemühen werde, den Herren von jener Seite nie wieder ähnlichen Agitationsstoff zuzuführen. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Das glauben wir! Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Büsing (natl.):

Zu meiner großen Freude hat der Herr Reichskanzler den Vorgang, um den es sich handelt, gemißbilligt und gesagt, daß unter seiner Amtsführung solche Dinge sich nicht wiederholen werden. Die Beurteilung, die der Vorgang durch den Herrn Reichskanzler gefunden hat, deckt sich so ziemlich mit der Auffassung, die im allgemeinen auch von meinen politischen Freunden geteilt wird. Auch wir sind der Meinung, daß in der Presse die Dinge in etwas ungebührlicher Weise aufgeführt worden sind. Es ist da von Panama gesprochen worden, und was heißt das anders, als die Integrität unserer Reichsbeamten in Frage ziehen? Wir weisen diese Verdächtigung zurück und legen unser absolutes Vertrauen in die Integrität unserer Reichsbeamten. Was nun den Vorgang selbst betrifft, so sind meine politischen Freunde einmütig der Ansicht, daß er entschieden zu mißbilligen ist. Es kommt dabei besonders in Betracht, daß es sich um ein socialpolitisches Gesetz handelt, welches mit Strafbestimmungen eingreifen sollte in den Bereich zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern. Dieser Gegenstand ist in der letzten Zeit immer scharfer geworden. Er betrifft sozusagen unser politisches und wirtschaftliches Leben und es hätte besondere Veranlassung für die Regierung gegeben, auch den leisesten Schein einer einseitigen Parteinahme zu vermeiden. Das Gesetz war kein Parteigesetz. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Ich bestreite das, daß das Gesetz den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben soll. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Es sollte die Arbeitswilligen gegen Gewalt und Bedrohung schützen und dem Terrorismus auf beiden Seiten begegnen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ein Teil meiner Freunde, und ich gehörte dazu, wollten den berechtigten Kern aus der Regierungsvorlage ausschälen. Ich gebe die Versicherung, daß, wenn auch nur ein einziger von uns die Vorlage als ein Parteigesetz aufgefaßt hätte, daß wir nicht den mindesten Versuch gemacht hätten, auch nur ein einziges Wort davon zu retten. Aber wir geben zu: in weiten Kreisen des Volks, nahezu in der ganzen Arbeiterklasse und auch weit in die bürgerlichen Kreise hinein ist das Gesetz, wenn auch fälschlicherweise als ein Parteigesetz aufgefaßt worden, und das ist das Gravierende bei einem solchen Gesetz. Es durfte kein hoher Reichsbeamter von einem Privatverhalte, der ausschließlich Unternehmerinteressen vertritt, Geldmittel zur Agitation annehmen. Dieses Verhalten des hohen Reichsbeamten ist absolut unzulässig, einmal aus konstitutionellen Gründen, weil er sich in den Besitz von Geldmitteln gesetzt hat, die nicht vom Reichstag genehmigt worden sind, dann auch im Interesse unfreier Reichsbeamtentums selbst, weil dadurch abelwollenden Elementen Gelegenheit gegeben wird, die Integrität unfreier Beamtenkörper in Zweifel zu ziehen und drittens, weil die Regierung über den Parteien stehen soll. Meine politischen Freunde müssen deshalb das Verhalten des Herrn v. Woedtke in ernstester Weise mißbilligen.

Abg. Mundel (fr. Sp.):

Einen gewissen Grad der Befriedigung habe auch ich bei der Rede des Reichskanzlers empfunden. Aber ist denn jemand im Hause, der weniger erwartet hatte? (Sehr gut! links.) Hat denn irgend jemand geglaubt, der Reichskanzler werde seine Billigung ausdrücken, den Vorgang beschönigen oder entschuldigen? Wer, um den schönen Ausdruck zu gebrauchen, mit der Erklärung des Reichskanzlers „voll und ganz“ zufrieden ist, der muß von so ruhrender Bescheidenheit befeelt sein, wie sie der Reichstag ja in letzter Zeit bewiesen hat. Zufrieden kann nur der sein, der das Anerbieten, das Wort „Indemnität“ in eine Vorlage zu schreiben, als volle Genugthuung betrachtet hat. (Sehr richtig! links.) Die beiden Dinge die in den letzten Tagen und heute das Haus beschäftigt haben, sind einander recht ähnlich. (Heiterkeit.) Die 153 Millionen und die 12 000 M. sind beide ohne Bewilligung des Reichstags ausgegeben worden. Graf v. Lerchensfeld hat ja hier erklärt, daß kleine und große Summen staatsrechtlich gleich zu behandeln sind. Ich habe mich gefreut, daß gerade von dem bayrischen Vertreter dies ausgesprochen ist, denn wenn es der bayrische Bundesbevollmächtigte, der Vertreter des zweitgrößten Bundesstaats, sagt, so ist das nicht nur großmütig, sondern auch klug. (Heiterkeit.) Dort sind große Ausgaben gemacht worden, um die man den Reichstag hätte erst fragen sollen, hier sind kleine Einnahmen gemacht worden, die man nicht hätte einnehmen dürfen, ohne den Reichstag darum zu fragen. Die Befragung des Reichstags wäre freilich nicht möglich gewesen, denn der Ueberrahme auf den Etat hätte man sich **thatsächlich schämen müssen.** (Sehr gut! links.) Wenn man sich aber schämen muß, dann ist die Bedeutung der Sache genügend charakterisiert. Was soll nun mit den 12 000 M. geschehen? Sind sie zu Unrecht vereinamnt, dann müßten sie zurückgegeben werden. (Heiterkeit.) Das wäre vielleicht das richtigste, wie geben sie mit bestem Dank Herrn Bued zurück. (Erneute Heiterkeit.) Vielleicht nimmt sich der preussische Finanzminister der Sache an; es handelt sich um die Vergabe von Geldmitteln zu unerlaubtem Zweck, er konfisciert sie einfach und giebt sie dann an das deutsche Reich zurück. So hätten die 12 000 Mark einen anständigen Ursprung, jetzt haben sie ihn nicht. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall links.) Schon aus dem Umstand, daß die Regierung Beträge einnimmt — ob es sich nun um einen großen oder kleinen Betrag handelt, kommt nicht in Frage, die Herren haben es ja auch zu großen Beträgen — also Beträge einnimmt, bei denen wir nicht befragt werden, sieht man, welche Bedeutung diesem Parlament beigegeben wird. (Sehr richtig! links.) Das allein schon ist der Beachtung wert, diese wiederholte Mißachtung der Rechte des Reichstags, den man anfangen möchte, als quantitas negligible zu behandeln. Der Herr Reichskanzler hat gesagt, so lange er im Amte wäre — wie lange das sein wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) — würde so etwas nicht mehr vorkommen. Befriedigt hat mich seine ausbühliche Anerkennung, daß die Rede des Kollegen Auer über die Beurteilung des Falls ihm maßvoll erschienen ist. Auer hat eine Beurteilung ausgesprochen, und sie ist verdient. Gegen Personen richten sich diese Angriffe nicht, obwohl es ja Personen sind, die es gethan haben; denn das Reichsamt des Innern als Behörde kann nichts Derartiges thun. Die Angriffe richten sich gegen die Sache, und je weniger sie sich gegen Personen richten, desto schlimmer ist es, je mehr bona fides bei den Personen vorausgesetzt wird, desto schlimmer ist es für uns. (Sehr gut! links.) Einen Mann, der mala fides gehandelt hat, den scheidt man einfach fort (Sehr gut! links), und dann ist die Sache erledigt. Daß man aber bona fides gehandelt hat, daß man in einem der höchsten Reichsamter keinen Begriffs von der Tragweite gehabt hat, das ist das Bedenkliche. (Bravo! links.) Wenn man Gelder annimmt zu Regierungszwecken — und es handelt sich doch um den Regierungszweck, die Vorlage dem Publikum kundgerecht zu machen — von einer Partei, so stellt man sich in den Dienst dieser Partei. Der Reichskanzler sagt, eine Regierung ist desto besser, je höher ihre Unparteilichkeit steht. Ich sage hinzu, eine Regierung ist desto schlechter, je tiefer sie im Dienst einer Partei steht. Und um so schämlicher liegen die Dinge, da es sich hier um eine lumpige Bagatelle handelt, wenn man um 12 000 M. bei Millionären betteln geht und die Entwürdigung gar nicht empfindet, daß man sich in den Dienst einer Klasse stellt, die ein für sie vorteilhaftes Gesetz haben will. Und wenn man es vorher nicht gewußt hätte, daß die Großindustriellen an diesem Gesetz interessiert sind — und da

versetze ich die Milde des Kollegen Büsing nicht, der das Gesetz als ein harmloses, allen Klassen dienendes hingestellt hat —, dann müßte es in dem Moment, wo man die 12 000 M. bekam, klar sein, wer den Vorteil hatte. Ueber den Verdacht sind die Herren erhaben, daß sie die 12 000 M. gegeben hätten, um die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. (Große Heiterkeit links.) Es sind Geschäftsleute, Geschäftsleute, denen das Geschäft über alles geht (Sehr gut! links), und weil es ihnen ins Geschäft paßt, haben sie den Vorgänger des Herrn v. Woedtke schlecht gemacht, so wie sie ihn selber schlecht machen werden, wenn sie ihn nicht mehr brauchen. (Lebhafter Beifall links.) Der ganze Vorgang muß Mißtrauen in die Gesetzgebung überhaupt erwecken. Welches Vertrauen soll man in sie noch legen, wenn eine Vorlage mit solchen Mitteln gefördert wird. Der einzige mildernde Umstand in diesem Falle ist, daß das Gesetz, um das es sich handelte, in seinem Wert überhaupt nicht mehr heruntergesetzt werden konnte. (Sehr gut! links.) Man hat die Regierung kompromittiert. Der Herr Reichskanzler sagt: Ja, es soll aber nicht wieder geschehen. So verzeiht man Kindern, wenn sie Beförderung geloben. (Sehr gut!) Es ist ein eigentliches Ding mit der ignorantia juris (Unkenntnis der Gesetze) in unfrer Gesetzgebung. Wenn ein Polizeibeamter seine Befugnisse überschreitet, dann sagt das Gericht: Er hat es nicht besser gewußt. Thut es aber das Publikum, dann wird das nicht gesagt, dann heißt es: Du mußt das Gesetz kennen. (Sehr gut! links.) Ich würde die Ausdehnung dieses Grundgesetzes auf unfre höchsten Behörden nicht gerne sehen. Der Herr Reichskanzler hat versprochen, daß so lange er im Amte ist, ähnliches nicht wieder geschehen soll. Ich möchte ihn fragen, welche Vorkehrungen er, nicht in den Personen, sondern in den Institutionen treffen will, um die Wiederkehr solcher Fälle zu verhüten. (Sehr gut! links.) Und dann möchte ich, daß er sich auch noch darüber auspricht: Was machen wir mit der Summe, die die Finger der Regierung beschmutzt hat. (Sehr gut! links.) Wenn ich über diese beiden Fragen eine ausreichende Auskunft erhalte, dann werde ich ebenso befriedigt sein, wie mein Vorgesetzter. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Lebedow (Rp.):

Nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers könnte ich auf das Wort verzichten. Auch die Rede des Herrn Interpellanten zwingt mich zu keiner Erwiderung, soweit sie sich mit dem Gegenstand beschäftigt hat. Nur zwei Bemerkungen! Es ist nicht richtig, daß die Vorlage eine Schädigung der Arbeiter und die Aufhebung des Koalitionsrechts gewesen wäre. (Auf bei den Socialdemokraten: Was denn?) Nun, Sie haben doch den Gesetzesentwurf betitelt „Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen.“ (Stilmische Heiterkeit links.) Dieser Entwurf war sehr nötig wegen der Hezereien der Socialdemokraten. Viele im Land, auch viele Arbeiter haben ihn gebilligt. (Auf bei den Socialdemokraten: Welche denn? Wo denn?) Zweitens habe ich zu erklären, daß der betreffende Beamte des Reichsamts des Innern sich um das Wohl der Arbeiter wohl verdient gemacht hat. (Stilmische Heiterkeit links.) Es handelte sich nicht mehr darum, die Verabschiedung des Entwurfs im Parlamente durchzusetzen; sein Schicksal war längst entschieden; es handelte sich nur darum, die Einbringer und diejenigen, die manchen Teilen des Gesetzesentwurfs zustimmten, gegen die Verdrehungen zu schützen, denen sie in Volksversammlungen und in der Presse ausgesetzt waren. Eine solche Verteidigung mußte denen am Herzen liegen, die den Entwurf eingebracht haben und denen, die ihn zum Teil gebilligt. Wenn dieser Beamte den Versuch gemacht hat, diese Verdächtigung von der Hintertreppe her auch von der Hintertreppe zu belämpfen, so kann ich das nicht billigen. Ich kann mir aber denken, daß jemand verleitet werden kann, die Hintertreppe zu benutzen, und finde darin die Entschuldigung für das Vorgehen des betreffenden Beamten. Sein Vorgehen war nicht vorsichtig und nicht politisch schlau (Auf bei den Socialdemokraten: Er war nicht schlau genug, er hat sich lassen lassen!) Er mußte sich sagen, daß ihm Unwissenheit und Böswilligkeit einen Strich daraus drehen können. Jetzt ist der Strich gedreht worden. (Auf bei den Socialdemokraten: Er hängt aber noch nicht! Große Heiterkeit.) Wenn alle Striche zum Hängen gebraucht werden sollten, dann müßten viele Leute hängen. (Auf bei den Socialdemokraten: Das stimmt!) Was die Angriffe auf den Verband der Industriellen betrifft, so muß ich betonen, daß manche ihrer Mitglieder sehr für ihre Arbeiter sorgen; es ist ein Unrecht, sie in Gegenlag zu den Arbeitern zu bringen. Ich kann deshalb nicht zugeben, daß man sich an eine bestimmte Partei gewandt hätte. Ich gebe nicht zu, daß die Arbeitgeber die Feinde der Arbeiter sind. Ich behaupte das Gegenteil. Ich berufe mich auf ein ziemlich langes Leben, das in ständiger Verbindung mit den Arbeitern gestanden hat. Ich bin mit den Arbeitern gut Freund. Die Socialdemokratie aber will aus Freunden Feinde machen. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß die Remedur genügt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieber (L.):

Meine politischen Freunde haben eine abweichende Stellung vom Vorgesetzten zur Vorlage eingenommen. Wir nehmen sie auch ein zu dem Vorgang der heute beschäftigt. Wir haben das unsrige gethan, jenen Entwurf, den wir für wohlthätig für die Arbeiter nicht halten konnten, so rasch wie möglich zu beseitigen. Niemand wird erwarten, daß wir Bemühungen gut heißen, die darauf abzielten, dem Entwurf, wenn auch nur von der Hintertreppe her, zu Hilfe zu kommen. Wenn wir aber so die Vorgänge durchaus beurteilten, wenn wir lebhaft wünschten, daß so etwas nie in deutschen Beamtentum vorgekommen wäre, so sind wir doch der Meinung, daß die würdige Erklärung des Reichskanzlers im wesentlichen unsere Beschwerde gegenüber diesem Vorgange erledigt hat. Ich bin einverstanden mit dem Herrn Reichskanzler, wenn er in hohen Tönen das Lob des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Innern gesungen hat. Der verehrte Herr ist von dem Interpellanten selbst über jegliche persönliche Angriffe hinausgehoben worden. Wir haben ihn bei den gemeinschaftlichen Arbeiten als einen Mann kennen gelernt, der von Herzen arbeiterfreundlich gestimmt ist und vollkommen unabhängig denjenigen Kreisen gegenübersteht, an die sein nachgeordneter Beamte sich gewandt hat. Dem Unwillen, den wir empfinden, ist durch die Erklärung des Reichskanzlers Genüge gethan. Er hat die Versicherung abgegeben, daß, so lange er im Amt sein wird, sich ein solcher Vorgang nie wiederholen werde. Wir freuen uns, daß er diese Erklärung in vollständigen Einverständnis mit dem Staatssekretär des Innern abgegeben hat. Herr Mundel erheben diese Erklärung nicht hinreichend, er fragt, welche Vorkehrungen der Reichskanzler treffen will, um die Wiederkehr solcher Dinge ganz und für immer auszuschließen. Ich kann nicht in der Seele des Reichskanzlers lesen und habe auch nicht den Beruf, an seiner Stelle Antwort zu geben. Ich glaube aber, der Reichskanzler würde, wenn er überhaupt die Frage beantwortet, sagen müssen, daß dies eine Sache der inneren Verwaltung des Reichs wäre und daß er eine solche Einmischung des Parlaments in die innere Verwaltung nicht dulden dürfe. (Sehr gut! rechts.) Wir, die wir eifersüchtig über die Rechte des Reichstags wachen, haben stets auf diesem Standpunkt gestanden, daß eine Einmischung in die innere Verwaltung des Reichs durch die Volksvertretung nicht zulässig ist. Zweitens hat Herr Mundel gefragt: Was machen wir mit der Summe? Auch hier kann ich nur sagen: Der Herr Reichskanzler wird wohl sagen, ich werde die Frage beantworten, wenn Herr Mundel mir sagen kann, wo all das Geld hingekommen ist. (Lachen rechts.) Wir sind durch die Antwort des Reichskanzlers in allen wesentlichen Punkten befriedigt, und ich will nicht veräumen, nochmals hervorzugeben, daß wir nach dieser Erklärung den lebhaften Wunsch hegen, daß der Herr Reichskanzler recht lange in seinem Amt bleibe. (Lauter „Aha!“ links.) Wir verlangen nicht, daß an der Person des Beamten Sühne oder Rache genommen wird. (Heiterkeit.) Die Sache ist für mich und meine Freunde erledigt.

Besonders auch, weil der Reichskanzler die Gründe angegeben hat, die für ihn maßgebend sind, keine persönlichen Weiterungen an die Angelegenheit zu knüpfen. Es handelt sich hier um dunkle Mächte, die wir geben und nicht zu Gunsten der Interessen für Juristen her. Nun hat Herr Auer das Fuldaer Gutachten hier in die Debatte gezogen und es in einen gewissen, wenn auch entfernten Zusammenhang mit dem Freiherren v. Stumm und dessen angeblicher Arbeiterfeindschaft gebracht. Er sagte, bisher sei man derartige Vorgänge bei den katholischen Kirchenparteien nicht gewöhnt gewesen, aber diese Beispiele verdienen gute Seiten und so habe das böse Beispiel des Herrn v. Stumm, der die evangelischen Arbeitervereine angegriffen hat, auch auf den Fuldaer Bischof gewirkt und seine Stellungnahme gegen die katholischen Gewerkschaften hervorgerufen. Nichts ist ungerechter, als das Fuldaer Gutachten auf Arbeiterfeindschaft zu nennen. Der Bischof hat nur die christlichen Arbeiter vor der Gefahr der Neutralität gewarnt. Er ist dabei lediglich in der Grenzen seiner Zuständigkeit geblieben und hat auch lediglich im Interesse der Arbeiter selbst gehandelt. Der Geistliche ist der berufene Wächter dafür, daß der christliche Glaube in der christlichen Arbeiterschaft erhalten bleibt. Das Ideal der Arbeiterverbrüderung muß sich auf christlichem Boden, bei Katholiken auf katholischem Boden aufbauen. Wir erkennen in religiösen Dingen nur den Papst als Autorität an, erwarten also auch von dem katholischen Arbeiter nichts anderes, als daß er sich nach den päpstlichen Vorschriften richtet. (Abg. Weibel ruft: Und die Arbeitgeber?) Es paßt ja in Ihren Kram, bei dieser Gelegenheit zu versuchen, Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften zur Sozialdemokratie herüberzuziehen. Aber ich sage, diese Agitation wird ein Fehlschlag sein. Es wird Ihnen nicht gelingen, die Arbeiterfreundlichkeit meiner Partei bei den Arbeitern in Zweifel zu ziehen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. v. Kardorff (Sp.)

schleicht sich den Ausführungen des Herrn von Lebegow an. Er will nur den Angriffen, aber abweisend Herrn v. Stumm verteidigen. Der Streit in Hamburg hat die Voraussetzungen des Herrn von Stumm bestätigt. Er hat immer darauf hingewiesen, daß sich die Arbeitgeber gegen die Arbeiter koalieren werden und das ist das Verhängnisvolle für die Arbeiter. (Abg. Weibel ruft: die Koalitionen sind ja schon lange da.) Sind erst Arbeitgeberkoalitionen da, so sind die einzelnen Arbeitgeber gezwungen, sich nach der Koalition zu richten und können ihren Arbeitern nicht selbständig Vorteile zuwenden. Den Centralverband der Industriellen habe ich ins Leben gerufen. (Singer: Er ist auch danach! Große Heiterkeit.) Er ist nicht so obenhin angestreifen, er ist eine große wirtschaftliche Institution und hat vielen Arbeitern eine erhöhte Lebenslage verschafft, weil er den wirtschaftlichen Aufschwung sich zu nuge gemacht hat. Eine Horde von Ausbeutern und Räubern ist der Verband nicht. Was den Vorfall selbst anlangt, so hätte die Regierung ihren Zweck viel geschickter erreichen können, als sie es versucht hat. Durch die Erklärung des Reichskanzlers ist die Sache für mich erledigt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pachtold (fr. Bg.)

Wir halten die Sache trotz der Erklärung des Reichskanzlers nicht für erledigt. Ich frage mich, welche That denn dem Ladel folgen soll. Herr Graf von Bülow will keine weitere Konsequenzen ziehen. Aber vielleicht erleben wir noch eine Ueberreizung. Vielleicht nimmt der Beamte, der hier von allen Seiten eine so entschiedene Mißbilligung erfahren hat, selber Veranlassung, die Konsequenzen zu ziehen, die ein andrer nicht ziehen will. (Sehr gut! links.) Der Herr Reichskanzler sagt, man habe in der Presse sehr übertrieben. Nun, bei einer solchen Gelegenheit ist es doch begründlich, wenn, um einen Ausdruck des Grafen Bülow selbst zu gebrauchen, einem das Blut etwas rascher durch die Adern rollt. (Sehr gut! links.) Es ist auch von einer Intrigue gesprochen worden. Wir scheint, man sieht hier Gespenster am hellen lichten Tage. Ich kann nur sagen, wir sind durch die Mitteilung des Briefes ebenso überrascht worden, wie Sie auf der rechten Seite des Hauses. Was sollte uns denn bestimmen, einen Beamten verdrängen zu wollen. Das Schicksal der Handelsverträge hängt nicht von dem guten oder bösen Willen eines Staatssekretärs ab. Der Reichskanzler ist der einzig Verantwortliche, an ihn werden wir uns halten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir halten uns von jeder Ueberreizung bei der Beurteilung des Vorfalls fern, mißbilligen aber das eingeschlagene Verfahren und bezweifeln es als einen groben politischen Fehler. Der Fehler ist um so größer, als es sich um ein Gesetz handelt, daß auch nach der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstags sich gegen die Arbeiter wendet. Aber auch grundsätzlich und für alle Fälle ist das Vorgehen des Reichskanzlers des Innern zu verurteilen. Die Regierung soll die Diagonale der Kräfte bilden, die Allgemeinheit vertreten, das Wesen der Monarchie besteht gerade darin, daß sie die in den Parteien sich kreuzenden verschiedenen Richtungen vereinigt. So haben auch die einzelnen Organe der Regierung zu handeln, in diesem Fall haben sie es leider verabsäumt, sie haben leider nicht das unzerstörte Vertrauen nachgerühmte genies administrative bewiesen. Wir hoffen, daß sich die Fälle nicht wiederholen, damit das Vertrauen zu der Regierung nicht erschüttert wird. (Beifall links.)

Abg. Schoenlauf (Soz.)

Der Reichskanzler hat das Kampffeld ein wenig zu verschieben gesucht. Statt auf die Substanz der Frage einzugehen, auf die Thatsache, daß ein rechts- und verfassungswidriges Subsidienverhältnis eines Reichsamts zu einer Unternehmerrunde besteht, hat er gefragt, wie wir in den Besitz dieses Briefes gekommen sind. Ich bin erfreut, daß ein so alter und erfahrener Diplomat wie er eine solche Frage überhaupt aufwirft, die ich bei einem Bureaunklerken verstehen würde. Ein Diplomat wie Graf Bülow wird sicher niemals Kanäle, aus denen vielleicht noch etwas Weiteres fließen kann, verkloppen. (Sehr gut! links.) Graf Bülow hat weiter erklärt, er würde die Handlung mißbilligt haben, wenn er sie erfahren hätte, und er werde dafür sorgen, daß solche Handlungen nicht wieder vorkommen. Aber er werde keine weiteren Maßnahmen außer dieser seiner schon mißbilligten Erklärung treffen, und zwar deshalb nicht, weil nach seiner Anschauung die ganze Enthüllung die Konsequenz einer Gegner- oder Wachenschaft sei. Er sagt also, es kommt für die Beurteilung eines Delikts darauf an, wie die That strafbar ist. (Sehr gut! links.) Die Herren v. Weersing, Hüllessem und Thiel sind jetzt, der eine in Ost, der andre in Disziplinarmateriale, weil man ihnen bestimmte schwere Vergehen nachgewiesen hat. Wird nun der Vorgesetzte dieser Herren erklären: Die Leute haben sich von dem reichen alten Wäuling mit Geld herumspielen lassen, aber ich werde keine weiteren Maßnahmen gegen diese Herren treffen, weil die ganze Geschichte die Wirkung einer Intrigue ist! (Sehr gut! links.) — Die Veröffentlichung hat festgestellt, daß das Reichsamt des Innern auf Empfehlung wegen der öffentlichen Meinung zu beeinflussen gesucht hat, indem es solche Veröffentlichungen in die Provinzialpresse lancieren ließ, ohne daß die Leser ahnen konnten, daß es sich um gouvernementale Mache handle. Das Reichsamt hat ferner das rechts- und budgetwidrige Finanzverhältnis zugeben müssen zum Centralverband der deutschen Industriellen. (Sehr richtig! links.) Das heißt zu dem größten und einflussreichsten Unternehmervorband, der in der ganzen Socialpolitik die verhängnisvollste Rolle spielt. (Sehr richtig! links.) Eine höchste Reichsbehörde, die dazu berufen wäre, nach dem berühmten Wort ein unparteiischer Hüter des Rechts zu sein, hat Partei ergriffen in dem großen Kampf zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen eines kleinen Klüngels von Groß-Unternehmern (sehr richtig! links.) und zwar Partei ergriffen in einer Form, die geradezu blamabel ist für die autoritative Stellung der Regierung. (Sehr wahr! links.) Es ist ein Witt- und Vettelgang, so begründet, wie er für ein Amt des mächtigen Deutschen Reichs sich nicht schämt. Und

ein Wittgang um welchen Betrag? Um einen Betrag, der das Reichsamt, das über den Parteien stehen soll, als den Partei-gänger nicht bloß, sondern als das Feinde des Unternehmertums erscheinen läßt. (Sehr gut! links.) Diese Thatsache zeigt, daß die Beamten, die diese That vollbracht haben und der Leiter dieses Amtes, der die Verantwortung für die ihm unterstehenden Beamten zu übernehmen hat (Sehr richtig! links), sich in einer Weise vergangen haben, daß kein wahrhaft selbständiger Mann es wagen kann, die Handlung zu verteidigen.

Die Personalfrage spielt natürlich für uns keine Rolle, aber eine wichtige Frage hat der Kanzler nicht beantwortet: In welchen Beziehungen steht der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf Posadowsky (Sehr richtig! links) zu dieser ganzen Affaire, zu dieser Klüngelbeutelschichte? Ist er beteiligt durch Handlungen oder Unterlassungen? (Sehr richtig! links.) Können Sie sich vorstellen, daß ein alter gekrüppelter Bureausherr nach Schema F wie Herr von Boedde es wagen könnte, auf eigene Faust und dem Handgelenk heraus diesen Wittgang zu thun, um die Regierung vor aller Welt zu kompromittieren. (Sehr richtig! links.) Diese Frage muß beantwortet werden, weil die Beurteilung des ganzen Falls davon abhängt. (Sehr richtig! links.) Wir müssen eine präcise Antwort darauf bekommen: Wann hat Graf Posadowsky von dem Vorgang erfahren, ist er vorher davon unterrichtet gewesen und wenn er nachher davon unterrichtet worden ist, was hat er dann getan? Die preussische Bureaucratie und die deutsche, die nach preussischem Muster doch aufgewachsen ist, hält doch sonst auf strenge Disciplin und schnelle Aufrechterhaltung der Autorität in den Aemtern. Glauben Sie wirklich, daß der Beamte, der den Wittgang getan hat, heute noch in seinem Amt säße, wenn Graf Posadowsky es hätte erleben müssen, daß ohne sein Wissen über seinen Kopf hinweg eine so kompromittierende Handlung vorgenommen ist? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Glaubt man aber, daß der Leiter des Reichsamts von einer außerordentlichen Vertrauensseligkeit gewesen ist, was für Zustände mühten dann im Reichsamt des Innern herischen? Wo ist dann die Pünktlichkeit, die Ordnung, die Disciplin, was ist das für eine Verwaltung (Sehr richtig! links), was sind das für Zustände! Nach dem Briefe des Herrn Bued hat das Reichsamt des Innern, wie er ausdrücklich sagt — und ein so alter erfahrener Scharfmacher, wie Herr Bued, weiß, was das Reichsamt des Innern ist —, sich an ihn persönlich gewendet, um das Geld aufzubringen. Das Reichsamt des Innern wird vertreten durch seinen Chef, durch den Grafen Posadowsky, und wenn ein ihm nachgeordneter Beamter sich gegen die Vorschriften der Disciplin und der einsichtigen Zustände der Verwaltung verhält, ja was geschieht dann? Entweder er hat es gewagt, und geschwiegen, oder er hat es zu spät erfahren, aber dann herrschen Zustände, die einfach anarchisch sind in der Verwaltung. (Sehr wahr! links.)

Die Subvention ist thatsächlich erbeten und verwendet worden für die Agitation im Interesse der Justizhausvorlage. Und das hat Graf Posadowsky nicht gewagt? Er ist immer so wie ein Parzival durchs Reichsamt des Innern gegangen, der taube Thor, der gar nichts weiß von dem, was ihn umgibt! So leichtgläubig sind wir nicht, das zu glauben. Was würden Sie dazu sagen, wenn etwa die Regierung Geld verlangte von den Gewerkschaften, um ein ernsthaftes Arbeitergesetz einzubringen. (Sehr gut! links.) Ja, die theoretische Möglichkeit besteht, und was würden Sie sagen, wenn plötzlich die Nachricht durch die Presse ginge, daß das Reichsamt des Innern sich erwärmt hätte für die Forderung eines solchen limonadenähnlichen Vereins, wie der, für Handelsfreiheit; würde man da nicht rufen: Seht, hier werden die Geschäfte des Freihandels besorgt! Der objektive Beobachter muß sagen, was hier geschieht, kann auch einmal bei einem andern Staatssekretär bei einer andern Angelegenheit geschehen. (Sehr richtig! links.) Wäre es nicht möglich, wenn man plötzlich erfährt, daß der 10. April dieses Defizitums der Wänder, bewilligt wird, dann auch von dieser Prämisse auszugehen: Nun natürlich, da haben die Herren vom Bund auch mal in die Tasche gegriffen. (Gruße.) — Ich habe ja nur von einer theoretischen Möglichkeit gesprochen. — Also meine Herren, es steht fest, Herr Boedde ist festhin gegangen beim Centralverband für die Justizhausvorlage. (Heiterkeit.) Nun wird die Frage dadurch nicht beantwortet, daß man einen Sündenbock in die Wüste schießt. Ja, wenn dieser hier beobachtete Standpunkt sich erweist als die Folge eines Systems, eines alten freundschaftlichen Alliance-Verhältnisses zwischen Scharfmacher und Regierung, wenn man sagt, daß hier ist bloß einmal vorgekommen, wir wollen es wahrhaftig nicht wieder thun, so ist das die alte Geschichte von der Jungfrau, die bloß ein Kind, aber ein ganz kleines hat. (Große Heiterkeit.) Die Regierung ist kompromittiert und es zeigt der Vorgang, der erst als Erfindung bezeichnet und dann als ganz belanglos hingestellt ist, daß große Interessengruppen in der deutschen Gesetzgebung eine Rolle spielen, die uns an die Zustände im Staate New York erinnern, an den Tamany-Ring. Aber dieser Tamany-Ring in New York und der Centralverband in Deutschland sind verschieden an Bedeutung, denn der letztere betrifft die Gesetzgebung eines ganzen Landes, der erstere beschränkt sich auf ein kleines Territorium.

Ist es denn so etwas Neues mit der intimen Freundschaft zwischen den Herren vom Reichsamt des Innern und dem Centralverbande? Am 2. April 1899 brachte die „Nordd. Allgem. Ztg.“ den berühmten Bericht über ein Dinner des Centralverbandes, zu dem eine ganze Reihe Bundesratsmitglieder, an der Spitze Herr v. Bötticher, erschienen waren und wo auch sehr feuchtfrohliche Reden gehalten wurden. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr v. Zahler, dankte dem „hohen Gönner“ der Industrie, Herrn v. Bötticher, daß die Regierung sich wie bereits bei früheren Gelegenheiten auch hier — es handelte sich um die Altersversicherung — von dem Gedanken habe leiten lassen, der Industrie nicht mehr aufzubürden, als sie tragen könne. (Hört! hört!) Und Herr Zende, der Leiter der Kruppischen Werke, wurde bei dieser Gelegenheit geradezu sentimental und elegisch. Er sagte, Herr v. Bötticher sei der Mann, der für die berechtigten Klagen und Forderungen der Industrie immer ein offenes Ohr habe. (Hört, hört! links.) Das offene Ohr hat Herr v. Bötticher damals gehabt, die offene Hand hatte das Reichsamt des Innern 1900. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die Beziehungen des Centralverbandes zum Reichsamt des Innern haben, wie die Geschichte der sozialen Gesetzgebung beweist, an Intensität von Tag zu Tag zugenommen. Die kleine Trübung von Seiten des Herrn v. Verleppich ist rasch vorüber gegangen, und die Intimität ist gewachsen. Die Forderungen des deutschen Tamany-Rings sind immer rücksichtsloser geworden und gegenüber einer so hochgestellten Behörde von einer gewissen Kuppigkeit gewesen. (Große Heiterkeit! links.) Die Bureau des Centralverbandes in Berlin sind die eigentliche Stelle für Socialpolitik und das berühmte Amt in der Wilhelmstraße ist nur eine Filiale. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es steht fest, daß der Centralverband, der einer Organisation des Arbeiters Treu bieten will, der den Arbeitern ausdrücklich die bürgerliche Gleichberechtigung verspricht, der immer für das Socialistengesetz, das Umsturzgesetz und Ausnahmegesetz eingetreten ist, die wichtigsten Bestimmungen der Justizhausvorlage schon seit mindestens 10 Jahren energisch verlangt hat. Schon 1890 enthält die berühmte Gewerbe-Novelle einen Paragraphen, der sozusagen der Embryo der Justizhausvorlage gewesen ist. (Sehr richtig! links.) In der Kommission für die Generalnovelle fiel jener § 158, und Herr v. Verleppich drohte, wenn der Reichstag diese Forderung der Regierung nicht bewilligt, werden wir bald gezwungen sein, mit neuen gesetzlichen Maßregeln an ihn heranzutreten. Den Scharfmachern aber dauerte die Zeit zu lange. Schon 1891 regte der Centralverband an, schon jetzt im Interesse der Sicherheit der gesamten Industrie die damaligen Vorschläge wieder aufzunehmen. Schon damals verlangten sie den sogenannten Schutz der Arbeitswilligen d. h. die Anhebung des Koalitionsrechts der Arbeiter von der Regierung. In einer damaligen Eingabe sprechen

sie offen aus, daß die Gezer und Agitatoren selbstzeitig unschädlich gemacht werden müßten, um so der Bewegung die Spitze abzubrechen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Schon 1893 servierte der Centralverband das Justizhausgesetz.

Die charakteristisch ist es, daß die Regierung bei der Reform der Unfallversicherungsgesetzgebung vor dem Centralverband unheimlich kapituliert hat, wie 1896 die preussischen Festungen vor den Franzosen vor der Dentalität des Großunternehmertums.

Der Redner geht die Höfen, die die Reform der Unfallversicherung durchgemacht hat, im einzelnen durch und verliest die verschiedenen Resolutionen, die der Centralverband in der Angelegenheit gefaßt hat. Er führt den Nachweis, daß Graf Posadowsky sich vor den Wünschen des Centralverbandes einfach gebeugt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wegen dieser Stellungnahme ist Graf Posadowsky von den vorgeschrittenen Socialreformern und auch von der „Socialen Praxis“ angegriffen worden, die offen aussprach, daß hier un-berechtigte Einflüsse auf das Reichsamt des Innern gewirkt hätten. Graf Posadowsky aber trat immer als die reine nackte Un-schuld, als das weiße Lämmchen auf. (Heiterkeit links.) Herr Bued aber verflücht triumphierend, daß die Leute, die überfügende Arbeit auf dem Gebiet der Socialreform gewollt hätten, abgefäht seien (Hört! hört! links.) und daß Männer gekommen wären, die einer ruhigen und mäßigen Auf-fassung der Dinge huldigten. Welchen Einfluß der Scharfmacherverband übt, das geht auch daraus hervor, daß 1898 das Direktorium des Centralverbandes bei dem Bundesrat vorstellig wurde und durchsetzte, daß die Arbeitergesetzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in Spinnereien, wonach ihnen eine Nachmittagspause vor den hohen Festtagen bewilligt war, beseitigt wurde. Auf dem Verordnungswege setzte der Bundesrat einfach fest, daß diese jugendlichen Arbeiter bis 5 1/2 Uhr abends an den Vortagen der Feste zu arbeiten hätten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Nun, das sind kleine Accidentien, der Einfluß der Scharfmacher kulminiert im Justizhausgesetz. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Welche Rolle sie dabei gespielt haben, ist ausführlich dargestellt. Im letzten Augenblick wurde noch der Versuch gemacht, die Justizhausvorlage zu retten, als das Gesetz bereits im Ausschusse erhalten hatte, daß es ein Scandal war, als es sich bereits im Stadium der Verwerfung befand. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und wie Ilagie Graf Posadowsky! Bis zu Thränen gerührt war er, als er sagte, so schlecht sei noch nie eine Vorlage der Regierung behandelt worden. Nicht einmal die Ehre eines Kommissions-begräbnisses wurde ihr gewährt. Am 17. November, drei Tage vor der Verharrung der Justizhausvorlage, waren die Herren vom Centralverband in Berlin zusammen und sahen eine feierliche Resolution zu Gunsten des Justizhausgesetzes. Sie empfanden eben Vaterkummer. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es war ihnen ein Kind sozusagen als Frühgeburt gekommen und sie wurden nun zu dem Schmerz über seinen Verlust heimgeführt durch den Wittgang des Herrn von Boedde um die 12000 Mark. Eine lustspielige Alimentsgeschichte. (Heiterkeit.) Die Situation, in die die Enthüllung des Bued-Briefes die Regierung gebracht hat, ist keine beneidenswerte. Graf Bülow hat übernommen alte Papiere und alte Thaten, und er hat in dieser Zwangslage die heute abgegebene Erklärung gemacht. Ist dieser Vorgang bloß so ein un-bedeutendes Zwischenpiel, ein Intermezzo? Ach nein! Dies Subsidienverhältnis zwischen der Regierung und den Scharfmachern ist nur ein Symptom für die Präponderanz der Interessen der Groß-Unternehmer über die Wohlfahrt des Volkes und die höchsten und bedeutsamsten Interessen der Arbeiter. Es zeigt sich, daß die Regierung die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgt und nur das Komitee, die Beauftragte des Unternehmertums ist, möge es ihr als Großgrundbesitzer oder als Großindustrielle oder als Großkapitalismus gegenüberstehen. (Wahr! bei den Socialdemokraten.) Wo bleiben denn die berühmten Phrasen von Kultur- und Rechtsstaat? Die Erscheinungen, welche wir hier kritisieren, zeigen die faulen Flecke an diesem sogenannten Kultur- und Rechtsstaat, der in Wirklichkeit ein Polizeis-, Junker- und Kapitalistenstaat ist. (Rufe links: So ist es!) Aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben der oberen Klassen erklären sich solche Vorkommnisse. Man hat sich gegen persönliche Bestrebungen verwehrt, aber diesen Vorwurf hat niemand erhoben. Die hier in Rede stehende Korruption ist nur viel ärger. Wir haben leider keine konstitutionellen Zustände, sondern nur eine dekorative Klasse. In einem parlamentarisch regierten Staate wäre die Regierung, die sich so etwas zu Schulden kommen ließe, mit dem Augenblicke des Bekanntwerdens unmöglich; wir aber leben in der Zeit eines persönlichen Regiments und die verschiedenen Reichsämter sind nichts anderes als Organe sehr hoher und einflussreicher Kreise. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sie sprechen von Intriguen und Wachenschaften, aber nicht, daß so etwas geschehen ist, bedauern Sie, sondern nur, daß es bekannt wird. Sie nennen es eine Wachenschaft, wenn man solche Dinge aufdeckt. (Sehr gut! links.) Sie sagen: Wir wollen Minister sühren? Was liegt uns daran, ob ein Staatssekretär so oder so heißt, der eine kommt, der andere geht! Derselbe Faden, nur eine andre Nummer! (Sehr richtig! links.) Nein, wir wollen nur zeigen, wie die Geschäfte von Seiten der Regierung geführt werden im alleinigen Interesse der Schlotjunker! (Lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Die Diskussion schließt hiermit. Wir verlassen den Gegenstand.

Abg. Singer: Und Graf Posadowsky!! (Große Heiterkeit. Viele Rufe links.) Er schweigt! (Erneute große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem verlegt die Sitzung.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Interpellation Orziola betreffend den Invalidenfonds. Erste Lesung des Entwurfs einer Seemanns-Ordnung.)

Schluss 5 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Parteigenossen, welche die „Urania“ besuchen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Inhaber des neben dem Theater gelegenen Lokals Laubenstraße 47, in ungewohnter Form sich dahin geäußert hat, daß ihm der Besuch socialdemokratischer Arbeiter wenig genehm sei. Die Arbeiterschaft wird hieraus die Konsequenzen ziehen.

Die Lokalkommission. **Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Heute, Sonntag-abend 8 Uhr, findet in „Cohns Festsaal“ große öffentliche Versammlung statt. Genosse Dr. Deutler spricht über „Die politische Lage“. Nachdem gemüthliches Versammeln, im zahlreichen Besuch wird gebeten. Die Vertrauensleute.

Stralau. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am heutigen Sonntag die Parteiverammlung wegen der Totenfeier verboten ist und daher am Sonntag, den 2. Dezember stattfinden.

Röpenitz. Dienstag hält der Socialdemokratische Verein eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Dr. Kalkowski referiert.

Wilmersdorf. Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet im Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine außerordentliche Versammlung des Socialdemokratischen Vereins statt. Da wichtige Gemeindegeld-Angelegenheiten, die Reorganisation des Kreises beraten sowie Ausgabe der Parteitag-Protokolle stattfinden, ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig.

Warenhaus A. Wertheim.

Vor der Eröffnung
unsrer Neubauten **Extra-Verkauf**
zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen in sämtlichen Abteilungen unsres Gebäudts.
Die Extra-Preise sind neben den bisherigen auf den Preisschildern vermerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.
Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Spielwaren.

Kochmaschine 40, 90 Pf. 1,40, 2,85 M.	Gesellschaftsspiele 40 u 70 Pf.	Bleisoldaten 40, 90 Pf. 1,60 M.	Puppentheater mit Figuren 90 Pf. 2,75 M.
Blechhausrat 40, 85 Pf. 1,85 M.	Damenbrett 42 u 90 Pf.	Glockenwagen 42, 85 Pf.	Musikroller 27 Pf.
Kommode Eiche 95, 1,75 M.	Fellschafe mit Stimme 42, 95 Pf. 1,95 M.	Zauberkasten 40, 90 Pf. 2 M.	Eisenbahn mit Schienen u. Uhrwerk 1,90, 2,75 M.
Stickkasten 38 Pf.	Schäferrei Karton 38 Pf.	Menageriewagen mit Elefant 90 Pf.	Hochbahn mit Uhrwerk 2,85, 4,50 M.
Küchenmöbel Karton 90 Pf.	Hühnerhof Karton 38 Pf.	Störrischer Esel mit Uhrwerk 70 Pf.	Laterna Magica 90 Pf. 1,40, 2,75 M.
Puppensportwagen 1,05 u 2,85 M.	Klaviere 45 u 90 Pf.	Bäcker mit Uhrwerk 70 Pf.	Dampfmaschinen 95 Pf. 1,50 M.
Musikpuppen 90 Pf.	Harmonikaflöte 40, 90 Pf.	Seehund mit Uhrwerk 70 Pf.	Druckerpressen 95 Pf. 2,85 M.
Puppens Stuben 2,85 u 5,75 M.	Säbel 23, 42, 90 Pf.	Phonographen gute Qualität 7,75, mit Walze dazu 1 M.	Rollwagen mit Pferd 45, 95 Pf. 2,85 M.
Puppenmöbel Karton 42, 90 Pf. 2,85 M.	Gewehre 40, 90 Pf.	Fahrfiguren 90 Pf. 1,40, 2,85 M.	Pferdestall 45, 90 Pf. 1,90 M.
Schule mit Figuren 1,00, 2,85 M.	Trommel auf beiden Seiten Fell 40, 70, 90 Pf.		Steinbaukasten mit Holakiste 40, 90 Pf.
	Militärgarnituren 1,00, 2,75 M.		Hahn mit Uhrwerk 50 Pf.

Neue Jugendschrift:

Der Freiheitskampf der Buren

240 Seiten mit 16 Illustrationen
z. T. nach Momentaufnahmen und 1 Karte.

von
Eugen v. Enzberg.

elegant gebunden **2 M.**



Chausseestrasse 24a-25

11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstrasse 20

Zwischen Invalidenstr. u. Friedrich-Wilhelmstäd. Theater.

Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Bungestr.)

Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Lieferanten an die preussische Armee, Waarenhäuser, Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften.

Warme Winter-Kleidung

als Schutz gegen Kälte, Nässe, Sturm, Frost.

En gros. En detail.

Besonders günstige Angebote:

Export. Import.

Winter-Paletots	Glatte Doubles mit warmem, schön gemustert. Plaidfutter 15,-- 18,--	8 50 Mk.	Herren-Anzüge	Glatte und gemusterte Zwirnstoffe, haltbar für Werktage	9 Mk.	Winter-Joppen	Guter Loden mit warmem Futter und zweireihig, sehr breitem Brustüberschlag	6 Mk.
Winter-Paletots	Cachemire-Eskimo, weiche Webarten mit elegantem Futter 25,--	20 Mk.	Winter-Hosen	Kammgarn-Crêpe-Stoffe in vielen sehr geschmackvollen Dessins	30 Mk.	Pelz-Joppen	Sehr schwerer, wetterfester Loden m. dickem, warmem Futter. Sehr prakt. Façons.	12 Mk.
Winter-Paletots	Reinwoll. Kammgarn Cheviot in schweren Qualitäten mit warmem apartem Plaidfutter	30 Mk.	Knaben-Mäntel	Starke, schwere Velours in vielen soliden Streifen	4 Mk.	Schlaf-röcke	Wollener Loden- od. Duffelbezug m. Mai-Hamster-Pelz gefüttert	27 Mk.
Hohenzoll. Mäntel	Echt alizarinfarbige Eskimos in allen modernen Farben u. sehr elegant. Verarbeitung	36 Mk.		Sehr gute, prima gewirnte Buckskins	7 50 Mk.		Wollener Loden- od. Duffelbezug mit chinesischem Lamafellfutter	27 Mk.
	Delhi-Stoffe in grauer und blauer Farbe, warm gefüttert, m. voll. Glockenpelz 30,--	18 Mk.		mit und ohne Pelerine. Solide, praktische Auswahl von	3 Mk.		Grauer oder mittelbrauner Double mit Tuchbesatz in mehreren Façons	8 50 Mk.
	Reinwollene Duffel in vornehmen Farben u. schöner Ausführung . . . 50,--	40 Mk.		in Pyjak-Mantel-Form. Entzückende Auswahl . . von	5 Mk.		Dicker, ausserordentlich schöner Stoff mit angewebtem Futter, guter Tuchbesatz	15 Mk.

Kostenlos und portofrei wird auf Wunsch die 16te Preisliste, Winter-Saison 1900-1901, Auflage 1 Million, versandt.
120 Abbildungen. Klare Veranschaulichung. Verständlich für jedermann.

Grösste Auswahl.

Billigste Preise.

Baar-Verkauf.

Feste Preise.

Prozeß Sternberg.

Landgerichtsdirektor Müller eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und legt sofort die Zeugenvernehmung fort. Frau Marie Jarzynska ist vorgeladen worden, weil sie in einem Hause der Alexandrinenstraße wohnt, von wo aus sie in die Küche der Magarete Fischer hineinsehen konnte. Sie kann nur behaupten, daß die Angeklagte Wender vielfach in unzureichender Bekleidung am Fenster sich gezeigt und dadurch bei der Zeugin Kergernis erregt hat.

Die nächste Zeugin ist die Kassiererin Frau Kötter. Sie hat sich im Auftrage des Direktors Luppä in der Keibelstraße in dem Hause, in welchem Blümler wohnt, eine Stube gemietet und hatte die Aufgabe, zu beobachten, wer in dem Hause aus- und eingehe. Sie habe die Frieda Woyda nur als ein anständiges, gutes Kind kennen gelernt, sich aber mit ihr über die Vorgänge in der Fischerischen Wohnung nie unterhalten, da ihr dies verboten worden sei. Sie habe nicht viel ermittelt, sondern nur gesehen, daß gut gekleidete Herren, auch Polizeibeamte ab- und zugehien. Sie bekundet ferner, daß sie eines Tags gesehen habe, daß Frieda ein besseres Kleid getragen habe und als sie fragte, ob sie etwa das große Los gewonnen habe, habe das Mädchen ihr gesagt, sie habe geerbt. Frieda Woyda bestreitet, so etwas gesagt zu haben. Die Zeugin Frau Kötter wird vom Staatsanwalt Braun befragt, was sie denn für ihre Ermittlungsdienste bezogen habe. Sie erklärt, daß sie durch Herrn Luppä für persönliche Auslagen und Aufwendungen

täglich 20 M.

erhalten habe, welche ihr im Sternbergischen Bureau ausgezahlt wurden. Sie habe namentlich auch die Aufgabe gehabt, Ermittlungen nach dem Leumund der Mädchen Ehler und Collis anzustellen, habe nach dieser Richtung hin viele Gänge und Wege gemacht und auch vielerlei Auslagen gehabt. Die Ergebnisse ihrer Ermittlungen habe sie mündlich und schriftlich Herrn Luppä mitgeteilt. Auf Befragen erklärt die Zeugin, daß sie bei ihren Ermittlungen etwas Herrn Sternberg Belastendes nicht erfahren habe. Staatsanwalt Braun hält der Zeugin vor, daß nach der Dauer ihrer Ermittlungstätigkeit sie über 3000 M. bezogen haben müsse. Die Zeugin meint, daß sie ja auch recht viele Auslagen gehabt habe.

Es soll dann der Schriftsteller Stöckhagen vernommen werden. Er ist derjenige, auf den sich der Schumann Raupach (Ordinanz des Polizeidirektors v. Meerfeldt-Hilleflem) als Quelle seiner Kenntnis dafür berufen hat, daß Stierstädter mit Blümler korrespondierte. Die Verteidiger bitten, mit der Vernehmung des Zeugen zu warten, bis Justizrat Dr. Sello, der seit einigen Tagen an der Influenza krank danieder liege, der Vernehmung beiwohnen kann. Auch würde die Anwesenheit des Direktors v. Meerfeldt-Hilleflem notwendig sein. Der Staatsanwalt schlägt vor, die Vernehmung des Zeugen am Dienstag stattfinden zu lassen; der Polizeidirektor v. Meerfeldt-Hilleflem halte sich jederzeit zur Verfügung des Gerichts.

Der nächste Zeuge ist der

Barbier Sandmann,

der in dem Hause Alexandrinenstr. 1b seine Barbierstube hat und die Leute beobachten kann, die in das Haus hineingehen. Er hat beobachtet, daß in der Wohnung der Fischer ein bedenkliches Treiben stattfinden müsse und hat nun näher ausgefragt. Er habe zunächst Herrn Sternberg, den er im vorigen Jahre wiederholt — gewöhnlich wöchentlich zweimal — in das Haus habe hineingehen sehen, nicht dem Namen nach gekannt. Er habe selbst festgestellt, daß derselbe zur Fischer ging. Einmal habe er von einem andren Herrn, den er mit Sternberg sprechen sah, gehört, daß es Herr Sternberg sei. Er habe auch beobachtet, daß, wenn Herr Sternberg kam, die Angeklagte Wender wegging und bald darauf mit einem oder zwei Mädchen aus einfachem Stande zurückkehrte. Dieselben seien nach einiger Zeit wieder aus dem Hause gegangen und hätten ihm einen schänen Eindruck gemacht. Die Mädchen hätten zwar ziemlich lange Kleider getragen, dürften aber doch nicht älter wie 13 bis 14 Jahre gewesen sein. Er habe auch einmal ein solches Mädchen gefragt, was sie denn in der Fischerischen Wohnung machte und eine ausweichende, etwas verächtliche Antwort erhalten. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärte der Zeuge, daß er gar nicht so viel andre Herren zur Fischer habe hinausgehen sehen, einmal habe er festgestellt, daß ein Offizier in voller Uniform hinausgegangen sei. — Außer den Verteidigern richtet Angeklagter Sternberg noch eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen, die seine Behauptung stützen sollen, daß er nicht so häufig, wie der Zeuge behaupte, bei der Fischer gewesen. Auch er betont, daß der Zeuge früher über das Alter der Mädchen, die er zu der Fischer habe gehen sehen, andre Aussagen gemacht habe. Er vermahnt sich entschieden gegen die Unterstellung, als ob er gewissermaßen ein „Etablissement Mousieur Fischer“ unterhalten habe. Er sei gelegentlich dort gewesen, wie Tugendre anderer auch. Das habe er von Anfang an zugegeben, er habe auch zugegeben, daß er mit Mädchen verkehrt habe — niemals aber mit Mädchen im strafbaren Alter. Er verweist auch darauf, daß, wenn die Fischer wirklich mit ihm in so nahen Beziehungen gestanden hätte, wie hier fortgesetzt behauptet werde, er dieselbe sicher nicht in der Rolle gelassen hätte, daß sie das Versehen mehrmals in Anspruch nehmen mußte. Der Vorsitzende verweist demgegenüber darauf, daß er doch auch für die Zeugin Waffer aus sehr ungenügend gefogt zu haben scheint. Der Angeklagte bestreitet dies. Er sei zunächst vor 16 bis 17 Jahren nicht amtierend in dem Vermögensstande gewesen wie heute, habe für die Waffer, auch nach ihrem Scheiden aus seinem Hausstande sehr ausreichend für sie gefogt und erst damit aufgehört, als die Expressierbriefe von ihr kamen. Aber auch danach habe er ihrer Mutter noch 300 M. gezahlt.

Rechtsanwalt Dr. Mendel teilt folgendes mit: Es habe sich bei der Verteidigung ein Dr. med. Ludw. Hahn gemeldet, der behaupten wolle, daß der Angeklagte

Sternberg einen Doppelgänger

haben müsse, der diesem überraschend ähnlich sehe. Er selbst habe während dieser Prozeßverhandlung Herrn Sternberg im Gerichtssaal gesehen und sei sehr erstaunt gewesen, vor wenigen Tagen an der Postlage einen Herrn zu sehen, der dort bei dem Zeitungshändler Zeitungen kaufte und Herrn Sternberg frappant ähnlich sah. Er habe ihn sogar für Sternberg gehalten und sich gewundert, wieso derselbe während des Prozeßes nach der Friedrichstraße kommen konnte. Ihm sei diese Thatsache etwas bedeutsam erschienen, als er aus dem Zeitungsbericht vom gestrigen Tage ersehen, daß ein in oder bei der Postlage flanierender Mann eine Rolle spielt. Rechtsanwalt Dr. Mendel hält dies für so wichtig, daß er die Vorladung des Dr. med. Hahn beantragt. — Staatsanwalt Braun erachtet es dagegen für wenig wichtig, ob jemand vorhanden ist, der Herrn Sternberg ähnlich sieht. — Der Gerichtshof behält sich einen Beschluß vor.

Haubstamme Arbeiter Paß

durch Vermittelung der Taubstummen-Lehrerin Frau Schenk vernommen. Derselbe ist seiner Zeit wegen eines Sittlichkeitsdelikts zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden und bei der Hauptverhandlung figurirte Frieda Woyda als Zeugin. Aus der Vernehmung scheint sich zu ergeben, daß bei dieser Gelegenheit Frieda Woyda einen von dem Arbeiter Paß damals und auch jetzt zugegebenen unzüchtigen Angriff auf sie selbst bestritten, dagegen fälschlich behauptet hat, Paß habe sich an einem andren kleinen Mädchen sittlich vergangen. Paß ist wegen der angeblichen Attake auf das andre Mädchen freigesprochen, dagegen wegen der unzüchtigen Verführung der Frieda Woyda verurteilt worden.

Nach einer unwesentlichen Aussage des Zeugen Höpner, bei dem Margarete Woyda im Dienst gewesen, teilt der Vorsitzende mit, daß für nächsten Mittwoch in Aussicht genommen worden ist, die Sitzung ausfallen zu lassen. Es stehen für diesen Tag Vernehmungen an, die wahrscheinlich eine Unterbrechung der Sitzung notwendig machen würden.

Frau Brause, gleichfalls eine frühere Dienstherrin der Margarete Woyda, bekundet über den Besuch, den die Angeklagte Schöding einmal bei ihr gemacht habe, um mit der Margarete Woyda zu sprechen. Sie habe dabei gesagt, es handle sich darum, daß die Frieda ja unzüchtlich ausgefogt habe. Später haben mehreremal Männer bei ihr gellingselt, die da die Margarete warnen wollten, sich auf nichts einzulassen, wenn sich ihr irgend wer nähern sollte.

Zeuge Kaufmann Arthur Wichmann soll darüber Auskunft geben, ob auf Blümlers Geld oder Verprechungen eingewirkt worden sei. Er erklärt, nichts darüber bekunden zu können.

Der nächste Zeuge ist der Barbiergehilfe Max Jlinger. Er ist seiner Zeit im Geschäft des Schweißergelohrs der Schneiderischen Eheleute thätig gewesen und hat in der Schneiderischen Wohnung in der Küche geschlafen. Auf die Frage, ob er mit der Frieda unzüchtliche Handlungen vorgenommen, verweigert der Zeuge nach geschener Belehrung durch den Vorsitzenden zunächst sein Zeugnis. Es stellt sich durch weitere Fragen und Vorhaltungen heraus, daß der Zeuge die Belehrung des Vorsitzenden wohl mißverstanden hat, denn er erklärt, nachdem die vorgelesene Frieda bekundet, daß sie mit ihm ja nichts vorgehabt habe, daß er die Frieda Woyda nie unzüchtlich berührt habe. Von unanständigen Ausdrücken Friedas weiß der Zeuge nichts.

Die Verhandlung wird hierauf bis Montag 9 1/2 Uhr ausgesetzt.

Der Prozeß gegen die Harmlosen

5. Tag.

Nachdem der Präsident, Landgerichtsdirektor Oppermann, die Sitzung um 9 1/2 Uhr eröffnet hat, wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Kaufmann Lindemann ist vor etwa fünf Jahren in die Spielergesellschaft hineingekommen, hat sich aber nur in einigen Fällen am Spiel beteiligt. Der bereits erwähnte Zeuge v. Kadeda hat einmal einige Herren zu sich eingeladen, zu denen auch der Angeklagte v. Kayser gehörte. Dort sei gespielt worden. Der Zeuge Lindemann hat an v. Kayser 5700 M. unbar verloren, außerdem einige hundert Mark bar.

Der Präsident hält dem Zeugen vor, daß er in einem Briefe an v. Kayser sich dahin äußere, daß er, der Zeuge, seine Spielschulden doch pünktlicher reguliere, wie v. Kayser. Was damit gemeint sei? — Zeuge: Herr v. Kayser war mit einmal beim Spiel 300 M. schuldig geblieben, er hat diese Summe aber nicht bezahlt, sondern er hat sie bei einer Gelegenheit abgepielt. — Präsi.: Also Sie gestatteten ihm, unbar zu spielen, während er von Ihnen unbare Einlage ablehnte. — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Hat v. Kayser Ihnen

„Tretbriefe“

geschrieben? — Zeuge: Ja, er drohte mit Anzeige beim Regimentskommandeur. (Zeuge ist Reserve-Offizier.) Mein Vater erhielt auch ein anonymes Schreiben, worin ihm meine Spielschuld offenbart wurde. Ich nehme an, daß Herr v. Kayser zu diesem Briefe in Beziehungen stand. — Auf Befragen des Oberstaatsanwalts Dr. Herberich räumt der Zeuge ein, daß er bis jetzt noch nichts von seiner Spielschuld an v. Kayser abgezahlt habe.

Der folgende Zeuge, Vizekonsul Moos, hat alle Lokalwechsel der Spielergesellschaft mit durchgemacht. Am ersten Abend, als Wolff mit Mr. Murray bei Hecht erschienen, habe Wolff die Bank gehalten. Dr. Kornblum, der fast allein gegen Wolff pointierte, habe gegen 2500 M. verloren. Der Angeklagte v. Kayser habe den Eindruck eines besonnenen, kaltsinnigen Spielers gemacht, der mit bescheidenen Sätzen anfing, sich dann aber hinreichend lieb, 4 bis 500 M. zu setzen. Der Zeuge hat dem Angeklagten v. Kayser wiederholt kleinere Darlehne gegeben, die zum Teil bar zurückgezahlt, teils abgepielt wurden. Einmal habe der Zeuge an v. Kayser 1500 M. unbar verloren. Als längere Zeit verstrichen war, ohne daß der Zeuge im stande war, zu zahlen, habe v. Kayser den Wunsch ausgesprochen, als Dedung Wechsel zu erhalten. Der Zeuge habe seine Akcepte gegeben, die dann prolongiert und später ausgefogat wurden. Da die Zwangsvollstreckung fruchtlos ausfiel, wollte der Angeklagte v. Kayser den Schuldner zum Offenbarungseide treiben. Der Zeuge hatte in einem Schreiben an v. Kayser darauf hingewiesen, wie rigoros derselbe, dem er so manchmal geringe Darlehne gegeben habe, gegen ihn vorgebe und daß es ja eigentlich kein Gebrauch sei, für Spielschulden Wechsel zu geben und zu nehmen. Blüde v. Kayser ihm zum Offenbarungseide zwingen, so würde er ihn nicht nur bei seiner Behörde anzeigen, sondern auch die Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Der Angeklagte wies in einem Antwortschreiben darauf hin, daß der Vizekonsul Moos sich eines Erpreßungsverlufes schuldig gemacht habe. Er werde sich in seinen Maßnahmen nicht beirren lassen. Der Angeklagte hat dann aber doch den gegen den Zeugen bereits erwirkten Haftbefehl zurückgenommen. Der Zeuge bestreitet unter seinem Eide, daß er zu den Artikeln im „Berliner Tageblatt“ in irgendwelcher Verbindung stehe. — Der Angeklagte v. Kayser hatte bei seiner Vernehmung angegeben, daß u. a. auch ein Dr. Schröder ihm ein Darlehn von 3000 M. gegeben habe. Der Oberstaatsanwalt wünscht zu wissen, ob der Angeklagte v. Kayser dessen Aufenthalt anzugeben vermag. Dr. Schröder sei nämlich als Falschspieler entlarvt worden, der dies Gewerbe Jahre hindurch mit seltener Frechheit betrieben habe. Es sei doch interessant zu erfahren, wie dieser Mann in ein Gläubiger-Verhältnis zum Angeklagten treten konnte. Der Angeklagte erklärte, daß ihm diese Thatsache erst nach dem Verschwinden des Dr. Schröder bekannt geworden sei. Derselbe sei seines Wissens Regierungs-Referendar gewesen, habe sich dann reich verheiratet und sei ins Ausland gegangen. Seinen Aufenthaltsort kenne er nicht.

Der folgende Zeuge, Lieutenant der Reserve v. Kadeda, giebt gleichfalls eine eingehende Schilderung der Spielabende. Es habe oft Mißfallen erregt, daß v. Kayser beim Spiel gesunk, d. h. einen Teil des gewonnenen Gelds vom Spieltisch in die Tasche gesteckt habe.

Es folgt die Vernehmung mehrerer Zeugen, die ebenfalls die Spielabende bei Hecht, im Central-Hotel usw. besucht haben. Sie bekunden, daß v. Schachtmeier so lange vorwärts und niedrig spielte, wie bares Geld gekehrt wurde und sich erst zu größeren Summen verstieg, wenn unbar gespielt wurde. In einer Nacht zum Sonntag war eine größere Spielergesellschaft in einem Lokal zusammengewesen. Man rüstete sich zum Aufbruch, und einer der Herren streifte den Rest des ihm gebliebenen Gelds, laum eine Mark, in die Tasche. Einer der andren Herren rief ihm zu: Herr v. M. Sie haben ungefähr noch gerade soviel Geld bei sich, wie ich, wollen wir nicht die beiden Posten gegeneinander setzen? Das Anerbieten wurde angenommen, andre aus der Gesellschaft beteiligten sich und es entwickelte sich daraus wieder ein lebhaftes und großes Spiel, das sich bis zum Mittag des folgenden Tages ausdehnte. Es wurde unbar gespielt, v. Kayser verlor 6000 M. und ein Herr v. Gerödorf 3000 M. v. Kayser wollte dadurch regulieren, daß er andre Guthaben auf den Gewinner zu übertrugen wünschte, der letztere ging aber nur teilweise auf das Anerbieten ein. Er erklärte den beiden Schuldnern, daß er ihnen einen großen Teil ihrer Forderungen erlassen würde, wenn sie ihm zu einem bestimmten Termin je 1000 M. abzahlen würden. Keiner von beiden habe Wort gehalten, v. Kayser aber dennoch den Erlaß für sich in Anspruch genommen und seine Schuld erst in

kleineren Raten und nach längerer Zeit beglichen. Dr. Kornblum wird von den Zeugen als ein Mann geschilbert, der wenig sympathische Eigenschaften besaß, aber schwer „abzuwimmeln“ war.

Der Vorsitzende verlagte darauf die Verhandlung bis Montagvormittag 9 1/2 Uhr.

Tokales.

Toten Sonntag.

Kranze und Blumen! Das hastige, unruhvolle Berlin ersehnt an einem Tag im Jahr so feierlich stiller Andacht geschmückt. Wohin das Auge heute blickt, gewahrt es Männer, Frauen und Kinder im dunklen Gewand mit Spenden für die lieben Toten in der Hand. Seltener ein Hervortreten mit großen prächtigen Palmentwedeln und Immortellenkreuzen, wie sie hinter dem Leichenwagen der Vornehmen einhergetragen werden. Das salbete Zammengewinde überwiegt, ein Zeichen, daß die Pietät heute Volksbedürfnis ist, daß sie wie mit sonst keiner politischen und religiösen Partei so auch mit der offiziellen Kirchenfrömmigkeit keinerlei Gemeinschaft hat. Wer am kulturhistorischen Kleinram Gefallen hat, wird leicht herausfinden, daß die stille Ehrung, die den Verstorbenen gewidmet ist, daß die Gabe, die an den Gräbern niedergelegt wird, kaum in besonderem Zusammenhang mit jener Religion steht, deren Sifter das Wort sprach: „Kisset die Toten ihre Toten begraben“. Der Toten- und Ahnenkult ist von Urbeginn mit der Menschheitsgeschichte verwachsen, er findet sich bei Griechen und Römern, bei den Erächtern der Hünengräber, wie bei dem Volke im Osten, das sich jetzt gegen die christlichen Eindringlinge empört, welche ihm in ihrem blinden Zelotismus sein heiligstes Gefühl aus dem Herzen reißen wollen.

Daher ist es auch eine wunderliche Inkonsequenz, wenn gerade der Totensonntag von den Frommen zur Agitation ausserkoren wird, wenn Herr Stöcker an den Berliner Friedhöfen eine halbe Million seiner geschmacklosen Traktäten verteilen läßt. Man soll die gute Sitte der Totenernung um ihrer selbst willen gelten lassen. An keinem Tage tritt mehr wie an diesem ein Bedürfnis nach Ruhe auf dem Friedhof hervor, wo Socialdemokraten wie Patrioten, Freidenker wie Gottesgläubige unbelümmert um einander und doch gemeinsam einem ehrwürdigen Volksbrauch genügen. Wer an diesem Tage am Ruheplatz der Toten eine Agitation entfaltet, wie sie in den letzten Jahren sich zum Kergernis vieler breit gemacht hat, der zerrt an unpassendem Ort und zu unpassender Stunde an den Leidenshaften und darf sich nicht beklagen, wenn er unfreundliche Abweisungen erfährt und gefragt wird, was das denn für ein Christentum sei, das sich mit dem China-Kreuzung identifiziert, das in Berlin auf der einen Seite forciert in äußerer Frömmigkeit macht und auf der andren Seite die bekantesten Sabbatshändlungen zuläßt, die an hohen Feiertagen in Kirchen, sowie in königlichen und staatlichen Gebäuden begangen worden sind?

Keinem Socialdemokraten ist es bisher wohl eingefallen, am Totensonntag für die ihm heiligen Ideen vor dem Friedhofsthor eine Flugblatt-Agitation zu entfalten. Sollte man da auf andrer Seite nicht ebenso viel Schicksalstheorie besitzen und sich sagen, daß es unziemlich ist, die Leute, welche das Andenken ihrer teuren Verstorbenen ehren wollen, für Angelegenheiten zu animieren, die ihnen wie im Werfeltagsgetriebe so auch zu dieser der Pietät geweihten Stunde vielfach unsympathisch sind? Allerdings ist die Berliner Bevölkerung viel zu verständig, als daß sie sich durch die Propaganda der Kirchenfrommen sonderlich in ihren Empfindungen stören ließe, und durchweg wird das Gefühl, das sie beim Anblick der frommen Jünglinge empfindet, sich nur zu einem von gelindem Spott getragenen Willeid steigern. Ob ein solcher Erfolg den Zwecken der Orthodoxie entspricht, das zu entscheiden ist nicht unsere Sache. Möge die Bevölkerung Berlins heute ihren Totensonntag pietätvoll begehen — trotz der unziemlichen Traktäten-Agitation.

Die Große „bessert“ sich. Aus dem Kreise der organisierten Straßenbahner schreibt man uns: Wir hatten am Dienstag die Thatsache festgestellt, daß von der Betriebsleitung der Straßenbahn die anfänglich der Lohnbewegung zugestandene Beschränkungsmission noch niemals zusammenberufen worden ist. Dies Verlassen ist nun am Freitag schleunigst gut gemacht worden. Sonderbar ist nur, daß vergessen worden ist, die beiden Delegierten vom Bahnhof XII zu laden; diese hätten nämlich mitteilen können, daß der Fahrturnus dieses Bahnhofs vor einigen Tagen zu Ungunsten der Angestellten geändert worden ist, indem die Dienstzeit um etwa eine Stunde verlängert wurde. Ferner ist auf demselben Bahnhof das Ueberstundenbuch laffiert und den Angestellten erklärt worden, daß es von nun an keine Ueberstunden mehr gebe.

Die Angestellten wundern sich außerdem darüber, daß die Lieferung von Regenmänteln noch nicht aus dem Versuchsstadium herausgelommen ist. Es ist ihnen dies um so unbegreiflicher, als die kirchlich der „Großen“ einverleibte Chorlatenburger Straßenbahn schon seit länger als einem Jahre für das Fahrpersonal Regenmäntel angeschafft hat, die sich recht gut bewährt haben. Es scheint als ob die „Große“ von den Lieferanten dieser Regenmäntel keine Ahnung hat.

Von einer bevorstehenden Lohnbewegung ist den organisierten Straßenbahnern nichts bekant. Die betreffende Reportage, die diese Woche die Kunde durch die Tagesblätter machte, beruht auf freier Erfindung. Die Straßenbahner trompeten, wenn sie in eine Lohnbewegung eintreten wollen, dies nicht ein halbes Jahr vorher in alle Welt hinaus.

Postalische Erleuchtung. Vom Postamt 21 in der Turmstraße wird uns der folgende Vorfall mitgeteilt: Vor einigen Tagen wurde den Briefträgern durch den aufsichtsführenden Beamten eine Verfügung des Vorstehers vorgelesen, nach welcher für das betreffende Amt dem Weipiel andrer Postämter folgend, Laternen für die Briefträger beschafft werden sollten und zwar — fünf Stück für 62 Briefträger! Es hieß dann weiter in der betreffenden Verfügung, daß nunmehr bei etwaigen Unfällen auf dunklen Treppen die Briefträger selber die Verantwortung zu tragen hätten.

Natürlich erhoben die Briefträger Einrede wegen der gänzlich unzureichenden Anzahl der Laternen und gaben zu verstehen, daß man ihnen unter diesen Umständen doch wohl nicht die Verantwortung für etwaige Unfälle aufbürden könne.

Der aufsichtsführende Beamte hat nun wohl den Vorsteher des Postamts die Meinung der Briefträger mitgeteilt, denn am nächsten Tage wurde ihnen abermals eine Verfügung vorgelesen, wonach nunmehr jeder Briefträger eine Laterne bekommen soll, jedoch hätte dann jeder Briefträger seine Laterne stets bei sich zu tragen. Wer ohne Laterne betroffen würde, hätte ohne weiteres 1 M. Strafe zu zahlen. Außerdem könnten sich die Briefträger darauf einrichten, daß der Dienstantritt täglich um so viel früher angejeht würde, als nötig sei, um die Laternen in Stand zu setzen!

Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Paul Langerhans, Ehrenbürger von Berlin, feiert heute das 25jährige Jubiläum als Stadtverordneter.

Die ausgedehnteste Paketannahme Berlins wird Sonntag in dem neuen Posthause in der Kommandantenstraße auf dem ehemaligen Grundstüd des Vereins der Wasserfreunde eröffnet. Die Paketannahme beim Postamt 19 in der Beuthstraße, deren Räume

längst nicht mehr den wachsenden Anforderungen genügen, werden Sonnabendabend geschlossen. Auch die Annahmen für Briefe sind von der Poststraße nach Kommandantenstraße verlegt, nachdem bereits die Druckerei und die Geldbriefabfertigung dorthin übergeführt ist. Die bisherige Paketannahme in der Poststraße wird am 15. Dezember die neue Verkaufsstelle für Kolonial-Briefmarken aufnehmen.

Am Totensonntag sind die beiden Urnenhallen des Vereins für Feuerbestattung auf dem Centralfriedhof in Friedrichs- feld und im Park von Treptow von 11—3 Uhr nur für die Angehörigen derjenigen geöffnet, deren Asche in den Hallen beigesetzt ist.

Ein Liebesbild (Broschüre, Delgemälde) ist auf einige Wochen im Restaurant des Gewerkschaftshauses ausgestellt. Haltung und Ausdruck des Charakterkopfes erinnern an die Photographie, nach der unlängst die „Neue Welt“ einen Schnitt hergestellt ließ. Gemalt hat das Bild Fräulein Werthold.

Die freiwillige Gemeinde ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Wer seinen Austritt aus der Kirche bewirken will und nicht weiß, wie dieses anzustellen, wende sich, gleichviel ob er der freiwilligen Gemeinde beitreten will oder nicht, um Auskunft an den Vorstand dieser freien Religionsgesellschaft, welche jeden Sonntag in der Aula der Gemeindefchule, Kleine Frankfurterstr. 5/6, Vorlesung und Vorträge veranstaltet zum Zweck der Erbauung und Erhebung durch Wissenschaft und Kunstgenuss. Auch bieten die Vorträge Anleitungen zur Erziehung der Jugend auf natürlich-vernünftiger Basis. Die Vorlesungen um 9 Uhr und die Vorträge um 10 1/2 Uhr sind jedermann zugänglich. Dasselbst findet auch Mitgliederaufnahme statt und wird jede entsprechende Auskunft und Erklärung bereitwillig erteilt.

Präsident Krüger soll den Mitteln einer Korrespondenz zu Folge Anfang Dezember in Berlin eintreffen. Die Korrespondenz bedarf wohl noch sehr der Befestigung. Zu einer recht geschmackvollen „Eulidigung“ des alten Krüger wird an den Anschlagläusen aufgeföhrt. Ein geschäftslustiger Unternehmer bietet „Krüger-Postkarten“, das Bild zu 10 Pf., an, mit denen der Präsident in Rossen befestigt werden soll.

Einer unserer Mitarbeiter, der Berichterstatter Joh. Wachtel, ist am 21. November an den Folgen der Infuenza unerwartet im Südlichen Krankenhaus gestorben. Herr Wachtel bearbeitete vornehmlich kommunale Angelegenheiten und wird als Magistrats-berichterstatler auch diesem und jenem parteigewandten Stadtverordneten bekannt gewesen sein. Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit zeichneten in hohem Maße den Mann aus, der im Verkehr mit den Zeitungen sich zwar strengster Unparteilichkeit befleißigte, dessen Herz aber auch noch in alten Tagen immer bei der Demokratie war. Diese einzige Herzengeneigung des alten Junggesellen hatte aber auch ihren realen Untergrund. Denn Wachtel ist dereinst Revolutionär gewesen, Revolutionär mit der Finte in der Hand. Geboren 1830 zu Gollin in der Provinz Posen als Sohn eines dortigen Arztes, des Sanitätsrats Wachtel, schloß er sich 1863 der polnischen Erhebung an, die vornehmlich Dank der Haltung Preußens das bekannte tragische Ende nahm. Gern erzählte er wohl später gelegentlich beim Glase Bier von der Romantik der damaligen Kämpfe. Jetzt ist er dahingegangen als stiller aber standhafter Vertreter jener immer rarer werdenden bürgerlichen Schicht, die sich nicht dazu verstehen konnte, ihre Ideale im schmutzigen Wasser des Hurrapatriotismus zu ertränken. Das Andenken des lebenswürdigen Mannes, der auch in der letzten Zeit noch so frisch ansah, daß man ihn für einen angehenden Fünfziger halten konnte, werden wir in Ehren halten.

Einen heftigen Zusammenstoß gab es gestern vormittag um 11 Uhr in der Luisenkirche zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Kohlenwagen. Als der Wagen Nr. 1964 der Linie Kollndorfsplatz-Schönhauser Allee in voller Fahrt nach der Kronprinzenbrücke zufuhr, wollte ein Wagen der Kohlenhandlung von F. W. Otte an der Ecke der Schumannstraße seine Bahn kreuzen. Dem Führer Gustav Schelwein aus der Vyhenerstraße 12 gelang es nicht mehr, den elektrischen Wagen zum Stehen zu bringen, es erfolgte vielmehr ein sehr heftiger Zusammenstoß. Schelwein kam dabei am schlimmsten weg. Ihm wurden drei Finger der rechten Hand abgequetscht, so daß er sofort nach der nahe gelegenen Charité gebracht werden mußte. Der Kutscher des Kohlenwagens wurde vom Hod geschleudert, erlitt aber nur unbedeutende Verletzungen. Die beiden Pferde wurden umgeworfen und zogen sich starke Quetschungen und Hautabschürfungen zu. Eines geriet unter den elektrischen Wagen und konnte von Drohschleppern und Straßenbahnbeamten nur mit Mühe befreit werden. Als die Feuerwehr, die zu seiner Rettung gerufen wurde, ankam, war man gerade mit der Arbeit fertig. An dem Straßenbahnwagen, dessen Vorderteil zertrümmert wurde, lagen die Räder so festgebrannt, daß man ihn erst nach geraumer Zeit wieder flott bekam.

Durch eine Explosion im Straßenbahnwagen entstand gestern, Sonnabendnachmittag, gegen 3 Uhr unter den Passanten in der Nähe des Rathauses große Aufregung. Der Sammelwagen Nr. 1692, welcher auf der Linie Danzigerstraße-Kollndorfsplatz verkehrt, fuhr von der Königsstraße kommend, in die Spandauerstraße hinein, als plötzlich ein heftiger Knall ertönte und gleichzeitig der Straßenbahnwagen in dicke Rauchwolken gehüllt wurde. Beim Laden der Akkumulatoren hatte sich in der Batterie eine starke Gasansammlung aus den Säuren entwickelt, die wohl nicht genügend Abzug fand. Infolge dessen explodierte die Batterie und zwar mit solcher Gewalt, daß die zum Schutz des Wageninneren eingelegten eisernen Platten zersprangen und die Sitzbänke gehoben wurden. Eine der großen Scheiben wurde durch den Luftdruck zertrümmert und die Wageninsassen zu Boden geschleudert. Einer der Passagiere, der Kaufmann W., erlitt hierbei anscheinend leichtere Verletzungen, während die übrigen Fahrgäste mit dem bloßen Schrecken davonkamen. Der Wagen wurde natürlich außer Betrieb gesetzt. Ferner wird uns der Brand eines Straßenbahnwagens gemeldet. Ein Sammelwagen der Linie Schallesches Thor-Schöneberg war, von der ersten Endstation kommend, am Spittelmarkt auf Akkumulatordienst gestellt worden. In dem Augenblick, als der Wagenführer Strom gab, entzündeten sich die Säuren der Batterie und zu beiden Seiten des Wagens loderten die Flammen empor. Der Fahrgäste bemächtigte sich eine Panik und alles drängte wild dem Ausgange zu. Dem Betriebspersonal gelang es, das Feuer mit einigen Eimern Wasser zu löschen, worauf der Wagen seine Fahrt fortsetzen konnte.

Zahlreiche Schaufenster-Einbrüche sind in letzter Zeit im Centrum Berlins vorgekommen und haben die Eigentümer schwer geschädigt. Die Diebstähle wurden in der Nacht mit großem Raffinement ausgeführt und scheinen alle auf einen und denselben Thäter zurückzuführen zu sein. Besonders sind Ladenbesitzer in der Wallstraße und den ihr benachbarten Straßen von derartigen Diebstählen betroffen worden. Die Diebe haben es hauptsächlich auf solche Kästen abgesehen, in denen Goldwaren, Handschuhe, Kupfer- schmelze-Produkte und Stahlwaren zur Ausfertigung gebracht wurden. Einen recht empfindlichen Schaden hat unter andern die Stahlgewerkschaft-Firma von Hugo Görndt in der Wallstr. 21/22 erlitten.

Der Zoologische Garten hat zwei Vögelhunde aus Deutsch-Schwarzafrika von dem bekannten Großhändler Herrn S. Sichel zum Geschenk erhalten. Es sind keine sehr prägnante Tiere, mit gewaltig großen, löffelförmigen Ohren. Ihre Färbung ist dunkelbraun, die ganze Unterseite spielt ins Gelbliche, die Flederfärbung ist aufscheinend je nach dem Gebiete, welches sie bewohnen, bald grau und weiß meliert, bald grünlich gelb mit grauem Ton. Der Vögelhund unterscheidet sich im Gebiß von den echten Wildhunden, den Wölfen, Schakalen und Füchsen vornehmlich dadurch, daß er vier oder sogar häufig sechs Backzähne mehr besitzt; deshalb haben ihn die Zoologen in einer besonderen Gattung abgetrennt. Sie nennen ihn *Otocyon megalotis* (Desm.). Er

lebt gesellschaftlich in der Duschstepp- haust in den von Erdbeulen, Stachelchweinen und Erdhörnen durchwühlten alten Termitenhäusen und nährt sich von kleinen Tieren aller Art, von den Eiern der an der Erde brütenden Vögel und namentlich auch von Heuschrecken.

Aus den Nachbarorten.

Der Verwaltungsbericht der Charlottenburger Armen- direktion für das Jahr 1899/1900 weist, ebenso wie der Bericht des Vorjahres, auf die außerordentlich starke Inanspruchnahme der Armenverwaltung hin. Die im Voranschlage aus- geworfenen Mittel müßten wiederum nicht unerheblich über- schritten werden. Gründe der Hilfsbedürftigkeit sind auch diesmal, wie die statistische Aufnahme zeigt, überwiegend Krank- heit und Altersschwäche gewesen. Eine große Rolle spielte ferner die Wohnungsnot. Die Zahl der leerstehenden Woh- nungen von einem Zimmer ist von 221 im Mai 1898 auf 15 im November 1899 heruntergegangen. Die Schwierigkeiten für die Armenverwaltung sind dadurch fortgesetzt gewachsen. Die vor- handenen Wohnbaracken sind das ganze Jahr hindurch überfüllt ge- wesen. Auch die übrigen vorhandenen Räume waren nahezu bis zur äußersten Grenze besetzt. Insgesamt ist 807 Personen Unter- kunft, daneben zahlreiche Familien eine Pflanze zur Abwen- dung der Ermittlung oder zur Beschaffung eines neuen Unterkommens gewährt worden. Unter den Obdachlosen befinden sich, wie der Bericht ausdrücklich hervorhebt, auch Familien, deren Haupt ständige Beschäftigung hatte, denen es aber wegen großer Kinderzahl unmöglich war, eine Wohnung zu erhalten. Die daneben hergehende fortgesetzte sehr erhebliche Steigerung aller Mieten hat in zahlreichen Fällen die Erhöhung der Unterstüßungen notwendig gemacht. Auch für die Zunahme der Zahl der Pflege- kinder bezeichnet der Bericht die Wohnungsnot als eine der dabei mitwirkenden Ursachen, insofern als der Wohnungsmangel mehrfach zur Unterbringung von Kindern Anlaß gegeben hat.

Die Zahl der im Berichtsjahre Unterstüßten belief sich auf 4643, d. i. 2,53 Proz. der Einwohner, die Gesamtausgabe auf 572 854 M., d. i. 8,11 M. pro Kopf der Einwohnerzahl. Von Interesse ist es, daß trotz der außerordentlichen Gesamterleichterung Charlottenburgs nach den letzten vorkriegenden Jahren 1895/96 56,06 Proz. aller er- mittelten Erwerbten wegen eines Einkommens von weniger als 600 M. ganz steuerfrei geblieben und weitere 20,96 Proz. von einem Ein- kommen von weniger als 1200 M. besteuert gewesen sind. Es ge- hören also 77,02 Proz., d. h. mehr als drei Viertel aller selbständigen Einzelpersonen oder Familienvorstände, zu Familien, deren Ein- kommen weniger als 1200 M. beträgt.

Aus Nixdorf. Ein entsetzlicher Vorfall spielte sich Freitag- nachmittag in der Laubenkolonie „Friedrichsplatz“ an der Widen- bruchstraße ab. Dasselbst hat der Erbknecht 8 wohnhafte Maschinen- Heinrich Mathias einen Hundezwinger eingerichtet. Als die Hunde am Freitagnachmittag durch die 13jährige Tochter des W. geföhrt wurden, kam deren 10jähriger Bruder mit einem gleichaltrigen Spielgefährten hinzu. Letzterer, der Sohn des Pannierstr. 14 wohnhaften Maurers Rau, neckte die Hunde mit einem Stod, worauf er von zwei großen Doggen angefallen und am ganzen Körper furchtbar zerfleischt wurde. Nachdem der Knabe in der Unfallstation die erste Hilfe erhalten, wurde er in hoffnungs- losem Zustande nach dem Reiter Kreis-Krankenhaus gebracht.

Pankow. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hatte sich wesentlich mit der Schule zu beschäftigen. Bewilligt wurde für die Einführung von wöchentlich sechs Handarbeitsstunden für die Ge- meindefchule in der Kaiser Friedrichstraße die Summe von 100 M. Der seit zwei Jahren von der Gemeinde angestellte Schularzt hat nun endlich von sich hören gemacht, indem er unsrer seit Jahren gestellten Forderung beigetreten ist. Er beantragt täglich e Reini- gung der Volksschulen. Nach längerer Debatte, in welcher die „kolossalen Kosten“ besonders hervorgehoben und man der Befürchtung Ausdruck gab, daß die „Hühnderei nicht mehr trocken würden“, wurde beschlossen, statt der bisherigen zweimaligen Reinigung eine solche dreimal in der Woche stattfinden zu lassen; zu diesem Zweck wurden für jede Schule jährlich 100 M. bewilligt. Damit die Reinskule nicht zu kurz komme, wurde auch dort die Reinigung geregelt und zu diesem Zweck 50 M. für das Jahr bewilligt!

Da durch Einführung des elektrischen Betriebs in der Klä- station große Mengen Kohlen disponibel geworden sind, wurde durch unsre Vertreter der Antrag gestellt, die Kohlen zum Selbstkostenpreise in kleineren Mengen an die ärmere Bevölkerung zu verkaufen und auch andres Brennmaterial anzulassen und zum Einkaufspreis abzugeben. Der Antrag wurde durch den Hinweis erledigt, daß die Kessellohe sich nicht zur Klein- feuerung eignet und ferner durch den Beschluß, daß andres Brenn- material nicht anzulassen ist. Trotzdem wurde ein Antrag angenommen, wonach Lowryweise die Kohlen zum Selbstkostenpreise abgegeben werden sollen, was bedeutet, daß industrielle Unternehmex billige Kohle bekommen. — So treibt man kom- munele Sozialreform!

Ein großes Feuer zerführte in der Nacht zum Sonnabend ein fünf Meter langes Viehhäus der freundlichen Eisenerke in der Frankfurterstraße zu Charlottenburg. Als die Hauptwache der Feuer- wehr um 12 Uhr gerufen wurde und unter Branddirektor Kiesel auf der Brandstätte eintraf, stand das Gebäude bereits ganz in Flammen. Der Branddirektor ließ „Großfeuer“ nachmelden, so daß die Wehr nach Ankunft der Ortswache unter Brandmeister von Leopold mit sieben Standrohren und zwei großen Hähnen der Dampfspritze das Feuer bekämpfte. Die eine Dampfspritze war drei Stunden in Thätigkeit, die andre noch länger. Erst um 6 1/2 Uhr konnte die Wehr wieder abziehen. Das zweistöckige Gebäude brannte vollständig ab, die Nebengebäude wurden dagegen gerettet. Zerstört wurden namentlich Modelle, Maschinen, die im Obergeschoß standen, hielten sich zwar auf den eisernen Trägern, wurden aber stark beschädigt. Der Schaden ist beträchtlich, die Ursache des Brands nicht ermittelt.

Die Stadtgemeinde Nixdorf, welche schon seit vielen Jahren aus Staatsmitteln einen Zuschuß von jährlich 20 000 M. für die Unterhaltung der Kommunalen Schulen bezieht, war bei dem Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten um eine Erhöhung des Zuschusses eingekommen und begehrtete das Gesuch damit, daß sich die Unter- haltungskosten der Schulen in den letzten Jahren außergewöhnlich erhöht haben. Sie erfordern jetzt einen Zuschuß in Höhe von 60 000 M. Das Ministerium teilte hierauf mit, daß das Gesuch nicht nur keine Bewilligung finde, sondern daß vielmehr der bisher gegebene Jahreszuschuß um 10 000 M. vermindert werde und daß die Restsumme von 10 000 M. als Zuschuß zu den Schullasten aus- nur noch ein einziger Pfal zur Auszahlung gelange. Die städtische Schuldeputation in Nixdorf hat auf Grund dieses Bescheides be- schlossen, bei dem Minister für Unterrichtsweisen persönlich vorstellig zu werden.

Zur Beschaffung von Wohnungen für die minderbe- güterten Klassen beantragt der Magistrat zu Charlottenburg bei der Stadtverordnetenversammlung ihn zu ermächtigen, ein der Luisenkirche gegenüber, am Fürstenbrunner Weg belegenes, 6 Hektar, 83 Ar, 5 Quadratmeter (ca. 4760 Quadratmeter) großes Gelände für eine Million Mark anzulassen. Da der Kirchenrat der Luisen-Gemeinde sich nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres ge- bunden, hat der Magistrat wegen der Kürze dieser Frist einen Be- schluß der neu eingewählten gewählten Deputation zur Beratung über die Frage der Beschaffung von Wohnungen für die minderbegüterten Klassen vor Einbringung der jetzigen Vorlage nicht herbeiföhren können.

In Charlottenburg, an der Ecke der Berliner- und Kirchstraße, ereignete sich gestern mittag um 12 Uhr ein Zusammenstoß, der noch schmerzlichere Folgen hatte, als der in der Luisenstraße. Ein elektrischer Wagen zertrümmerte einen Sandwagen von Dove, zwei Personen, Emma Korb und Karl Schröder, beide aus der Haupt- straße 22, wurden dabei schwer verletzt. Emma Korb wurde von einer Wade das Fleisch vollständig abgequetscht, Schröder erlitt mehrere Verletzungen am Kopfe, Weide Klagen auch über innere

Verletzungen, die noch nicht näher festgestellt sind. Ein Koppfder Rettungswagen, der noch vor dem Zusammenstoß zu Hilfe gerufen Feuerwehre eintraf, brachte die Verunglückten nach dem Charlotten- burger Krankenhaus. Das Pferd des Sandwagens wurde getötet. Der Verkehr war längere Zeit unterbrochen.

Der Stenografen-Buchhalter Wolny in Spandau, welcher sich der Unterschlagung von etwa 2800 M. eingezogener Stenog- gelder, der Unzulänglichkeiten und der Beiseitehaltung eines Kassen- manuals schuldig gemacht hat, ist am Donnerstag in Unter- suchungshaft genommen worden. Von der unterschlagenen Summe sind 1500 M. durch die Inkassantion des B. gedeckt.

Aus der Stadtverordneten-Sitzung in Spandau. Bei der vom Magistrat beantragten Nachbewilligung von Mitteln zur unent- geltlichen Erhaltung von Schulbüchern an arme Gemeindefchüler wies Genosse Dutsch auf die Berechtigung des von den social- demokratischen Stadtverordneten bereits mehrfach gestellten, jedoch stets abgelehnten Antrags hin, sämtlichen Schülern der Gemeindefchulen die nötigen Lehr- und Lernmittel auf städtische Kosten zu liefern; die in den Etat hier eingestellten Mittel, die leider nur für die ärmsten Kinder bestimmt sind, reichten für diesen Zweck bei weitem nicht zu, was die fortwährenden Nachbewilligungen beweisen. Stadto. Krieger (Soe.) führte darüber Klage, daß die unentgeltliche Her- gabe von Schulbüchern heute sehr oft mit Rücksichtungen und skroffer Behandlung der betreffenden Kinder durch die Lehrer verknüpft sei. Dies müßte unter allen Umständen unterbleiben, Redner schloß die dies nächstjährigen Etatberatungen zu diesem Thema wieder den bekannten Antrag seiner Freunde an. Die geforderten Beträge wurden bewilligt.

In gleicher Sitzung wird hierauf die Einlegung der Revision gegen ein auf die Klage des Abbederbesitzer Boz gegen die Stadt Spandau vom Kammergericht ergangenes Urteil in Höhe von 21 000 M. beschloffen und die vom Magistrat nachgefolgte Bewilligung einer Entschädigung von je 800 M. an den Oberbürgermeister Köhge und den Bürgermeister Wolf für die Ver- tretung des beurlaubten Stadtrats Martins abgelehnt.

Gerichts-Beilage.

Ein dritter Nieseprozeß.

Der wiederum eine Strafkammer viele Tage hindurch beschäftigen soll, beginnt am Montag, den 26. d. M., vor der dritten Straf- kammer des Landgerichts I. In diesem Tage nimmt die erneute Hauptverhandlung des Prozesses gegen den ehemaligen „Bank- direktor“ v. Kriegsheim ihren Anfang. Den Vorsitz führt wiederum Landgerichts-Direktor Köhler, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwält Dr. Schwindt, Morris und Leonh. Friedmann. Der Angeklagte befindet sich seit dem 1. Juli 1898, also fast 2 1/2 Jahre in Untersuchungshaft, ein Fall, der wohl einzig dastehen dürfte. Ursprünglich erfolgte die Verhaftung des Angeklagten nur in vier Fällen, später wurde jedoch die Untersuchung von seiten des Untersuchungsrichters von Amts wegen auf weitere 63 Ver- schuldigungen ausgedehnt. Am 5. Dezember 1899 wurde das Verhör gegen den Angeklagten in 26 Fällen durch Beschluß der Strafkammer eingestellt, während hinsichtlich der restlichen 41 Ver- schuldigungen das Hauptverfahren eröffnet wurde. Durch Urteil der 3. Strafkammer vom 16. Februar er. wurde der Angeklagte in 26 Fällen — darunter waren die schwersten Verschuldigungen — frei gesprochen, vier Fälle wurden abgelehnt und in 11 Fällen erfolgte Verurteilung. Er wurde damals zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Auf die von den Verteidigern eingeleitete Revision hat das Reichsgericht die Ge- samtstrafe, sowie die Verurteilung auf Verlust der bürgerlichen Ehren- rechte, ferner die Einzelstrafen und Festsetzungen in den vier Haupt- fällen, die 8 Jahre 9 Monate ausmachen, aufgehoben, während in drei übrigen Fällen, für die 3 Jahre 6 Monate Einzelstrafen in Betracht kommen, die Revision verworfen wurde. Das Reichsgericht hat in drei Offiziersfällen die von der Verteidigung geltend ge- machte Rechtsanerkennung, daß in der freiwilligen Erfüllung einer nicht rechtswirksamen Verpflichtung eine Vermögensverschädigung im Sinne des § 208 Str.-G.-B. nicht gefunden werden kann und daß der Angeklagte nicht Bevollmächtigter im Sinne des § 266 Str.-G.-B. war, sondern eigene Rechte wahrnahm. Der vierte Fall ist aus formellen Gründen aufgehoben worden. Es handelt sich hier — wie noch erinnerlich sein dürfte — um den Abfindungsbetrag, den der An- geklagte f. J. seiner damaligen Geliebten Frau Korb vor 10 Jahren gegeben hat. Auf dem Sachverhalt soll sich außer seiner eigenen Unter- schrift auch noch die eines Herrn v. Jena befinden haben. Der An- geklagte hat in der früheren Verhandlung bestritten und bestritten dem Vernehmen nach noch jetzt, daß diese nicht mehr vorhandene Urkunde jemals eine zweite Unterschrift ge- tragen hat. Er behauptet, daß hier eine Verwechslung seitens der Frau Korb vorliegen muß und es dürfte über diesen Punkt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten und der Frau Korb und zu einer umfangreichen Beweisaufnahme kommen. — Zu den vier abgelehnten Fällen, die zum erstenmal zur Ver- handlung kommen, gehört auch der Fall, in welchem der bekannte Graf von und zu Egloffstein, der zur Zeit in Wlodensee den Rest seiner Strafe verbüßt, geschädigt sein soll. In einem der Fälle, in denen die Revision verworfen ist, schwebt zur Zeit das Wiederaufnahme-Verfahren. Der Antrag des Angeklagten, auch in allen Fällen eine erneute Beweisaufnahme lediglich mit Rücksicht auf die Bemessung der neu zu bildenden Gesamtstrafe und mit Rück- sicht auf die Frage, ob auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen ist, ist bisher abgelehnt worden. Dem Vernehmen nach soll der Antrag in der Hauptverhandlung wiederholt werden.

Vermischtes.

In dem Typhuskranken in 17. Infanterie-Regiment in Gernerheim wird gemeldet: In den letzten Tagen sind noch drei an gastrischem Fieber leidende Soldaten hinzugekommen, so daß gegenwärtig 29 Soldaten an Typhus und fünf an gastrischem Fieber erkrankt sind. Von den Typhuskranken sind drei schwer krank, bei einem von ihnen ist Besserung eingetreten.

Von einem Raubmord berichtet die „N. W. Post. Ztg.“ aus Offen: Am Freitagabend fand die Polizei, als sie mit Gewalt in einen hiesigen Laden eindrangen war, aus welchem Geschrei von kämpfenden erschallte, den 17jährigen Ladengehilfen Müller, welcher als Wächter in dem Laden schlief, mit einer knifflenden Wunde sterbend vor; neben ihm lag der Mörder, dem anscheinend mit einem kleinen Taschenmesser eine Pulsader durchschnitten war, ohnmächtig am Boden. Müller starb nach einer Viertelstunde. Der Mörder, der noch lebt, wurde ins Krankenhaus geschafft.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Adressenänderung beizufügen. Fragen ohne solche werden nicht beant- wortet und schriftliche Antwort nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Straßenverkehrsfrage. Mittel zur Förderung des Garmuttes gibt es nicht, es sei denn, man betrachte die gewöhnliche und sorgfältige Pflege und Reinhaltung des Kopfes als solche. Wegen der Beilegung von Schuppen, die verschiedene Ursachen haben können, sollten Sie sich an einen Arzt wenden.

Nr. 22. Uns ist keine Adresse dort bekannt. Wenden Sie sich an den Genossen Paul Klinge in Dresden, Falkenstr. 10, den Verleger des „Armen- zeufers“, dort erfahren Sie eine Adresse.

Nr. 23. Genosse Wolfgang Feine wohnt in Berlin NW, Mathienstraße 1. Pfcil. Der Geschenktarf betreffend das Urheberrecht soll bestimmt in dieser Session dem Reichstag vorgelegt werden.

Allgemeine Familien-Stirb-Kasse. Heute Sonntag Adress 123 bei Diele und Mariannengr. 48 bei Liebenberg von 3-5 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 23. November 1900

Table with 4 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen), Quality (e.g., gut, mittel, gering), and Price per unit (e.g., 15.20, 15.16).

*) ab Bahn und frei Waage. f) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 24. November. Getreide. Auch heute zeigte sich auf dem Getreidemarkt schwächere Tendenz...

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 24. November 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf kamen: 3652 Rinder...

Kammel 62-66, b) ältere Kammel 60-57, c) mäßig genährte Kammel...

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft widelte sich in guter Weise ziemlich glatt...

Theater program table with columns: Theater, Title, Date, and other details.

Ständiges Repertoire: Residenz-Theater. Diesen Sonntag: Fernando, alle Abende: Die Dame von Maxim...

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichst.-Wahlkreis. Karl Michaelis, Vorsitzender.

Innungs-Krankenkasse der Drechsler-Zunng. Dienstag, d. 27. November 1900, abends 8 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Die Vorstandssitzung findet statt...

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer. Montag, den 3. Dezember 1900, abends 7 Uhr.

Moskauerstraße 20. Filiale der Kochanstalt vom Central-Wiedhof. Verkauf von Schmelzschokolade...

Herrn Bekleidung, elegante Ausführung. J. Kurzberg, NO., Landsbergerstr. 13.

Cigarren. gut und kräftig a Stück 5 und 6 Pf. M. Könkow, Danzigerstr. 97.

Kinderwagen. Puppen-, Sport- und Lieferwagen. A.W. Schulz, Brunnenstr. 95.

Beleuchtungs- und Aufhängemethode! Dampfkegel, Spec. Befestigung von Wälzwerk und Wälzwerkern.

Wer auf gute und reelle Steppdecken reflektiert, kauft nur direkt v. Anfertiger G. Schürzler, Blumenstr. 13 I.

Etwas für Kenner. Cognac, Rum, Brantweine und aromatische Liqueure von höchsten Aromen...

Niederlagen: Herrstr. 69. D. Wohlgenuth. Herrstr. 139. G. Jöbel. Alexanderstr. 38a. Eugen Müller.

Niederlagen: Kurfürstenstr. 139. C. A. Dinkler Nachf. Kurfürstenstr. 119. G. Hense Nachf.

Codes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht...

Henriette Abendroth. nach langen Leiden im 56. Lebensjahr verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag...

Für die zahlreiche Teilnahme am Begräbnis meines lieben Mannes sage allen Verwandten, Bekannten und Freunden...

Für die zahlreichen Kranzspenden und rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Hermann Klein...

Am 4. Dezember beginnen drei neue Vorträge: 1. Elektrotechnik, Maschinenbau und Praktikum.

Wahlversammlung. 1. der großjährigsten Kassensmitglieder: Wahl von 80 Vertretern (Delegierten) zur Generalversammlung.

Die Versammlungen der Kassensmitglieder und der Innungsmitglieder finden in getrennten Räumen statt.

Ortskrankenkasse der Drechsler u. verw. Gewerbe. Die ordentliche Generalversammlung findet am Montag, den 3. Dezember...

Generalversammlung sämtlicher Vertreter. Tagesordnung: 1. Bericht der Statutenberatungs-Kommission.

Fremden eines wirklich guten und sehr wohlfeilsmaligen Traubenweins empfehle ich meinen garantierten unverfälschten 1441*

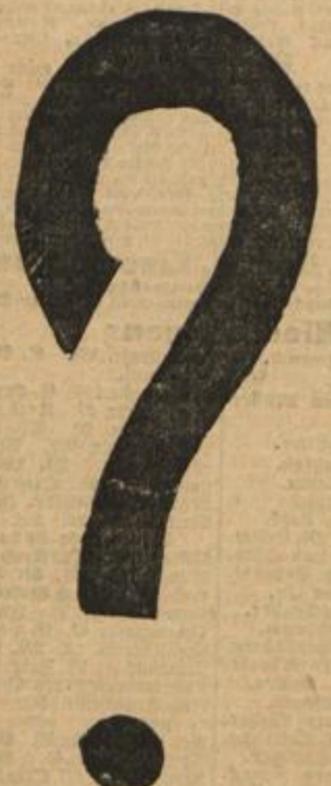
1898er Rotwein. Derselbe kostet in Fässern v. 30 Stk. an 58 Ufr. pr. Stk.

Abendkurse in Elektrotechnik u. Maschinenbau. 26. November, wie seit 26 Jahren, für Monteurs, Werker, Ingenieure...

Kohlennot vorbei. durch meinen Selbstapparat u. Schmotze für 2.50, für 3.50, für 4.50, für 5.50, für 6.50, für 7.50, für 8.50, für 9.50, für 10.50, für 11.50, für 12.50, für 13.50, für 14.50, für 15.50, für 16.50, für 17.50, für 18.50, für 19.50, für 20.50, für 21.50, für 22.50, für 23.50, für 24.50, für 25.50, für 26.50, für 27.50, für 28.50, für 29.50, für 30.50, für 31.50, für 32.50, für 33.50, für 34.50, für 35.50, für 36.50, für 37.50, für 38.50, für 39.50, für 40.50, für 41.50, für 42.50, für 43.50, für 44.50, für 45.50, für 46.50, für 47.50, für 48.50, für 49.50, für 50.50, für 51.50, für 52.50, für 53.50, für 54.50, für 55.50, für 56.50, für 57.50, für 58.50, für 59.50, für 60.50, für 61.50, für 62.50, für 63.50, für 64.50, für 65.50, für 66.50, für 67.50, für 68.50, für 69.50, für 70.50, für 71.50, für 72.50, für 73.50, für 74.50, für 75.50, für 76.50, für 77.50, für 78.50, für 79.50, für 80.50, für 81.50, für 82.50, für 83.50, für 84.50, für 85.50, für 86.50, für 87.50, für 88.50, für 89.50, für 90.50, für 91.50, für 92.50, für 93.50, für 94.50, für 95.50, für 96.50, für 97.50, für 98.50, für 99.50, für 100.50, für 101.50, für 102.50, für 103.50, für 104.50, für 105.50, für 106.50, für 107.50, für 108.50, für 109.50, für 110.50, für 111.50, für 112.50, für 113.50, für 114.50, für 115.50, für 116.50, für 117.50, für 118.50, für 119.50, für 120.50, für 121.50, für 122.50, für 123.50, für 124.50, für 125.50, für 126.50, für 127.50, für 128.50, für 129.50, für 130.50, für 131.50, für 132.50, für 133.50, für 134.50, für 135.50, für 136.50, für 137.50, für 138.50, für 139.50, für 140.50, für 141.50, für 142.50, für 143.50, für 144.50, für 145.50, für 146.50, für 147.50, für 148.50, für 149.50, für 150.50, für 151.50, für 152.50, für 153.50, für 154.50, für 155.50, für 156.50, für 157.50, für 158.50, für 159.50, für 160.50, für 161.50, für 162.50, für 163.50, für 164.50, für 165.50, für 166.50, für 167.50, für 168.50, für 169.50, für 170.50, für 171.50, für 172.50, für 173.50, für 174.50, für 175.50, für 176.50, für 177.50, für 178.50, für 179.50, für 180.50, für 181.50, für 182.50, für 183.50, für 184.50, für 185.50, für 186.50, für 187.50, für 188.50, für 189.50, für 190.50, für 191.50, für 192.50, für 193.50, für 194.50, für 195.50, für 196.50, für 197.50, für 198.50, für 199.50, für 200.50, für 201.50, für 202.50, für 203.50, für 204.50, für 205.50, für 206.50, für 207.50, für 208.50, für 209.50, für 210.50, für 211.50, für 212.50, für 213.50, für 214.50, für 215.50, für 216.50, für 217.50, für 218.50, für 219.50, für 220.50, für 221.50, für 222.50, für 223.50, für 224.50, für 225.50, für 226.50, für 227.50, für 228.50, für 229.50, für 230.50, für 231.50, für 232.50, für 233.50, für 234.50, für 235.50, für 236.50, für 237.50, für 238.50, für 239.50, für 240.50, für 241.50, für 242.50, für 243.50, für 244.50, für 245.50, für 246.50, für 247.50, für 248.50, für 249.50, für 250.50, für 251.50, für 252.50, für 253.50, für 254.50, für 255.50, für 256.50, für 257.50, für 258.50, für 259.50, für 260.50, für 261.50, für 262.50, für 263.50, für 264.50, für 265.50, für 266.50, für 267.50, für 268.50, für 269.50, für 270.50, für 271.50, für 272.50, für 273.50, für 274.50, für 275.50, für 276.50, für 277.50, für 278.50, für 279.50, für 280.50, für 281.50, für 282.50, für 283.50, für 284.50, für 285.50, für 286.50, für 287.50, für 288.50, für 289.50, für 290.50, für 291.50, für 292.50, für 293.50, für 294.50, für 295.50, für 296.50, für 297.50, für 298.50, für 299.50, für 300.50, für 301.50, für 302.50, für 303.50, für 304.50, für 305.50, für 306.50, für 307.50, für 308.50, für 309.50, für 310.50, für 311.50, für 312.50, für 313.50, für 314.50, für 315.50, für 316.50, für 317.50, für 318.50, für 319.50, für 320.50, für 321.50, für 322.50, für 323.50, für 324.50, für 325.50, für 326.50, für 327.50, für 328.50, für 329.50, für 330.50, für 331.50, für 332.50, für 333.50, für 334.50, für 335.50, für 336.50, für 337.50, für 338.50, für 339.50, für 340.50, für 341.50, für 342.50, für 343.50, für 344.50, für 345.50, für 346.50, für 347.50, für 348.50, für 349.50, für 350.50, für 351.50, für 352.50, für 353.50, für 354.50, für 355.50, für 356.50, für 357.50, für 358.50, für 359.50, für 360.50, für 361.50, für 362.50, für 363.50, für 364.50, für 365.50, für 366.50, für 367.50, für 368.50, für 369.50, für 370.50, für 371.50, für 372.50, für 373.50, für 374.50, für 375.50, für 376.50, für 377.50, für 378.50, für 379.50, für 380.50, für 381.50, für 382.50, für 383.50, für 384.50, für 385.50, für 386.50, für 387.50, für 388.50, für 389.50, für 390.50, für 391.50, für 392.50, für 393.50, für 394.50, für 395.50, für 396.50, für 397.50, für 398.50, für 399.50, für 400.50, für 401.50, für 402.50, für 403.50, für 404.50, für 405.50, für 406.50, für 407.50, für 408.50, für 409.50, für 410.50, für 411.50, für 412.50, für 413.50, für 414.50, für 415.50, für 416.50, für 417.50, für 418.50, für 419.50, für 420.50, für 421.50, für 422.50, für 423.50, für 424.50, für 425.50, für 426.50, für 427.50, für 428.50, für 429.50, für 430.50, für 431.50, für 432.50, für 433.50, für 434.50, für 435.50, für 436.50, für 437.50, für 438.50, für 439.50, für 440.50, für 441.50, für 442.50, für 443.50, für 444.50, für 445.50, für 446.50, für 447.50, für 448.50, für 449.50, für 450.50, für 451.50, für 452.50, für 453.50, für 454.50, für 455.50, für 456.50, für 457.50, für 458.50, für 459.50, für 460.50, für 461.50, für 462.50, für 463.50, für 464.50, für 465.50, für 466.50, für 467.50, für 468.50, für 469.50, für 470.50, für 471.50, für 472.50, für 473.50, für 474.50, für 475.50, für 476.50, für 477.50, für 478.50, für 479.50, für 480.50, für 481.50, für 482.50, für 483.50, für 484.50, für 485.50, für 486.50, für 487.50, für 488.50, für 489.50, für 490.50, für 491.50, für 492.50, für 493.50, für 494.50, für 495.50, für 496.50, für 497.50, für 498.50, für 499.50, für 500.50, für 501.50, für 502.50, für 503.50, für 504.50, für 505.50, für 506.50, für 507.50, für 508.50, für 509.50, für 510.50, für 511.50, für 512.50, für 513.50, für 514.50, für 515.50, für 516.50, für 517.50, für 518.50, für 519.50, für 520.50, für 521.50, für 522.50, für 523.50, für 524.50, für 525.50, für 526.50, für 527.50, für 528.50, für 529.50, für 530.50, für 531.50, für 532.50, für 533.50, für 534.50, für 535.50, für 536.50, für 537.50, für 538.50, für 539.50, für 540.50, für 541.50, für 542.50, für 543.50, für 544.50, für 545.50, für 546.50, für 547.50, für 548.50, für 549.50, für 550.50, für 551.50, für 552.50, für 553.50, für 554.50, für 555.50, für 556.50, für 557.50, für 558.50, für 559.50, für 560.50, für 561.50, für 562.50, für 563.50, für 564.50, für 565.50, für 566.50, für 567.50, für 568.50, für 569.50, für 570.50, für 571.50, für 572.50, für 573.50, für 574.50, für 575.50, für 576.50, für 577.50, für 578.50, für 579.50, für 580.50, für 581.50, für 582.50, für 583.50, für 584.50, für 585.50, für 586.50, für 587.50, für 588.50, für 589.50, für 590.50, für 591.50, für 592.50, für 593.50, für 594.50, für 595.50, für 596.50, für 597.50, für 598.50, für 599.50, für 600.50, für 601.50, für 602.50, für 603.50, für 604.50, für 605.50, für 606.50, für 607.50, für 608.50, für 609.50, für 610.50, für 611.50, für 612.50, für 613.50, für 614.50, für 615.50, für 616.50, für 617.50, für 618.50, für 619.50, für 620.50, für 621.50, für 622.50, für 623.50, für 624.50, für 625.50, für 626.50, für 627.50, für 628.50, für 629.50, für 630.50, für 631.50, für 632.50, für 633.50, für 634.50, für 635.50, für 636.50, für 637.50, für 638.50, für 639.50, für 640.50, für 641.50, für 642.50, für 643.50, für 644.50, für 645.50, für 646.50, für 647.50, für 648.50, für 649.50, für 650.50, für 651.50, für 652.50, für 653.50, für 654.50, für 655.50, für 656.50, für 657.50, für 658.50, für 659.50, für 660.50, für 661.50, für 662.50, für 663.50, für 664.50, für 665.50, für 666.50, für 667.50, für 668.50, für 669.50, für 670.50, für 671.50, für 672.50, für 673.50, für 674.50, für 675.50, für 676.50, für 677.50, für 678.50, für 679.50, für 680.50, für 681.50, für 682.50, für 683.50, für 684.50, für 685.50, für 686.50, für 687.50, für 688.50, für 689.50, für 690.50, für 691.50, für 692.50, für 693.50, für 694.50, für 695.50, für 696.50, für 697.50, für 698.50, für 699.50, für 700.50, für 701.50, für 702.50, für 703.50, für 704.50, für 705.50, für 706.50, für 707.50, für 708.50, für 709.50, für 710.50, für 711.50, für 712.50, für 713.50, für 714.50, für 715.50, für 716.50, für 717.50, für 718.50, für 719.50, für 720.50, für 721.50, für 722.50, für 723.50, für 724.50, für 725.50, für 726.50, für 727.50, für 728.50, für 729.50, für 730.50, für 731.50, für 732.50, für 733.50, für 734.50, für 735.50, für 736.50, für 737.50, für 738.50, für 739.50, für 740.50, für 741.50, für 742.50, für 743.50, für 744.50, für 745.50, für 746.50, für 747.50, für 748.50, für 749.50, für 750.50, für 751.50, für 752.50, für 753.50, für 754.50, für 755.50, für 756.50, für 757.50, für 758.50, für 759.50, für 760.50, für 761.50, für 762.50, für 763.50, für 764.50, für 765.50, für 766.50, für 767.50, für 768.50, für 769.50, für 770.50, für 771.50, für 772.50, für 773.50, für 774.50, für 775.50, für 776.50, für 777.50, für 778.50, für 779.50, für 780.50, für 781.50, für 782.50, für 783.50, für 784.50, für 785.50, für 786.50, für 787.50, für 788.50, für 789.50, für 790.50, für 791.50, für 792.50, für 793.50, für 794.50, für 795.50, für 796.50, für 797.50, für 798.50, für 799.50, für 800.50, für 801.50, für 802.50, für 803.50, für 804.50, für 805.50, für 806.50, für 807.50, für 808.50, für 809.50, für 810.50, für 811.50, für 812.50, für 813.50, für 814.50, für 815.50, für 816.50, für 817.50, für 818.50, für 819.50, für 820.50, für 821.50, für 822.50, für 823.50, für 824.50, für 825.50, für 826.50, für 827.50, für 828.50, für 829.50, für 830.50, für 831.50, für 832.50, für 833.50, für 834.50, für 835.50, für 836.50, für 837.50, für 838.50, für 839.50, für 840.50, für 841.50, für 842.50, für 843.50, für 844.50, für 845.50, für 846.50, für 847.50, für 848.50, für 849.50, für 850.50, für 851.50, für 852.50, für 853.50, für 854.50, für 855.50, für 856.50, für 857.50, für 858.50, für 859.50, für 860.50, für 861.50, für 862.50, für 863.50, für 864.50, für 865.50, für 866.50, für 867.50, für 868.50, für 869.50, für 870.50, für 871.50, für 872.50, für 873.50, für 874.50, für 875.50, für 876.50, für 877.50, für 878.50, für 879.50, für 880.50, für 881.50, für 882.50, für 883.50, für 884.50, für 885.50, für 886.50, für 887.50, für 888.50, für 889.50, für 890.50, für 891.50, für 892.50, für 893.50, für 894.50, für 895.50, für 896.50, für 897.50, für 898.50, für 899.50, für 900.50, für 901.50, für 902.50, für 903.50, für 904.50, für 905.50, für 906.50, für 907.50, für 908.50, für 909.50, für 910.50, für 911.50, für 912.50, für 913.50, für 914.50, für 915.50, für 916.50, für 917.50, für 918.50, für 919.50, für 920.50, für 921.50, für 922.50, für 923.50, für 924.50, für 925.50, für 926.50, für 927.50, für 928.50, für 929.50, für 930.50, für 931.50, für 932.50, für 933.50, für 934.50, für 935.50, für 936.50, für 937.50, für 938.50, für 939.50, für 940.50, für 941.50, für 942.50, für 943.50, für 944.50, für 945.50, für 946.50, für 947.50, für 948.50, für 949.50, für 950.50, für 951.50, für 952.50, für 953.50, für 954.50, für 955.50, für 956.50, für 957.50, für 958.50, für 959.50, für 960.50, für 961.50, für 962.50, für 963.50, für 964.50, für 965.50, für 966.50, für 967.50, für 968.50, für 969.50, für 970.50, für 971.50, für 972.50, für 973.50, für 974.50, für 975.50, für 976.50, für 977.50, für 978.50, für 979.50, für 980.50, für 981.50, für 982.50, für 983.50, für 984.50, für 985.50, für 986.50, für 987.50, für 988.50, für 989.50, für 990.50, für 991.50, für 992.50, für 993.50, für 994.50, für 995.50, für 996.50, für 997.50, für 998.50, für 999.50, für 1000.50, für 1001.50, für 1002.50, für 1003.50, für 1004.50, für 1005.50, für 1006.50, für 1007.50, für 1008.50, für 1009.50, für 1010.50, für 1011.50, für 1012.50, für 1013.50, für 1014.50, für 1015.50, für 1016.50, für 1017.50, für 1018.50, für 1019.50, für 1020.50, für 1021.50, für 1022.50, für 1023.50, für 1024.50, für 1025.50, für 1026.50, für 1027.50, für 1028.50, für 1029.50, für 1030.50, für 1031.50, für 1032.50, für 1033.50, für 1034.50, für 1035.50, für 1036.50, für 1037.50, für 1038.50, für 1039.50, für 1040.50, für 1041.50, für 1042.50, für 1043.50, für 1044.50, für 1045.50, für 1046.50, für 1047.50, für 1048.50, für 1049.50, für 1050.50, für 1051.50, für 1052.50, für 1053.50, für 1054.50, für 1055.50, für 1056.50, für 1057.50, für 1058.50, für 1059.50, für 1060.50, für 1061.50, für 1062.50, für 1063.50, für 1064.50, für 1065.50, für 1066.50, für 1067.50, für 1068.50, für 1069.50, für 1070.50, für 1071.50, für 1072.50, für 1073.50, für 1074.50, für 1075.50, für 1076.50, für 1077.50, für 1078.50, für 1079.50, für 1080.50, für 1081.50, für 1082.50, für 1083.50, für 1084.50, für 1085.50, für 1086.50, für 1087.50, für 1088.50, für 1089.50, für 1090.50, für 1091.50, für 1092.50, für 1093.50, für 1094.50, für 1095.50, für 1096.50, für 1097.50, für 1098.50, für 1099.50, für 1100.50, für 1101.50, für 1102.50, für 1103.50, für 1104.50, für 1105.50, für 1106.50, für 1107.50, für 1108.50, für 1109.50, für 1110.50, für 1111.50, für 1112.50, für 1113.50, für 1114.50, für 1115.50, für 1116.50, für 1117.50, für 1118.50, für 1119.50, für 1120.50, für 1121.50, für 1122.50, für 1123.50, für 1124.50, für 1125.50, für 1126.50, für 1127.50, für

SPARE BEI JANDORF

KENNEN SIE DAS RABATT - SYSTEM VON



№ 748109

Gesetzlich geschützt.  Gesetzlich geschützt.

Rabatt-Karte

Q. R. G. M. 102681

Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
C., Spittelmarkt 16-17
S.W., Leipzigerstr. 64
S.W., Belle-Alliancestr. 1-2.

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baar-einkäufen für je 25 $\frac{1}{2}$ des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marko im Werthe von 1 $\frac{1}{2}$. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite dieser Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die 100 Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit **1 Mark** in baar eingelöst.

Nur einige Artikel, welche durch ihren ganz besonders billigen Preis eine weitere Ermässigung nicht vertragen, sind vom Rabatt ausgeschlossen.

A. JANDORF & CO.

Auträge der socialdemokratischen Fraktion an den Reichstag.

Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gewerbe-gerichte vom 20. Juli 1890. (Wiederholt.)

An Stelle der §§ 1, 2, 3, 4, 5, 10, 13, 62, 70, 73 treten folgende Bestimmungen, ferner wird hinter § 62 ein neuer § 62a eingeschoben:

§ 1. Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits, sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers sind Gewerbe-gerichte zu errichten.

Die Errichtung erfolgt für den Bezirk einer Gemeinde durch Ortsstatut nach Maßgabe des § 142 der Gewerbe-Ordnung. Die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde über die Genehmigung des Statuts ist binnen sechs Monaten zu erteilen. Die Entscheidung, durch welche die Genehmigung verweigert wird, muß mit Gründen versehen sein.

Mehrere Gemeinden können sich durch übereinstimmende Ortsstatuten zur Errichtung eines gemeinsamen Gewerbegerichts für ihre Bezirke vereinigen. Für die Genehmigung der übereinstimmenden Ortsstatute ist die höhere Verwaltungsbehörde zuständig, in deren Bezirk das Gewerbegericht seinen Sitz haben soll.

Zugleich kann ein Gewerbegericht für den Bezirk eines weiteren Kommunalverbands errichtet werden. Die Errichtung erfolgt in diesem Falle nach Maßgabe der Vorschriften, nach welchen Angelegenheiten des Verbands statutarisch geregelt werden. Die Zuständigkeit eines solchen Gerichts ist ausgeschlossen, soweit die Zuständigkeit eines für eine oder mehrere Gemeinden des Bezirks bestehenden oder später errichteten Gewerbegerichts begründet ist.

§ 2. Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche Titel 7 der Gewerbe-Ordnung Anwendung findet, ferner alle im Bergbau, in der Land-, Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen.

Dagegen gelten als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt.

Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gilt jeder selbständige Gewerbetreibende, auch wenn er keine Arbeiter beschäftigt.

§ 3. Die Gewerbegerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstands zuständig für Streitigkeiten:

1. wegen der aus dem Arbeitsverhältnis folgenden Verpflichtungen und Entschädigungsansprüche, wegen Nichterfüllung derselben oder nicht gehöriger Erfüllung, insbesondere der Ansprüche über den Eintritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, über die Kündigung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisses, sowie über die sonstigen Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, über Zahlung einer Konventionalstrafe, über Klage auf Annullation des Arbeitsbuchs oder Zeugnisses, über die Ansprüche auf Entschädigung wegen verweigerter oder verzögerter Aushändigung dieser Sachen oder wegen Ausstellung inhaltlich unrichtiger Zeugnisse;

2. wegen vorläufiger Schadenzufügung in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise, insbesondere durch Aneignung der Arbeitszeugnisse oder durch Verletzung der Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, sowie wegen Ueberlassung, Verwertung oder Räumung von Wohnungen, die vom Arbeitgeber dem Arbeiter entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden, und wegen Zahlung des Mietspreises oder Herstellung von Reparaturen für diese Wohnungen;

3. wegen der Ansprüche, welche auf Grund der Uebernahme einer gemeinsamen Arbeit von Arbeitern desselben Arbeitgebers gegen einander erhoben werden;

§ 4. Zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören ferner Streitigkeiten der im § 3 Nr. 1-2 bezeichneten Art zwischen Personen, welche für bestimmte Personen außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit Aufertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind (Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende), und ihren Arbeitgebern, sofern die Beschäftigung auf die Bearbeitung oder Verarbeitung der ersten von den Arbeitgebern gelieferten Rohstoffe oder Halbfabrikate beschränkt ist. Das gleiche gilt von Streitigkeiten der im § 3 Nr. 3 bezeichneten Art zwischen solchen Hausgewerbetreibenden untereinander. Streitigkeiten derjenigen Hausgewerbetreibenden, welche Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen, unterliegen ebenfalls der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

§ 5. Durch die Zuständigkeit eines Gewerbegerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

Vereinbarungen, durch welche der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterliegende Streitigkeiten der Entscheidung dieses Gerichts entzogen werden, sind nichtig.

§ 10. Zum Mitglied eines Gewerbegerichts soll ohne Unterschied des Geschlechts nur berufen werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstatet hat und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens einem Jahre wohnt oder beschäftigt ist.

Die im § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Personen können nicht berufen werden.

§ 13. Zur Teilnahme an den Wahlen (§ 12) ist ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, wer das 21. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat. Die im § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes benannten Personen sind nicht wahlberechtigt.

Ist die Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf bestimmte Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben beschränkt (§ 8 Abs. 1), so sind nur die Arbeitgeber und Arbeiter dieser Betriebe wahlbar und wahlberechtigt.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl und das Verfahren bei derselben werden durch das Statut getroffen. Es kann insbesondere festgesetzt werden, daß bestimmte gewerbliche Gruppen je einen oder mehrere Wähler zu wählen haben.

In Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden, für welche ein Gewerbegericht besteht, dürfen Innungsschiedsgerichte nicht errichtet werden. Besteht ein Innungsschiedsgericht, so ist dasselbe, wenn ein Gewerbegericht errichtet wird, aufzuheben.

Die Gemeindebehörde hat eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen. Polizeibehörden, Krankenkassen, welche im Bezirk des Gewerbegerichts bestehen, oder eine örtliche Verwaltungsstelle haben, sind verpflichtet, der Gemeindebehörde auf Verlangen die für die Fertigung der Wählerliste für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlichen Auskünfte zu geben, insbesondere Einigkeit der Mitglieder-Verzeichnisse bezw. Gewerbe-Anzeigen zu gewähren. Die Liste ist während

bier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszuliegen, und ist dies zuvor öffentlich bekannt zu machen. Wer bis zum Tage vor der Wahl seine Wahlberechtigung nachweist, ist in die Wählerliste einzutragen.

§ 62. Der Anrufung ist Folge zu geben, wenn sie von beiden Teilen erfolgt und die beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber — letztere, sofern ihre Zahl mehr als drei beträgt — Vertreter bestellen, welche mit der Verhandlung vor dem Einigungsamt beauftragt werden.

Als Vertreter können nur Parteimitglieder bestellt werden, welche großjährig sind, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Soweit Arbeiter in diesem Alter nicht, oder nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, können jüngere Vertreter zugelassen werden. Die Zahl der Vertreter jedes Teils soll in der Regel nicht mehr als drei betragen. Das Einigungsamt kann eine größere Zahl von Vertretern zulassen.

Ob die Vertreter für genügend legitimiert zu erachten sind, entscheidet das Einigungsamt nach freiem Ermessen.

§ 62a (neu). Erfolgt die Anrufung nur von Seiten einer Partei, so hat der Vorsitzende hiervon einen oder mehreren der ihm als Vertrauensmänner der andern Partei bekannten Personen Kenntnis zu geben und zugleich nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß auch die andre Partei sich zur Anrufung des Einigungsamts bereit findet.

Weigert sich die andre Partei, so hat das Einigungsamt alsdann öffentlich den Schiedsspruch über den Streitfall abzugeben, wobei es die Partei bezeichnet, die sich dem Einigungsversuch entzogen hat, und die ihm für diese Handlungswelt bekannt gewordenen Gründe angiebt.

Auch in anderen Fällen soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten der in § 61 bezeichneten Art auf die Anrufung des Einigungsamts hinzuwirken suchen und dieselbe den Parteien bei geeigneter Veranlassung nahelegen.

Der Vorsitzende ist befugt, an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorgeladen und zu vernehmen. Er kann hierbei für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu tausend Mark und die Veröffentlichung des Nichterscheinens androhen. Gegen die Festsetzung der Strafe findet Beschwerde nach den Bestimmungen der Zivil-Prozessordnung statt.

§ 70. Das Gewerbegericht ist verpflichtet, auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstands des Kommunalverbands, für welchen dasselbe errichtet ist, Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben. Zur Vorbereitung oder Abgabe derartiger Gutachten müssen Ausschüsse aus der Mitte des Gewerbegerichts gebildet werden.

Diese Ausschüsse müssen, sofern es sich um Fragen handelt, welche die Interessen beider Teile betreffen, zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt sein.

In gleicher Weise ist das Gewerbegericht berechtigt, in gewerblichen Fragen, welche die seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Betriebe betreffen, Anträge an Behörden und an Vertretungen von Kommunalverbänden zu richten.

Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte sind verpflichtet diese Ausschüsse einzuberufen, wenn der vierte Teil der Mitglieder des betreffenden Gewerbegerichts es beantragt.

Das Gewerbegericht ist berechtigt, auch an eingehende Anträge der Arbeitervereine, Anträge und Gutachten über Gesetzesvorlagen zu senden.

Das Nähere bestimmt das Statut.

§ 75. Die vor dem Gemeindevorsteher geschlossenen Vergleiche, sowie die rechtskräftigen oder vollstreckbaren Entscheidungen derselben sind, sofern die Partei es beantragt, auf Ersuchen des Gemeindevorstehers durch die Ortspolizeibehörde nach den Vorschriften über das Verwaltungszwangsvollstrecken zu vollstrecken. Ein unmittelbarer Zwang zur Vornahme einer Handlung ist nur im Falle des § 130 der Gewerbe-Ordnung zulässig. Wo ein Verwaltungszwangsvollstrecken nicht besteht, finden die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Anwendung.

Auf die Vollstreckung der Entscheidungen findet § 888 der Zivilprozessordnung Anwendung.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Bevölkerungsfrage und Industrie-Entwicklung.

Unter allen Großstaaten weist Frankreich allein das Phänomen einer fast stationären Bevölkerung auf; während England, Deutschland und die Vereinigten Staaten mit überaus rasch zunehmender Bevölkerung rechnen, ist der Abstand der Volkszahl Frankreichs von der Deutschlands von Jahrzehnt zu Jahrzehnt größer geworden. Ohne die Zuwanderung belgischer, deutscher und italienischer Arbeiter ließe sich die Produktion im französischen Bergbau und in seiner Industrie nicht aufrecht erhalten, der große Kolonialbesitz Frankreichs in Algier, Tunis, Dahomey, Tonkin u. erfordert Menschenmassen, die Frankreich auf die Dauer nicht abgeben kann. All das sind große Sorgen für die französischen Staatsmänner; nicht die wichtigste aber die brennendste vom Gesichtspunkte des Wettrennens ist die Unmöglichkeit, auf die Dauer mit der deutschen Heeresvermehrung gleichen Schritt zu halten, da man selbst bei größter Strenge der Rekrutierungskommissionen nicht die gleichen Massen für den Heeresdienst ausheben kann wie im Deutschen Reich. Die Vertreter der „grande nation“ hängen um die Großmachtsstellung ihres Landes, wegen des außerordentlichen Zurückbleibens der Geburtenzahl hinter anderen Ländern. Gerade jetzt, wo den Franzosen auf der Pariser Weltausstellung die großartige wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs vor Augen geführt wurde, werden die Bedenken über die Zukunft Frankreichs immer lauter geäußert. Erst in der letzten Woche hat der französische Senat, eine der ersten Arbeiten nach seinem Zusammentritt, eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge unterbreiten soll, welche eine bedeutendere Hebung der Volkszahl herbeiführen könnten. Seit fast vierzig Jahren haben sich in Frankreich Parlament und Regierungen, politische Parteien, gelehrte wie gemeinnützige Gesellschaften, Männer der Wissenschaft und Kurpfuscher mit der Frage der Volksvermehrung beschäftigt. Ist in England die Zahl der Neomalthusianer sehr groß, so haben in Frankreich alle Nationalökonomien, die den Lehren des Malthusianismus weite Verbreitung gegeben hatten, aufgehört, die Beschränkung der Geburtenzahl als ökonomisch und sozialpolitisch nützlich zu bezeichnen. Der Ueberfluß der Geburten über die Todesfälle bleibt in Frankreich seit langem hinter anderen Ländern zurück, diese Erscheinung beunruhigt die Franzosen um so mehr, als dieser Ueberfluß immer geringer in Frankreich, immer größer in anderen Ländern wird. Er betrug in Frankreich 4,0 Proz. (1841 bis 1850), 2,3 Proz. (1851—1860), 2,6 Proz. (1861—1870), 1,7 Proz. (1871—1880) und nur noch 0,2 Proz. (1881—1890); dagegen im Gebiete des Deutschen Reichs in den gleichen Jahrzehnten 9,4, 9,0, 10,3, 11,9 und 11,7 Proz. und in Großbritannien (ohne Irland) 10,2, 11,9, 12,7, 14,0 und 13,3 Proz. Im letzten

Jahrzehnt hat schon mehrmals die Zahl der Todesfälle die Geburten übertraffen, so 1890 um ca. 38 446, 1891 um 10 505, 1892 um 20 041, 1895 um 17 813, 1890—1895 ist der Ueberfluß der Todesfälle über die Geburten über 40 000 gewesen. Würde in Frankreich die Zuwanderung die Abwanderung nicht überreffen, hätte es mit einer ähnlichen Abwanderung zu rechnen gehabt wie das Gebiet des Deutschen Reichs bis in die ersten 90er Jahre, so wäre die französische Bevölkerung nicht bloß relativ, sondern absolut zurückgegangen.

Die Furcht der Franzosen vor dem steigenden Bevölkerungsvorsprung Deutschlands vor Frankreich illustrieren die folgenden Zahlen. Die Bevölkerung im Gebiete des Deutschen Reichs betrug

im Jahre 1816	24 838 000 Seelen
„ „ 1820	29 294 000 „
„ „ 1840	32 787 000 „
„ „ 1860	37 747 000 „
„ „ 1880	45 298 000 „
„ „ 1890	49 428 000 „
„ „ 1895	52 279 998 „

Dagegen betrug die Bevölkerung des jeweiligen Gebiets von Frankreich

im Jahre 1821	30 461 000 Seelen
„ „ 1841	34 260 000 „
„ „ 1861	37 388 000 „
„ „ 1881	37 672 000 „
„ „ 1891	38 943 000 „
„ „ 1896	38 517 000 „

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß Frankreich im Jahre 1860 durch die Einverleibung von Savoyen und Nizza einen Bevölkerungszuwachs von 689 000 Seelen, im Jahre 1871 durch den Verlust von Elsaß und Lothringen eine Abnahme von 1 597 000 Seelen erfuhr.

Die Volkszählungen an dieser Jahreswende dürften zeigen, daß das Deutsche Reich um ca. 17 Millionen Einwohner mehr haben dürfte wie Frankreich, oder mit andern Worten, daß neben der Kopfzahl der französischen Bevölkerung, die Belgien, der Niederlande, der Schweiz, Norwegens und eines Teils Schwedens in unsren Grenzen wohnt.

Diese Gegenüberstellungen scheinen für ganz verschiedene Volksvermehrungstendenzen diesseits und jenseits der Vogesen zu sprechen, sie lehren aber soviel wie gar nichts über die Ursachen dieser Erscheinungen und über die Schlüsse, die der Politiker aus ihnen zu ziehen hat. Weder im Deutschen Reich noch in Frankreich ist die Volksvermehrung in allen Landestellen gleichmäßig; wir finden in Deutschland Gegenden mit starker und mit schwacher Bevölkerungszunahme, wir finden in Frankreich Departements mit großen Geburtenüberschüssen und andre mit starkem Ueberwiegen der Todesfälle über die Geburtenziffern.

Betrachten wir die Gegensätze in Deutschland, so ergibt sich für die lange Periode von 1816 bis 1895 im Durchschnitt eine jährliche Bevölkerungszunahme in Prozenten:

im Königreich Sachsen	2,75	in Bayern rechts des Rheins	0,75
„ „ Preußen	2,12	„ „ Preußen links des Rheins	1,19
„ „ Württemberg	1,82	„ „ Württemberg-Stettin	0,53

Die Gebiete mit starker Bevölkerungszunahme sind die hochindustriellen Gebiete, die mit schwacher Bevölkerungszunahme haben überwiegend Landwirtschaft treibende Bevölkerung. In Frankreich hatten 1895 nur 29 Departements einen Ueberfluß der Geburten über die Todesfälle, in den übrigen 58 Departements überwiegen die Todesfälle die Geburten! Die zwei hochindustriellen Departements Nord und Pas de Calais trugen 1882—1886 26 Proz., 1886—1890 53 Proz. zum gesamten französischen Bevölkerungszuwachs bei und 1891—1894 war ihr Ueberfluß der Geburten über die Todesfälle 84 000, während der von ganz Frankreich sich auf bloß 16 000 bezifferte! Diese Zahlen lehren, daß die industrielle Entwicklung und die Bevölkerungszunahme in einem Zusammenhange stehen, der den so militärischen und Staatsfragen in allen Formen fordernden Agrariern un bequem sein muß und von ihnen deshalb so gerne, wenn auch erfolglos, bestritten wird. Erwägt man, daß in Deutschland der prozentuale Anteil der Landwirtschaft (1895) nur 39,9 Proz., in Frankreich dagegen (1891) 44,8 Proz. der Bevölkerung ausmachte, so dürfte die Bedeutung der rascheren und langsameren Entwicklung zum Industriestaat für die Volksvermehrung nicht von der Hand zu weisen sein. England, des ersten Industriestaats riesige Bevölkerungszunahme und Irlands Entvölkerung sind, wenn auch andre Ursachen dieses Gegensatzes daneben bestehen, hier auch anzuführen.

Doch klingt noch vielfach in der öffentlichen Diskussion die Rousseausche Ansicht nach, daß die Großstädte den Staat erschöpfen und seine Schwäche verursachen, daß das Dorf die Bedeutung des Lands und die ländliche Bevölkerung die Nation geschaffen habe, aber die Unrichtigkeit dieser Auffassung ist für Deutschland und England ebenso erwiesen wie für Frankreich. Wohl möchte Miquel heute mit seiner „Wohnungsgesetzgebung“ fettes großen französischen Vorgängers Colbert Muster nachahmen, der unter andern Maßnahmen eine Erhöhung der Municipalitäten durchführte, um den Landleuten sowie den Handwerkern der kleinen Städte den Aufenthalt in Paris und andern Großstädten zu erschweren oder gar unmöglich zu machen und auf diese Weise der Entvölkerung des platten Lands vorzubeugen.

Aber die Politik Colberts hat sich nicht bewährt, die Miquels, wird auch nicht den erwarteten Erfolg haben.

Frankreich wird bei Fortsetzung seiner agrarischen Hochschutzzollpolitik, seiner langsamen industriellen Entwicklung keine Aenderung seiner Bevölkerungsbewegung herbeiführen können und das Deutsche Reich würde bei Erfüllung der Ideale der Miquel, Kanitz, Hertel und Genossen die verhängnisvollsten Rückschritte machen, seine wirtschaftliche und politische Macht würde sich nicht steigern, sondern vermindern.

Immer stärker wird in Frankreich wie bei uns die Konzentration der Bevölkerung zu den Großstädten. 1801 lebten in Frankreich bloß 1 699 000, 1896 6 212 000 Einwohner in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern. Im Deutschen Reich wohnten 1871 von je 1000 Einwohnern 48, 1885 95, 1890 114 in Städten über 100 000 Einwohnern, 1890 wohnten in den 24 Städten mit über 100 000 Einwohnern 5 631 014 Personen. Am 2. Dezember wohnten schon 7 030 530 Einwohner in den Städten mit über 100 000 Bewohnern, somit von je 1000 gezählten Personen 136. Immer mehr nimmt der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung zu und gleicherweise geht der Anteil der ländlichen zurück. Immer größere Bevölkerungsteile werden industriell beschäftigt, so daß die Erhaltung der

Wohlfahrt von dem Wohlbefinden der in den Städten und Fabriken sich anhäufenden Arbeitermassen abhängt.

Zwei Lehren ergeben sich aus diesen Betrachtungen für den praktischen Politiker: Bevölkerungszunahme und Industrieentwicklung stehen im engsten Zusammenhange, zur Erhaltung der Volkskraft ist Sicherung der industriellen Arbeiterbevölkerung vor zu großer Ausbeutung und vor den ungesunden Einflüssen großer Menschenansammlungen erforderlich, also freies Koalitionsrecht und wirksame Arbeiterschutz-Gesetze sowie Rücksicht auf die sociale Hygiene bei allen Maßnahmen der städtischen Verwaltungen.

Bei uns denkt man aber an ganz andre Dinge, an Chinaspolitik, 10 Mark-Zölle für Getreide und Fesselung der Landbevölkerung an die Güterbezirke unsrer Junker. —

Sociales.

Die Herabsetzung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit in Bleifarben- und Kleinzucker-Fabriken auf sechs oder acht Stunden ist zur Zeit Gegenstand einer ministeriellen Umfrage. Das hat die rheinische Bleiweiß-Fabrikanten zu einer ansehnlich umfangreichen Agitation veranlaßt. Sie haben eine Eingabe gegen die geplante Arbeitszeitverkürzung veranlaßt, und es ist ihnen gelungen, mehrere Körperschaften, darunter sogar Handelskammern, zur Unterstützung dieser Eingabe zu bestimmen. Die Handelskammer in Mülheim a. Rh. hat, wie es in deren offiziellen Verhandlungsbericht heißt, „auf Grund von Unterlagen, die ihr von den rheinischen Farbenfabriken unterbreitet wurden, sich davon überzeugt, daß ein Bedürfnis für eine Herabsetzung nicht vorliegt, und im Interesse der in ihrem Bezirk vorhandenen sehr bedeutenden Bleiweiß-fabrikation die rheinischen Farbenfabriken durch eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe in ihrer Stellungnahme gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit unterstützt“.

Auch die Handelskammer in Köln nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein, und hierbei ist es von ganz besonderem Interesse, welche Rolle bei der Stellungnahme zu dem Schatz der gesundheitlich so schwer bedrohten Bleiweißarbeiter ein Mitglied des provisorischen Komitees zur Bildung einer deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ gespielt hat. Dieses Mitglied ist der Syndikus der Kölner Handelskammer, Herr Birmingham, dessen Name mit unter der Einladung zur Bildung der bezeichneten deutschen Sektion steht. Herr Birmingham trug nach in Kölner Blättern enthaltenen Mitteilungen als Berichterstatter der vorbereitenden Kommission in der betreffenden Handelskammersitzung vor: Die Behauptung, daß die Gefahr für die Gesundheit in Bleifarben- und Kleinzuckerfabriken ebenso groß sei wie in den Accumulatorenfabriken, für die eine Arbeitszeit-Beschränkung bereits in dem von dem Minister ins Auge gefaßten Umfange besteht, sei unerwiesen (?). Der Grund, daß die Erkrankungen in den Bleifarbenfabriken zugenommen haben, liege in dem häufigen Wechsel der Arbeiter. Es sei zu erwägen, ob nicht durch eine strengere Beachtung der bestehenden Vorschriften eine Verringerung der Arbeiterzahl sei. Die bisher gesetzlich zulässige höchste Arbeitszeit von 12 Stunden werde in jenen Betrieben gar nicht erreicht, vielmehr dauere die Arbeitszeit durchschnittlich nur 9 1/2 bis 10 Stunden, und davon komme noch die Zeit für das Ankleiden und Waschen in Abzug. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung könne nur dann in Betracht kommen, wenn die Erkrankung auf das Verweilen der Arbeiter in ungeeigneter Luft zurückzuführen sei. Das sei aber keineswegs der Fall bei Beobachtung der in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften; vielmehr beruhe die Erkrankung stets (!) auf der Verührung der schädlichen Stoffe ohne die Benutzung der vorgeschriebenen Handschuhe und ohne die Beobachtung der sonstigen Schutzvorschriften. Die Kommission habe daher Bedenken gegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, umso mehr, als dies die Konkurrenzfähigkeit der Industrie im Auslande in Frage stellen würde. Die Regierung sei zu ersuchen, vor einem etwaigen Vorgehen Sachverständige und die Interessenten selbst zu hören. — Die Kammer schloß sich diesen Vorlegungen an.

Die Aufgaben der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ bestehen halt auch nicht darin, daß die Mitglieder für eine energische Herabsetzung der Arbeitszeit im eignen Land kämpfen, sondern pomphafte Reden halten, wie der Arbeiterschutz im Auslande beschaffen sein müßte. Es ist die bekannte „internationale“ Methode, nach der die Arbeiter bis auf den St.immerleinstag warten und darüber recht gründlich verklämmern könnten. Internationaler Arbeiterschutz ist sehr gut, aber haben müssen wir ihn im eignen Lande.

Im Zwischenack eines Lloyd-Dampfers. Ueber seine Erfahrungen im Zwischenack eines dem Norddeutschen Lloyd“ gehörigen Doppelschraubenschnelldampfers schreibt ein Reisender, Herr J. Scherschewsky, der „Erfelder Freien Presse“ einen Brief, aus dem wir die wichtigsten Stellen mitteilen für angebracht halten. Herr Sch., der am 18. September seine Reise nach den Vereinigten Staaten antat, schreibt:

„Das Zwischenack ist in drei Abteilungen eingeteilt. Abteilung 1 für ledige Frauen, 2 für Familien, 3 für ledige Männer. Nr. 2 ist die entsehrlichste Abteilung. Hier liegen 50 bis 60 Familien, mit kleinen und großen Kindern bis 20 und mehr Jahren beiderlei Geschlechts wild durcheinander. Man braucht kein lex Heinze-Mann zu sein, um sich über einen solchen, aller Sittlichkeit und Kultur höhnersprechenden Zustand aufs tiefste zu empören.“

Von der Zusammenhängung der Passagiere im Zwischenack kann man sich einen deutlichen Begriff machen, wenn ich entsprechend den Tatsachen mitteile, daß 700 Passagiere der ersten und zweiten Klasse 7/8 und 700 Zwischenack-Passagiere 1/8 des Schiffs einnehmen! Ein Vorfall, der ein grelles Licht auf die Zustände im Zwischenack wirft, sei hier noch mitgeteilt. Von Wed aus kann man direkt in Abteilung 2 hineinschauen. Es war am dritten oder vierten Tage der Reise abends. Plötzlich entstand Bewegung und rohes Gelächter unter den Männern, die den Niedergang zu Abteilung 2 umstanden. Dadurch aufmerksam gemacht, ging ich ebenfalls dahin und schaute hinter mich und sah, daß eine kranke Frau, die im oberen Bett lag, ihr Bedürfnis in eigenartiger Weise verrichtete. Dieses war der Grund zu der rohen Ausgelassenheit der umstehenden Männer. Ein mit auf der Reise bekannt gewordener Parteigenosse aus London machte dem Skandal dadurch ein Ende, daß er einen Matrosen bewog, einzuschreiten. Das Empörendste an der Sache ist, daß man dazwischen von Wed aus zusehen kann. Was die Ventilation im Zwischenack anbelangt, so ist diese überaus mangelhaft. . . . Am ersten Tage war die Luft noch verhältnismäßig gut, aber am zweiten und folgenden Tage änderte sich dieses ganz schrecklich. Wie werde ich diese Luft vergessen, die einem entgegenströmt, wenn man den Niedergang zum Zwischenack hintersteht. Jetzt schüttelt es mich noch, wenn ich daran denke. Die meisten bekommen auf diesem Wege die „Seelkrankheit“. In den letzten Tagen wurde die Luft auch im Niedergang besser, doch kann ich die Gründe dafür nicht angeben. Von der Ventilation will ich weiter nichts sagen, doch darf man daraus nicht schließen, daß sie gut ist. Nur sei noch mitgeteilt, daß diejenigen, die das Essen genießen können, meistens keinen Platz haben, sich beim Essen zu setzen, sondern diese schöne Verrichtung entweder stehend oder zusammengelauert in einem Winkel üben. Am großen und ganzen bin ich durch meine Reise um eine Erfahrung reicher geworden. Ich wählte gerade zu meiner Reise das neueste Schiff des „Norddeutschen Lloyd“ in der Voraussetzung, daß im neuesten Schiff auch die Zwischenack-Verhältnisse der Zeit entsprechend die besten sein würden, aber sämtliche Mitreisenden, die die Oceanfahrt schon mehrere Male

machten, stimmten alle überein, daß sie noch auf keinem Schiffe so schlechte Zwischenackverhältnisse angetroffen hätten, wie auf „Kaiser Wilhelm der Große“. Und dabei ist das, was ich mitgeteilt habe, nur eine einzige Kusle, da es mir meine Zeit nicht erlaubt, mich damit näher zu beschäftigen.“

So wird das Volk auf den Schiffen befördert, auf denen die Kajüten für die Wohlhabenden aufs luxuriöseste ausgestattet sind und die Verpflegung der Kajütenpassagiere eine überflüssige ist.

Bei der Verwendung von Kindern zur Arbeit schlagen die Agitatoren zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie bekommen billige Arbeitskräfte, das ist eine Linderung des Arbeitermangels; zweitens kommen die Kinder nicht in die Schule, was ganz nach dem Herzen der Herren Landwirte ist, denn die dümmsten Arbeiter sind die besten.“

Mit großer Mehrheit nahm der landwirtschaftliche Ortsverein in Stannaitzen kürzlich eine Resolution an, in der der landwirtschaftliche Centralverein für Ostpreußen erlucht wird, dahin zu wirken, daß nach dem Muster der Hüttscheine für Knaben für das Sommerhalbjahr auch Lösscheine (Freischeine) für Mädchen verabsolgt werden. Die Mädchen sollen mehr im Haushalt als zum Hüten Verwendung finden. Während die Schulknaben den Hirt, sollen die Mädchen die Mäde ersehen.

In der Debatte wurde von einem einsichtigen Mann wiederholt darauf hingewiesen, wie nachteilig der Mangel an Unterricht und Erziehung durch die Schule auf die Mädchen wirken und wie gefährlich eine solche Ausbeutung derselben für Gesundheit und Gesittung werden müsse. Die für Kinderarbeit und Volksverdummung kämpfenden Herren ließen sich nicht irre machen.

Versammlungen.

Das Thema: Christentum und Socialdemokratie stand am Donnerstag wieder auf der Tagesordnung einer vom ersten Wahlverein nach den Arminshallen einberufenen öffentlichen Versammlung. Der Andrang zu derselben war so stark, daß Saal und Nebenräume überfüllt waren und das Lokal polizeilich abgesperrt wurde. Der Referent, Genosse Göhre, leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß er nicht aus eigenem Antriebe schon wieder über das erst am Dienstag behandelte Thema spreche, sondern daß das auf Wunsch der Genossen des ersten Wahlkreises geschehe. In seinem Vortrage vertrat Genosse Göhre denselben Standpunkt, den er am Dienstag im zweiten Wahlkreise eingenommen hatte. Mit aller Schärfe betonte er, daß er unterseheide zwischen Christentum und Kirche, daß er die letztere entschieden bekämpfe, daß er aber, da die in Parteikreisen über das Christentum herrschende Anschauung veraltet sei, von der Partei eine Revision dieser Anschauungen fordere, sowie die konsequente Vertilgung des Grundlages: „Religion ist Privatfache.“ Diese Stellung sei die Partei ihrem eignen Interesse schuldig, denn viele, die mit den ökonomischen und politischen Bestrebungen der Socialdemokratie vollkommen einverstanden sind, scheuten den Uebertritt zur Partei nur wegen der feindlichen Tendenz derselben gegen das Christentum. Der Redner griff auf einige Behauptungen Fischers in der Dienstag-Versammlung zurück und meinte, die Revision der socialistischen Schriften, die sich mit dem Christentum befassen, gehe doch nicht nur — wie Fischer sagte — die Theoretiker an, sondern sie sei insofern eine Sache der Partei, als die Parteigenossen ihr Wissen über Christentum und Religion aus diesen Schriften schöpfen und nun zu falschen Anschauungen kommen, weil diese Schriften den neuesten Forschungen nicht Rechnung tragen. Darin habe Fischer recht, daß die Partei die in der genannten Litteratur vertretene Strömung sich nicht zu eigen gemacht hat. — Zum Schluß forderte der Vortragende: Größte Achtung vor dem jetzt wieder neu entdeckten Christentum, aber Kampf gegen jeden Mißbrauch desselben.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lange Debatte. Die Genossen Manasse, Regge, Kolbe, Frau Eibert und andre polemisierten unter lebhaftem Beifall gegen Göhre. Kurz zusammengefaßt war der Gedankengang der Redner ungefähr der: Das Christentum sei, gleich andern Religionen, ein Produkt der Verhältnisse, entstanden aus unklaren religiösen Vorstellungen einer geistig nicht entwickelten Bevölkerung, und ausgeht und benutzt zum Zweck der Unterdrückung. Was an Gutem, Edlem und Wahrem im Kern der christlichen Religion enthalten ist, das finde man auch in den Bestrebungen der Socialdemokratie, welche die Religion wahrer Menschenliebe sei. Gegen das Christentum sei die socialdemokratische Partei nie aggressiv vorgegangen, sie habe deshalb auch nicht nötig, ihre Stellung zum Christentum zu ändern. In der Debatte wurde auch, besonders von Manasse und Regge betont, daß, wenn man mit Göhre über das Christentum diskutieren solle, er sagen müsse, wie denn sein Christentum aussehe. Im großen und ganzen kam in der Debatte eine entschieden ablehnende, ja mitunter eine feindliche Tendenz gegen das heutige offizielle Christentum zum Ausdruck. Zwei Redner, deren Namen wir nicht verstehen konnten, waren im allgemeinen mit Göhre einverstanden. — Im Schlußwort führte Genosse Göhre aus: Die meisten Redner hätten ihn nicht verstanden und deshalb nicht zur Sache gesprochen. Sie hätten Kirche und Christentum für identisch gehalten. Redner präziserte nochmals seinen Standpunkt und erklärte, daß sein Christentum seine Privatfache sei, und daß er darüber niemals in irgend einer Parteiversammlung reden werde. Er denke gar nicht daran — wie in der Diskussion gesagt wurde — die Partei in religiöser Hinsicht reformieren zu wollen. Er sei der Partei beigetreten, um in ihr ökonomisch und politisch zu wirken. Er halte es aber für seine Pflicht, nicht nur ausgetretene Bahnen zu wandeln, sondern geistig mitzuarbeiten an der Fortentwicklung der Partei. (Beifall.)

Der socialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Wahlkreis (Südost) hielt am 20. November bei Brüdern in der Waldemarstraße eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Reich Kunert referierte über die politische Situation. Er gab zunächst eine lebendige Schilderung von den letzten Verhandlungen im Reichstag und meinte, alle bürgerlichen Parteien würden jetzt zweifellos bewilligen, was die Regierung fordere. Darin läge das Hoffnungslose der augenblicklichen politischen Situation. Das gesamte Bürgertum sei widerstandslos geworden, seine Energie gebrochen. Die oppositionelle Last ruhe ausschließlich auf der Socialdemokratie. Darum sei es so schwer, in dem Kampfe für Recht und Kultur vorwärts zu kommen. Wenn es einmal Ernst werde, wenn es sich um Thaten handle, dann sei selbst auf vielgenannte Führer des Bürgertums, die donnernde Reden hielten, kein Verlaß.

Nach einer kritischen Bezugnahme auf das 12.000-Mark-Geschenk des Reichstags des Innern stellte Redner fest, daß die socialdemokratische Fraktion bestrebt sei, die Regierung wieder in das von ihr seit langem verlassene Gebiet der Socialreform hineinzudrängen. Es sei zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, den gesetzlichen Feiertagen-Arbeitstag als Sprungbrett zum Achtstundentag zu verlangen. Gewiß wäre der Feiertag der gesetzliche Achtstundentag lieber, was sie ja oft schon bewiesen habe. Es handle sich aber darum, die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Centrum, das bei den Debatten über den Achtstundentag von einem zu großen Sprünge sprach, in Bewegung zu setzen.

Auch die Verbesserung der Einigungsämter werde wieder in Anregung gebracht werden. —

Hierauf geisterte Redner unter Bewertung eines guten statistischen Materials, in trefflichen Ausführungen den Militarismus und Marinismus mit seinen schädlichen Folgen, sowie auch die preahisch-deutsche Kolonialwirtschaft. Er schloß seinen interessanten Vortrag mit einem Hinweis darauf, daß die socialdemokratische Fraktion auch im Reichstag nach unserem Programm handele und daß ihr, wie der Partei, stets das große Endziel vorkäme: Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus! (Lebhafte Beifall.)

Es entspann sich eine rege Diskussion, in deren Verlauf ein alter Parteigenosse das Vorgehen der Fraktion nicht scharf genug fand. Wie die Diskussionredner, so widerlegte auch der Referent im Schlußwort derartige unbegründete Behauptungen. Die socialdemokratischen Abgeordneten traten durchaus nicht zimperlich auf. Sie gingen gerade so weit, wie es in Anbetracht der Sachlage nur irgend möglich sei. Durch ein kräftiges Auftreten der Partei läme man auch nicht weiter, wie heute. Eine fortwährende Agitations- und Organisationsfähigkeit werde uns in treuer Kleinarbeit vorwärts helfen und unserm Ziele näher bringen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wahlverein des vierten Kreises (Osten). In der Versammlung am Dienstag gab der Vorsitzende zunächst eine Erklärung für den Genossen K. ab, dem man den Vorwurf des Streikbrechens gemacht hatte. Dann hielt Ingenieur Grempe einen Vortrag über „Verbesserungen im Verkehrswesen“. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag ward nochmals über die Angelegenheit des Genossen K. verhandelt und nach längerer Debatte eine fünf-gliedrige Kommission gewählt, die die Sache nochmals untersuchen soll. Ein Antrag des Genossen Penn, eine Verfassungskommission der Genossen des 4. Wahlkreises aufzunehmen, wird dem Vorstand zur Durchführung überwiesen.

Im socialdemokratischen Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am Dienstagabend im Kolberger Salon die wegen der Erwahlung zurückgestellte Generalversammlung statt. Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten wurde das Andenken der verstorbenen Parteigenossen Gustav Siebert, Paul Steinwächter, Wilhelm Schure, Wilhelm Hermann, Hermann Krawezak, Wilhelm Albrecht und Wilhelm Knuth in der üblichen Weise geehrt. Den Bericht des Vorstands gab Kiesel. Er führte aus, daß der Wahlverein für den 6. Kreis in der letzten Zeit vielleicht durch die Wahl-agitation, höchst wahrscheinlich aber noch mehr infolge der Einführung der Aufnahmebescheine, welche eine intensive Agitation in Haus und Werkstatt gestatten, eine bemerkenswerte Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen habe. Während am Schluß des vorletzten Quartals 6788 Mitglieder gezählt wurden, ist diese Mitgliederzahl am Schluß des letzten Quartals auf 8616 gestiegen und auch im vorigen Monat sind noch 376 Mitglieder neu hinzugekommen. Da man also mit der Einführung der Aufnahmebescheine, die jetzt vergriffen sind, sehr zufrieden sein könne, so habe der Vorstand beschlossen, solche Bescheine von neuem anfertigen zu lassen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Während des letzten Quartals sind 11 Versammlungen abgehalten worden, von denen einige öffentliche waren, um den Frauen Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen zu können. Schiedsgerichte sind zwei zusammengetreten, die aber beide nur persönliche Streitigkeiten zu erledigen hatten. Gegen verschiedene Parteigenossen und Mitglieder des sechsten Wahlkreises ist Beschwerde erhoben worden, daß sie bei der Nachwahl nicht gewählt haben. So sei gegen den Vorstand der Organisation der Lithographen und Steinbrüder, Otto Sillier, die Beschwerde erhoben worden; es sei aber festgestellt, daß Sillier wegen eines in Abicht plötzlich ausgebrochenen Streiks am Tage der Wahl von Berlin abreisen mußte und deshalb auch nicht wählen konnte. So könne es auch in andern Fällen liegen und deshalb müßten die Parteigenossen diesbezügliche Vorwürfe dem Vorstand zur Untersuchung überweisen. Lauschel erstattete den Kostenbericht. Nach demselben beliefen sich die Einnahmen auf 3723,02 und die Ausgaben auf 8137,75 M., so daß ein Kostenbestand von 4414,73 M. verblieb. In der auf diese Berichte folgenden Diskussion wurde besonders die Art und Weise der Aufstellung der Kandidatur bei der Reichstagswahl einer Kritik unterzogen. Gegen den jetzigen Vertreter des Kreises sei absolut nichts einzuwenden, aber die Parteigenossen in ihrer Gesamtheit hätten ein Recht, bei der Nominierung des Kandidaten der ausschlaggebende Faktor zu sein. Das sei jetzt nicht der Fall gewesen. Es wurde eine größere Selbständigkeit und eine höhere Initiative der Bezirkführer gefordert. Eine längere Debatte entspann sich auch über den vom Charlottenburger Wahlverein ausgehenden Antrag, Accordmurer kunstförmig aus den politischen Organisationen auszuschließen. Dem Vorstände wurde aufgegeben, die beiden Delegierten vom 6. Wahlverein zu der diesbezüglichen Konferenz aller socialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend dahin zu instruieren, daß statt Accordmurer Streikbrecher gesagt wird. In seinem Schlußwort berichtete Kiesel einige Mißverständnisse aus der Diskussion und wies einige unparlamentarische Ausdrücke zurück. — Bei der Wahl des Gesamtvorstands wurden gewählt bez. wiedergewählt: Fakhrow, erster Vorsitzender, Kaiser, zweiter Vorsitzender, Lauschel, erster Kassierer, Reizer, zweiter Kassierer, Dolz, erster Schriftführer, Steiniger, zweiter Schriftführer, und Sauerweier, Vitorff, Heise als Beisitzer. Zu Revisoren wurden bestimmt Ernst Sende, Richard Pohje und Bartloff. Aus der Wahl der Abteilungsführer gingen hervor für Moabit: Säröder, für Schönhauser Vorstadt: Handke und für die Rosen-galer Vorstadt: Brandt. Die Abteilungskassierer sollen in den einzelnen Vorständen selbst gewählt werden. Unter Vereinsangelegenheiten waren eine lange Reihe von Anträgen gestellt, aber die in ihrer Mehrzahl ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen wurde. Eine ausgedehnte Diskussion entspann sich noch über die Frage der Abschaffung des Vertrauensmännerstems. Obgleich man allseitig der Meinung war, daß die politische Thätigkeit sich in der Zukunft im Wahlverein verkörpern müsse, wurde doch betont, daß sich diese Angelegenheit nicht übers Knie brechen lasse, sondern daß dazu reichliche Ueberlegung gehört. Schließlich einigte man sich auf folgenden Antrag, der dem Vorstand zur Verdisichtigung überwiesen wurde:

Die heutige im Kolberger Salon tagende Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis beschließt: Abschaffung des Vertrauensmännerstems im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise. Sämtliche politische Funktionen über den Wahlverein resp. der Vorstand des Wahlvereins aus.

Nachdem die Bezirkführer mit ihren Bezirksgenossen über diese Frage sich eine Meinung gebildet haben, soll in einigen Wochen eine öffentliche Parteiversammlung stattfinden, in welcher weitere Beschlüsse in dieser Frage gefaßt werden sollen. Ein Antrag Wernau, den Vortrag im Wahlverein von 20 auf 30 Pf. pro Monat zu erhöhen, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende Kiesel forderte die Anwesenden noch zu reger Agitation für die Arbeiterpresse auf und warnte vor jenen Zeitungen, die unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit und der Arbeiterbegünstigung Verwirrung anzustiften suchen. Er wies insbesondere auf den mit Hello unterzeichneten letzten Leitartikel der „Welt am Montag“ hin. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsräte tagte am Dienstag. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Bericht über den Verbands-Krankenkassen-Kongress der Ortskrankenkassen Deutschlands in Nürnberg“ sprach Dr. Friedberg. Redner gab eine detaillierte Uebersicht der Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses, über welche der „Vorwärts“ seiner Zeit eingehend berichtete und empfahl der Versammlung, sich der in Nürnberg gefaßten Protest-Resolution gegen jede Beschränkung der freien Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen anzuschließen, was seitens der Versammlung geschah.

Den Bericht über den im Jahre 1901 zu veranstaltenden Hygienischer Vorträge erstattete Dr. Lehndorff. Redner führte aus, daß in erster Linie dafür gesorgt werden müsse, Krankheiten möglichst zu verhüten. Dieser Zweck solle dadurch erreicht werden, daß für die verschiedensten hygienische Vorträge gehalten würden. Der Kongress sei in diesem Jahre mit acht Vorträgen seitens Berliner Aerzte in den von der Stadt Berlin überlassenen Säulenhallen gemacht worden.

Für 1901 sei ein neuer Cyklus in Aussicht genommen, der ebenfalls 8 Vorträge umfassen solle. Die sämtlichen ziemlich hohen Kosten — Veleuchtung, Heizung etc. — habe bisher die Centralkommission der

Krankenkassen Berlins tragen müssen. Mit Rücksicht auf den gemeinsamen Zweck und der geringen Mittel der Kommission habe Redner mit Herrn Oberbürgermeister Rischner Rücksprache genommen und um Übernahme dieser fälligen Kosten auf die Kommune nachgefragt. Herr Rischner billigte durchaus das Ziel der Kommission, dem er sympathisch gegenüberstehe. Leider sei er aber nicht in der Lage, selbstständig in der Sache zu handeln, da durch ortsfaktuarische Bestimmung der Ersatz der fälligen Kosten, die nicht direkt mit dem Schulwesen in Verbindung stünden, verlangt würde. Es würde sich empfehlen, daß die Kosten die Krankenkassen tragen. Auf die Bemerkung, daß diese aber die Veranlassung solcher Ausgaben bei den Revisionen befürchteten, äußerte Herr Rischner, daß er in dieser Beziehung gar keine Bedenken hege, weil die Beiträge im Interesse der Rassenmitglieder geringfügig wären. Redner bemerkte ferner, er hege die Hoffnung, daß die kostenfreie Ueberlassung der Aulen bewilligt werden würde. Die fälligen Ausgaben seien ziemlich hoch gewesen; sie betragen ca. 400 M.

Der Beginn des Zyklus soll im Monat Januar erfolgen; bis dahin müsse persönlich und insbesondere durch die Presse eine kräftige Agitation für den Besuch der Vorträge entfaltet werden.

In der Diskussion sprachen sich Hohl, Kohn, Dr. Friedberg, Albrecht, Ebert, Stuhmann und andre dahin aus, daß die Krankenkassen nicht für den gedachten Zweck Gelder bewilligen könnten.

Der Zentralkommission wurde aufgegeben, sich deshalb an die Krankenkassen zu wenden.

Einige Zwischenmeister der Wäsche- und Schürzenbranche hatten am Montagabend eine Anzahl ihrer Berufskollegen durch vertrauliches Cirkular zu einer Versammlung eingeladen, die über die Gründung eines Verbands beschließen sollte. Der dazu bestimmte Raum in einer Restauration in der Regierstraße erwies sich als zu klein und es mußte die Versammlung nach dem Pfefferberg verlegt werden. Hier fanden sich etwa 60 Personen ein, darunter 15 Damen. Es wurden Statuten verteilt, auf denen der Verband der Wäsche- und gewerksverwandten Arbeitnehmer respektive Betriebswerkstätten-Inhaber von Berlin und Vororten als bereits am 12. November begründet bezeichnet wurde. Es waren aber bisher nur 4 bis 12 Personen an dieser Gründung beteiligt und das Ganze wurde in der Versammlung als ein Provisorium bezeichnet. Als Zweck des Verbands wurde angegeben: a) Verbesserung und Einigung in den Lohnverhältnissen, b) Gründung einer Krankenkasse, c) Arbeitsnachweis und d) Unterstützungen bei eintretenden Arbeits- und Verdienststörungen. Das Eintrittsgeld soll 1 Mark betragen, der Wochenbeitrag 25 Pf. und von jedem Arbeiter sollen 10 Pf. wöchentlich für den Unterstützungsfonds entrichtet werden.

Gute Arbeiter, die sechs Monate Mitglieder sind, können zur Unterstützung auf deren Wunsch berücksichtigt werden.

Dieser Entwurf, sowie das bisherige Vorgehen der leitenden Personen begegneten lebhaftem Widerspruch. Einer der Anwesenden trat energisch für den Anschluß an den Verband der Schneider und Schneiderinnen ein und erklärte, man müsse Forderungen an die Unternehmer stellen und darum müsse man sich einer leistungsfähigen Organisation anschließen. Demgegenüber erklärten andre Redner, man müsse bitten und den Herren die Wünsche vortragen; man dürfe nicht fordern. Nach längerem Hin- und Herreden wurde von der Gründung eines Verbands und der Wahl einer Vorstandschef abgesehen und beschlossen, eine 11gliedrige Kommission zu wählen, die die Agitation zu leiten und eine demnächst einzuberufende öffentliche Versammlung vorzubereiten hat. Es entstand dann noch eine lebhaftere Streiterei über die Vertretung der einzelnen Branchen innerhalb der Kommission. Doch wurden schließlich 9 Herren und 2 Damen gewählt, darunter Vertreter der Schürzen-, Wäsche- und Badestoffbranche.

Die Gewerkschaft der Maler und Berufsge nossen (lokale Richtung) hatte zum Donnerstag drei Agitationsversammlungen nach den verschiedenen Stadtteilen einberufen.

Bei K ä m m e r, Brunnenstraße, referierte Weise über: Zweck und Nutzen der Organisation. Der Redner erläuterte die Bestrebungen der Arbeiterbewegung, er besuchte das Verhalten der Hirsch-Dunderstein und der sogenannten christlichen Arbeitervereine und plädierte schließlich für den Anschluß der noch nicht organisierten Kollegen an die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation, die lokale Gewerkschaft. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine längere Diskussion, in der auch mehrere Redner die Vorteile der zentralen Organisation erörterten und zum Zusammenschluß in derselben aufforderten.

Bei W i l l e, Andreasstraße, referierte Benz über dasselbe Thema. In längeren Ausführungen kritisierte er das Verhalten der Unternehmer, das reaktionäre Vorgehen der herrschenden Klasse der Arbeiterklasse gegenüber und wies nach, daß die Arbeiter von keiner Seite irgendwelche Unterstützung zu erwarten haben, sondern auf sich selbst angewiesen sind und sich nur durch eine kräftige, klassenbewußte Organisation bessere Lebensbedingungen schaffen können. Nach einer längeren Debatte, in der es ebenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der lokalen und der zentralen Richtung kam, wurde folgender Antrag einstimmig beschlossen: „Die öffentliche Versammlung der Maler und Berufsge nossen beauftragt das Bureau, den Mitgehilfen unerschrocken aufzufordern, so bald wie möglich eine öffentliche Versammlung durch den Gehilfenrat einzuberufen, in der die beiden Lohn-taxen zur Beratung gestellt werden.“

In der Versammlung bei O b s t, Grunewaldstraße, wurde des schwachen Besuchs wegen von einem Vortrage Abstand genommen und sofort in die Diskussion über die beruflichen Verhältnisse eingetreten, wobei allseitig die Notwendigkeit einer starken Organisation anerkannt wurde.

Die Schlächtergesellen hielten am Mittwoch eine von etwa 500 Personen besuchte Versammlung ab. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Pollendubur, referierte Paul J a h n unter großem Beifall der Anwesenden über „Soziale Gesetzgebung“. Resolvinde machte noch darauf aufmerksam, daß der Verband der Schlächtergesellen zum besseren Verständnis für seine Mitglieder in Bezug auf die Arbeitergesetzgebung das „Werkbuchslein“ gratis verteilt. Eine sehr rege und längere Besprechung zeitigte der zweite Punkt der Tagesordnung, die Frage der Regelung der Arbeitszeit im gesamten Schlächtergewerbe. Die John, A. Mohs und Siefert ausführten, hat die zu diesem Zweck seit längerer Zeit von der Gesellschaft begonnene Agitation bei der überwiegenden Mehrheit der Meister zu nicht nur kein Entgegenkommen, sondern vielfach heftigen Widerstand gefunden. Die Beantwortung der vorausgehenden Fragebogen ist stets entweder unrichtig oder man sucht sie ganz zu vereiteln. Immerhin habe diese Agitation für eine geregelte und verkürzte Arbeitszeit bereits in mehreren großen Städten gute Früchte gezeitigt, so daß der endgültige Erfolg nur eine Frage der Zeit ist. A. Körten wünscht namens der Berliner Gewerkschaftskommission der Gesellschaft den besten Erfolg. An diese Ausführungen schloß sich die Aufforderung der beiden Mitglieder vom Gesellenrat, G r a u l und S o l t a u, daß wenn sich auch die Zustimmung ablehnend verhalte, über Regelung der Arbeitszeit zu verhandeln, die Gesellen ihren Forderungen mehr Nachdruck verschaffen sollen. Die Wahl von o r g a n i s i e r t e n Gesellen in den Ausschuß sollte später unbefristet erfolgen; übrigens sei es auch notwendig, sich allgemein an den Krankenkassen-Börsen zu beteiligen. (Lebhafter Beifall.) Eine genauere Aufklärung darüber, ob die eisenbüchse Aufhebe für die Betriebs- und sogenannten Blodgesellen gleichmäßig sei, soll später noch gegeben werden. Schließlich gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, wonach in Uebereinstimmung mit dem Referenten die Anwesenden die Aufforderung an die Regierung richteten, alsbald für eine gesetzliche

Regelung der Arbeitszeit im Schlächtergewerbe Sorge zu tragen. Ferner verpflichten sich alle Schlächter, allen Resolutionen gegen den Keimbratenenergisch entgegen zu treten.

Die Rabitzpauer hielten am Mittwoch eine gut besuchte Versammlung in den Arminkallen ab, in der zunächst P. W i n z l e r über „Vollbildung und Klassenbewußtsein“ referierte. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag, in dem Redner insbesondere die vielfachen Mängel im Volksschulwesen, sowie die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit sehr zutreffend kritisierte und darauf hinwies, daß für die Arbeiterklasse die Bildung eines der besten Mittel im Klassenkampf bedeutet, folgte eine kurze Diskussion. Hierauf gelangte ein Schreiben zur Verlesung, in dem die Unternehmer die angeregten Verhandlungen mit den Arbeitervertretern über die mitgeteilten Beschwerden einstweilen ablehnten. In der darauf folgenden Diskussion wurde auch an das vom „Vorwärts“ am Dienstag veröffentlichte Rundschreiben des Arbeitgeberbunds für das Baugewerbe, nach welchem italienische Arbeiter in Massen herangezogen werden sollen, erinnert und zum festen Zusammenschluß in der Organisation und zur regen Agitation für dieselbe aufgefordert, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Nach längerer Debatte wurde sodann beschlossen, die Sammlungen zum Streikfonds mit der Woche vom 10./15. Dezember zu beenden, aber mit der Woche vom 7./12. Januar wieder zu beginnen und zwar wieder mit einem Beitrag von 50 Pf. pro Woche. Um die Mitgliedsbücher mit einer Ordnungsnummer zu versehen, sollen dieselben bald, spätestens aber bis Mitte Dezember sämtlich eingezogen werden.

Ueber Wohnungsnot und Kohlenenergie hielt in einer am Freitag, den 16. d. M., stattgefundenen Wanderversammlung der Maurer Berlins und Umgegend (Centralisation) Reichstags-Abgeordneter Antrid einen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion schloß sich S i l b e r s c h m i d t den Ausführungen des Referenten an. Die Kollegen mügen diese Frage auf ihren Hauptplätzen recht rege diskutieren. Auch sei es Pflicht eines jeden, sich der politischen Organisation anzuschließen. Alsdann gab Panjer den Bericht von der am 10. Oktober stattgefundenen Kantontrolle, welche folgendes Resultat hatte: Kontrolliert wurden insgesamt: 807 Bauten mit 8287 Kollegen bei 439 Unternehmern; außerdem waren beschäftigt 731 Poliere nebst 794 Lehrlingen. Die Arbeitszeit betrug 10 Stunden auf einem Bau mit 4 Kollegen, 9 Stunden auf 68 Bauten mit 315 Kollegen, 8 1/2 Stunden auf 719 Bauten mit 7567 Kollegen. Die Höhe des Lohns gestaltete sich folgendermaßen: 70 Pf. erhielten 31 Kollegen auf 17 Bauten, 67 1/2 Pf. 79 Kollegen auf 15 Bauten, 65 Pf. 7629 Kollegen auf 752 Bauten und 62 1/2 Pf. 97 Kollegen auf 26 Bauten. Unter 62 1/2 Pf. arbeiteten auf 18 Bauten 50 Kollegen. 401 Accordmaurer wurden auf 24 Bauten gefunden. Im weiteren teilt Panjer, entgegen andern Nachrichten, mit, daß zur Zeit ungefähr 800-1000 Maurer arbeitslos sind und daß das Verhältnis gegen das Vorjahr prozentual noch günstig sei. Nachdem noch unter Verschiedenem einige weniger wichtige Sachen erledigt wurden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 18. November 1900, seine Mitgliederversammlung in den Vorrußfäulen, Adlerstraße 6/7, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Albert Schröder und Franz Klädi von den Versammelten in der üblichen Weise verehrt. Dann hielt der Stadtverordnete Genosse Pankov einen Vortrag über „Schulwesen und Junkertum“, welcher von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen wurde. In der Diskussion äußerte man sich im Sinne des Referenten. Zum 3. Punkt der Tagesordnung dementiert der Vorsitzende ein unanständiges Gerücht, wonach die Arbeitslosigkeit so groß wäre. Er, Negle, könne konstatieren, daß sich in der vorigen Woche noch keine 300 Mann als arbeitslos angemeldet haben. Aus Furcht vor Entlassung lassen sich nun viele Kollegen hinstellen, Ueberstunden zu machen. Diese leidige Luftseite muß aufhören, denn dadurch hat nur der Unternehmer den Vorteil und wir haben den Schaden. — Alsdann wurde ein Antrag eingebracht betreffend Schluß des Sammelns zum Streikfonds und wurde man sich einig, diesen Punkt in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen. Dann machte Negle noch bekannt, daß die Friedrichsberger Kollegen am 1. Dezember cr. daselbst im „Schwarzen Adler“ eine Versammlung mit Frauen einberufen, in welcher A. Hoffmann einen Vortrag über „Glaube und Vernunft“ halten wird.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 18. November bei Cohn, Beuthstr. 20, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende das Ableben des Mitglieds R i c h t h o f zur Kenntnis. Das Andenken an den Verstorbenen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Alsdann hielt F r o m m e l t einen sehr interessanten Vortrag über: „Streikbilder von der Pariser Weltausstellung“. Nach Beendigung desselben wurden noch mehrere kleine Fragen gestellt, die der Referent beantwortete. — Nun teilt der Vorsitzende Hinrichsen mit, daß am Donnerstag, den 8. November eine Gewerkschaftskommission-Sitzung stattgefunden hat. In derselben wurde festgestellt, daß für die Zimmerer noch ein Guthaben von 1330 M. vorhanden ist, welches später berichtigt wird. Unter Verschiedenem bemerkte F i c h e r, daß das Wahldeputierten-System immer noch besser ausgebaut werden muß und stets ein Vertreter von jeder Arbeitsstelle zur Sitzung zu senden ist. Ferner macht K l o y - W e i t h e u e bekannt, daß die Unternehmer in Weizenlee die Streiklausel einführen wollen und ersucht die Kameraden, ganz entschieden dagegen zu protestieren.

Der Verband der Möbelpolierer (Zentrale Ostern) hielt am 19. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. Rechtsanwalt Stein-schneider hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die moderne Genossenschaftsbewegung, an welchen sich eine rege Diskussion anschloß. Hierauf wurden die Kandidaten zur Junings-Krankenkasse vorgeschlagen.

Die Möbelpolierer der Zentrale „Nord“ hielten am 12. d. M. ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Frau Dr. W e n l sprach über: „Proletariatskinder“. Die Referentin erntete großen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verbandsangelegenheiten und Verschiedenem wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Hierauf erfolgte Schluß der außerordentlich stark besuchten Versammlung.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 21. d. M. im Englischen Garten eine gut besuchte kombinierte Mitgliederversammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter G. Rosenow in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Aus der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts“ sprach. Eine wesentliche Diskussion schloß sich an diesen Vortrag nicht an. Eine längere Debatte entspann sich dann über eine interne Vereinsangelegenheit und wurde zum Schluß noch bekannt gegeben, daß das für Sonntag, den 2. Dezember, geplante gefällige Weisamensein Umstände halber nicht stattfinden kann.

In der Vergolder-Versammlung am 19. November hielt Genosse Negner einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Ursachen der wirtschaftlichen Krise“. Eine Diskussion fand nicht statt. Beim dritten Punkt: Stellungnahme zum obligatorischen Losfallsfond, wurde gegen 2 Stimmen angenommen, vom 1. Januar 1901 an eine Zusatzmarke von 10 Pf. auszugeben; dieses Geld bleibt Bestand der Mitglieder Berlins.

Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauer nahmen in einer Versammlung am 18. d. M. eine Protestresolution gegen die von der Regierung geplante Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes an.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 13. November, tagte in der „Cambrius-Brauerei“, Wallstr. 94, die von ca. 200 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Nahstelle Char-

lottenburg). S c h u b e r t - S c h ö n e b e r g hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Organisationsbestrebungen des Proletariats. Unter Verbandsangelegenheiten wurde ein von der Gewerkschaftskommission gestellter Antrag, zur Deckung der Kosten der Gewerkschaftskommission pro Mitglied und Quartal 5 Pf. pränumerando zu zahlen, einstimmig angenommen. Es wurde sodann ein weiterer Antrag angenommen, vom 1. Dezember 1900 zur Ansetzung eines örtlichen Unterstützungsfonds pro Mitglied und Monat 30 Pf. zu zahlen und aus demselben Gemahregelten zur Verbandsunterstützung eine Zulage zu gewähren, damit hierdurch der ortsübliche Tageslohn erreicht wird.

In Groß-Lichterfelde fand am verfloffenen Sonntag eine öffentliche Versammlung der Arbeiter der üblichen Riefelfelder statt, welche trotz der außerordentlich unglücklichen Witterung und des weiten Wegs der Versammlungsbefucher verhältnismäßig gut besucht war. D r u n o P ö r s c h referierte über die wirtschaftliche Lage der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und forderte die Anwesenden auf, dem Verbands der Gemeindearbeiter beizutreten. Eine Diskussion fand nicht statt. Dem Verbands schlossen sich 45 Arbeiter an. Vertrauensmänner wurden gewählt für Schenken-dorf (Vorwerk), Spundorf und Gütergog.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise.
Guter Brand! — Besten Qualität.

181 S. Gröbel, 181
Brunnenstraße

Roh-Tabak
E. Nauen
heut Tempelinerstr. 3,
nahe der Schwedterstraße.

Roh-Tabak
E. Erbe
August-Strasse 36.

Roh-Tabak
M. Herholz
188 Brunnen-
straße 188.
Kaisertempel Keller.

Roh-Tabak.
H. Kurnicker,
67L2^a Lothringenstr. 8, am Brenzlauer Thor

Roh-Tabak
Billigste Preise [56340^a
Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! — Besten Qualität

Max Jacoby
Streitfzersstrasse Nr. 52.

Steppdecken

Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik.

B. Strohmendel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72.

wo auch alle Beden aufgearbeitet werden.

Größtes Lager aller Arten Uhren und Goldwaren, sowie Hochzeits- u. Paaren-Geschenke in Silber und Platin von den einfachsten bis zu den elegantesten. Regulatoren und Preis-Leistungs mit Schlagwerk von 14 M. an. Remontierungen von 5 M. an. Goldene Ringe von 1,25 M. an.

Rudolf Plunz,
Brunnenstr. 112,
5 Minuten v. Bahnhof Gesundbrunnen.

Fahrräder, Nähmaschinen
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu billigen Preisen. Reparaturwerkstätte. Leihbahn. Samml. Zubehör. Teilhaft. gefastet. Carl Karra, Gassestr. 17. 54390^a

Engelswerk
in Foche bei Solingen-K.
Grösste Stahlwarenfabrik mit Versand nur an Private

Preisliste (4000 Nrn.) umsonst und franco!

Keinen Bruch mehr!
2000 Mark Belohnung demjenigen, der beim Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig befreit wird. Man bitte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und franco durch das Pharmaceutische Bureau, Galtburg (E.) Pollack, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54388^a

Salontepich,
extragutes Prochtempel 26,00, wunderliche Zimmerteppiche 8,00, prachtvoller Saalzimmerau 30,00, wundervolle, geistige Uebergarbinnen, Vorstieren, Epachtelstoffs, Salon- Uhren, Raschspiegel, Sofa- und Stuhl- Teppiche, Remontierungen, Salon- Bilder, Bildstühle 5,00, gebogene Kuchentische, Vase- und Tisch- garnituren, ganz-Verrichtungen werden beim Auktionator, Mückelnstr. 137 (Anhalter Bahnhof), nachmittags zwei bis acht Uhr (spottbillig) verkauft. Uebernehme ganze Warenlager, Wirtschaften, Nachlässe zum Verkauf und zur Versteigerung. Gefasste Möbel können in meinen großen Lagerdepotieren unentgeltlich lagern. [57350^a

Werstatt-Bekleidung
auch für Beilänge aller Branchen. Neue Arbeits-Anzüge für Pelzer, Rauten, Elektricitätsarbeiter, Mechaniker-Rittel, Hülsen für Buchbinder, Maler, Bildhauer, Kunsttoren, Adre, Schlächter, Metzgere etc. 1510^a

Adolf Wecker,
Berlin C., Mühlendamm 3 (früher Holkenmarkt).

Paletot
38 Mark mit abnehmbarem Kinn nach Maß liefert gegen bar Kaffe Tempelstr. 16, 56301^a II. Etage.
Anzüge allerbilligste Preise, eigenes Stofflager. Bei traurigen Werberoden Teilzahlung monatlich 10 M. gefastet.

Gelegenheitskäufe!
Paletots, Kaisermäntel, Joppen, Hosen, Herren- und Knaben-Anzüge, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Renolover, Teufelings, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reifzeuge, Paromantas, Weigen, Pflöhen usw. zu spottbilligen Preisen. 54410^a

Fortuna-Haematogen
Fordert für Mark 1,50 die Flasche von 1/2 Ko. Inhalt. Aerztlich erprobt und empfohlen. 34/15^a

Vorzügliches Stärkungsmittel
f. Bleichsüchtige, Blutarms, Reconvalensenten, schwächliche, zurückgebliebene Kinder etc. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien; wo nicht erhältlich — ab Fabrik pharmaceut. Präparats, Berlin C., Dragonerstrasse 6 a.



Goldene Remontuhr 15 Mk., mit Sprungdeckel 25 Mk., 3 Jahre Garantie.



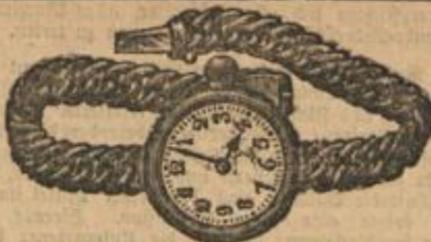
Echt goldener Ring, gestempelt 833, 2 Mk.



Echt goldener Ring, echter Opal, 3 Mk.



Echt goldener Ring, gestempelt 833, 4 Mk.



Echt Silber, 3 Jahre Garantie, 15 Mk.



Echte Diamanten, Echter Opal, 14 karät. Goldfassung, 18 Mk.



Echter Brillant, 14 karät. Goldfassung, 9 Mk.

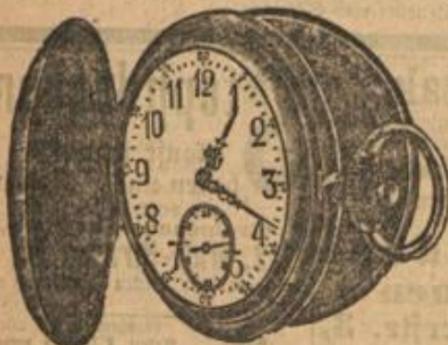


Trauring, 2 Dukaten, gestempelt 800, mit Namen-Gravierung 20 Mk.



Echt silberne Remontuhr, 3 Jahre Garantie, 8 Mk.

Wenn Sie mit Ihren Uhren zufrieden sein wollen, so kaufen Sie diese beim wirklichen Fachmann (gelernten Uhrmacher). Ich empfehle Ihnen, bevor Sie Ihre Uhreneinkäufe besorgen, meine Ausstellung in den Schaufenstern **Königstrasse 42** und **Rosenthalerstrasse 45** zu besichtigen, um sich von der ausserordentlichen Leistungsfähigkeit und Billigkeit zu überzeugen.



14 kar. Repetier-Uhr, 3 Goldkapseln, 1/2 und volle Stunden-Schlagwerk. 3 Jahre Gar. 125 Mk.

Haus-Uhren in grösster Auswahl Uhrketten nach Gewicht.

Auf mein reichhaltiges Lager in **Brillanten, Gold- und Silberwaren, Vereins-, Hochzeits- und Pathengeschenken** in den neuesten und apartesten Mustern mache ich besonders aufmerksam.



Preisgekrönt

Napoli 1895.

Adolf Lewin,

Königstrasse 42, nahe der Klosterstrasse.

Uhrmacher u. Juwelier,

Rosenthalerstr. 45, zwischen Hackescher Markt und Neue Schönhauserstrasse.



Preisgekrönt

Napoli 1895.



Altdeutsche Salonuhr, 14 Tage Geh- u. Schlagwerk. 3 J. Gar. 14 Mk.

Höchst beachtenswert!

 Kein Ausverkauf! Keine angeblich herabgesetzten Preise. Stets das Beste zu liefern ist mein Ziel. Meine werthe Kundschaft zur Zufriedenheit zu bedienen ist meine Aufgabe.

Höchster Preis.

Goldene Medaille.

Carl Zobel, Berlin SO., Köpnieker-Strasse 121,

Ecke Michaelkirch-Strasse.

Meine Geschäftsräume sind um das Doppelte vergrößert!

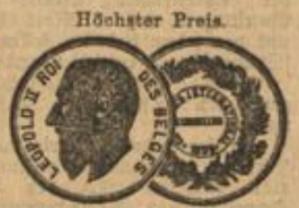
Herren- und Knaben-Garderoben

Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt. Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern, als die sogenannten Ausverkäufe und Reklamegeschäfte.

Anerkannt nur gute Arbeit, eigne Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz. — Für Bestellungen nach Maß reichhaltige Auswahl der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland. — Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit erledigt. — Werkstatt im Hause.

Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. — Keine Nebenartikeln, daher grösste Leistungsfähigkeit.

Jede ergebenst zur Besichtigung meiner Geschäftsräume ein.



Höchster Preis.

Goldene Medaille.

In der heutigen Zeit, wo fast Alle mit Recht das Ziel erstreben, sich **gesund durchzuleben**, kann deren Devise **nur** nachst. Bild sein.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger u. bekömmlicher als Bier!

Von 10 Pf. pro 1/2 L. ab, sowie in m. plomb. Orig.-Flaschen von 1/2 u. 1/4 Liter.

Kein künstl. Gemisch, kein Malz, keine sog. schweren Weine etc., sondern Gatt Purel von Bismarck's Wortmarken (Nationalgetränk) angenehm, leicht trinkbar u. dabei so sehr stärkende.

Wir trinken Oswald Nier's reine ungegypste Traubenweine aus Weintrauben

f. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäus. bew. hoh. Rabatt!

Seit 1876: 70 eig. Centralgeschäfte (44 in Berlin, 261 d. Provinzen) nebst Weinstuben u. 66.1200 F. Filialen in Deutschland.

Ausführ. Illustr. Preisocourant grat. u. fr.

Noch nie dagewesen! Um das gesunde Trinken meiner sämtlichen Weine in allen Krisen des geachteten Publikums nimmer schnell einzuführen, gebe ich **eine Reklamekiste** enth. 12 Orig.-Flasch. Neclarwein gen. „Götterrank“ sowie 30 Proben meiner 30 and. Weinsorten nebst versch. Uebersetzung. **Mark 15** alles inbegr. franco jeder deutsch. Bahnstat. für nur **geg. Nachn. od. Vorh. send. d. Betrag.** Jede Flasche Neclarwein kostet sonst in meinen eig. Weintrauben u. bei Wiederverkäufern **Mk. 2** exkl. Glas, Verpackung, Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur franco direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt.

Bitte versenden Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne No. 43. Stunden dabei verliehen u. mein Kunde bleiben.

OSWALD NIER, Hauptgeschäft: Berlin N., Lindenstr. 130

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.

Hefereis: 57022* 80% St. Export-Weißbier 1.20. 2.25 (ohne Wasserzulaß).

30% Flaschen helles od. dunkl. Lagerbier für 2.25 (von welcher Brauerei gewünscht wird).

80% Flaschen Bierabdrück 2.00. 50 Pfennig.

Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.

Geld unanweh. Gekosten leichweise.

A. Seidler, Berliner Export-Weißbier-Brauerei, Schöneberg-Berlin W. Comptoir: Sedanstrasse 82, II.

J. Baer, BERLIN N. 106420* 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schleierstrasse 37 empfiehlt, wie bekannt, in reifster Ausführung und allerbilligsten Preisen: **Herren- u. Knaben-Garderobe.** **Arbeitsachen.** **Grosses Stofflager** zur Anfertigung nach Mass.

Elegante Gesellschafts-Anzüge. Elegante Paletots und Joppen.

Bettfedern Geflügelmäterei Alfred Sündermann, Neu-Weihensee, Generalstr. 7 (nahe Brunn-lauer Allee). Dampf-Bettfedern-Reinigung. Telefon Nr. 43. 56436*

Reste zur Damen-Konfektion 1100* **Reste zur Herren- u. Knaben-Garderobe.** **Fertige Mäntel.** **C. Pelz, Kottbuser-Strasse Nr. 4.**

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. **A. Schulz,** Reichensbergerstr. 5. (Kuch. Teilgäßchen 1*)

Gesundheit ist Reichtum! **Dampf- und Heissluft-Bäder** wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankentassen. 5621L* **Bad Frankfurt | Ritter-Bad** 136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18. **Specialität:** Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Neu eröffnet! **Hut-Fabrik** Oranienstrasse No. 184, zwischen Adalbertstrasse u. Heinrichsplatz. Empfehle mein großes Lager in modernsten **Filz- und Seidenhüten** vom billigsten bis zum feinsten Genre. **Mützen und Schirme.** **Reparatur-Werkstatt.** Mitglieder von Arbeiter-Organisationen erhalten 3/4 Proz. Rabatt. Um günstigen Rufspruch bittet **Georg Petrich, Hutmacher,** Oranienstrasse 184. sämtliche Gastwirts-Artikel Dresdenerstr. 109. (Rmt IV. 3628.)

Herrenwäsche. Gegründet 1861. Der beste Ersatz für gut sitzende Oberhemden sind unsere vorzüglich sitzenden **Armloch-Serviteure** mit pr. reinleinenen Einsätzen. In allen Weiten — von 33—50 cm vorrätig. **3 Stck. 4.20. 6 Stck. 8.00.** **Geschw. Schultz,** Berlin C., Königsgraben 9 (Lessinghaus). Zweiter Eing.: Alexanderstr. 61. Man verlange ausdrücklich „reineleinen“ Einsätze, weil Shirting-Einsätze wesentlich billiger sind. 5606L*

Central-Leihhaus, Jägerstr. 72, Ecke Kanonierstr. Grösstes Etablissement seiner Art in Berlin. Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Herbst- und Winter-Paletots und Anzügen von Mk. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kaumgarn-Salon-Anzüge, Hochzeits-Anzüge. Alles fabelhaft billig. Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Teppiche, Herren- und Damen-Stiefel. **Tausende eleganter Herren-Garderoben** sind jetzt zur Winter-Saison zum **billigsten Verkauf** gestellt und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulenteiten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. Auch sind die bekannten Monatsachen (in den feinsten Werkstätten teils auf Seide nach Mass bestellt) vorrätig. **Geh- und Reispelze für Herren.** **Mäntel. — Joppen. — Schlafrocke.** **Winter-Damen-Mäntel, Capes und Jacketts** zu spottbilligen Preisen. **Poliz. conc. Leihhaus.** Auch Sonntags geöffnet von 7—10, 12—2.

H. Roggensack Einzelne Möbel sowie ganze Ausstattungen in grosser Auswahl vom einfachsten bis zum vornehmsten Geare. Verkauf gegen Cassa und auch auf **Teilzahlung** zu coulantem Bedingungen. **Eigne Tischlerei und Polster-Werkstatt im Hause.** **Besichtigung ohne Kaufzwang.** Inh.: P. Kraatz. * N. Ruppinerstr. 5. * Verantwortlicher Docteur: Dr. Georg Gradnauer in Groß-Wichterfelde. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Sabina in Berlin. 56670*

Kinderchutz.

Mit Recht hat die Erhebung über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken die Frage regiert, was zum Schutze der Kinder geschehen könnte. Es ist unzweifelhaft eins der schwierigsten Probleme in dem großen Gebiete der Arbeiterchutz-Gesetzgebung, das hier seiner Lösung harret. Und leider wohl noch recht lange harren wird, wie wir in berechtigtem Optimismus sagen müssen. Seit zwei Jahren liegt dem Reichsamte des Innern das Resultat der Enquete vor. Es hat Vertreter des preussischen Handelsministeriums, Ministeriums des Innern und Kultusministeriums hinzugezogen und die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken beraten lassen. Diese dem Bericht des Statistischen Amtes entnommene Mitteilung läßt ein Wort vermissen: statt „Regelung“ hätte es heißen müssen „gesetzliche Regelung!“

Das Fehlen dieses Wortes giebt zu denken. Es zeigt, offen gesagt, an, daß die Beratungen im Reichsamte des Innern sich fürs erste nicht zu gesetzgeberischen Vorschlägen für Kinderchutz verdrängen ließen. Ja, es scheint fast, als ob von vornherein nicht die Absicht bestanden hat, die Vollvertretung zur Mitarbeit an Schutzbestimmungen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit hinzuzuziehen. Man fürchtet ohne Zweifel ebenso sehr den Widerstand des Unternehmertums wie die energische Kritik der Arbeitervertreter, die auch bei dieser Gelegenheit, wie stets, ganze Arbeit verlangen werden. Und das ist ein Verlangen, wofür man im Reichsamte des Innern noch nie Verständnis gefunden hat. Es hat ja auch schon ganz deutlich gefaßt wie es diese Frage zu behandeln gedenkt! In dem Rundschreiben des Reichslandwirts, das im Reichsamte des Innern ausgearbeitet ist, heißt es an einer Stelle: „Auf Grund dieser Bestimmung (des § 120c der Gewerbe-Ordnung) ist man bereits an mehreren Orten durch Polizei-Verordnungen nicht ohne Erfolg gegen die mißbräuchliche gewerbliche Beschäftigung von Kindern eingegriffen und könnte auch der Erlaß allgemeiner gültiger Vorschriften im Wege einer Bundesrats-Verordnung in Frage kommen.“

Da sieht es ganz deutlich, was man im Reichsamte des Innern beabsichtigt: man will die Bestimmungen des § 120c der Gewerbe-Ordnung durch eine Bundesrats-Verordnung auf die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren ausdehnen. Der § 120c verpflichtet Unternehmer, welche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebs diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, die durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

Die Ausdehnung dieses Paragraphen auf die Beschäftigung von Kindern würde nur bedeuten, daß man wieder einmal den Schutze der Unternehmer waschen will, ohne ihn nach zu machen. Man scheint vor allem das große Gebiet der Hausindustrie völlig beiseite lassen zu wollen.

Auch aus anderen Stellen des Rundschreibens geht dies hervor. Da ist die Rede von § 154 Absatz 3 und 4, die eine Ausdehnung der Schutzbestimmungen für gewerbliche Kinderarbeit in Fabriken auf Werkstätten zulassen, in denen (Absatz 3) regelmäßig Motore verwendet werden, oder (Absatz 4) auf solche Werkstätten, in denen nicht ausschließlich Familienglieder des Arbeitgebers beschäftigt werden. Mit der Anwendung des Absatzes 4 hat man schon einen kleinen Anfang gemacht, indem durch Verordnung vom 31. März 1897 die §§ 135 bis 139 und 139b auf die Werkstätten der Kleider- und Wäscheindustrie ausgedehnt worden sind. Dagegen will man den Absatz 3 des § 154 augenscheinlich nicht anwenden. Das Rundschreiben des Reichslandwirts teilt zwar mit, daß Erhebungen über Notwendigkeit und Art seiner Ausführung veranlaßt sind, die inzwischen, nachdem drei Jahre verfloßen sind, wohl beendet sein könnten. Aber an anderer Stelle heißt es: „Die Frage, ob und in wie weit dann etwa ein Vorgehen auf Grund der zur Ausführung des § 154 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung angestellten Ermittlungen einstweilen aufzuschieben (!) ist, kann späterer Erwägung vorbehalten bleiben!“

Vergeblich spricht Du viel, um zu verlangen; der andre hört von allem nur das Reint! Und aus dieser gewundenen Prose hört man nur das eine heraus, daß die Anwendung der Schutzbestimmungen für Kinderarbeit in Werkstätten mit Motorenbetrieb einstweilen aufgeschoben, deutsch gesagt, auf die lange Bank geschoben werden soll.

Das Reichsamte des Innern will also einige Punkte der Frage durch Bundesratsverordnung auf Grund von jetzt schon bestehenden Vorschriften der Gewerbe-Ordnung regeln und das Uebrige der Polizei der Einzelstaaten überlassen, die nach dem Reigms des langwierigen Rundschreibens an mehreren Orten „nicht ohne Erfolg“ gegen die mißbräuchliche gewerbliche Beschäftigung von Kindern eingegriffen ist.

Vorstehende Zeilen sind schon vor einiger Zeit geschrieben worden. Sie treffen aber, wie man jetzt ersieht, die Sachlage vollständig! Unser Ministerium gegen die Art und Weise, wie das Reichsamte des Innern „Kinderchutz“ ausüben will, war durchaus berechtigt. Der Herr Graf Posaadovsky denkt gar nicht daran, diese Materie durch ein Gesetz regeln zu wollen. Sonst hätte er eine bevorstehende Vorlage in der Thronrede erwähnen lassen. Zum Ueberflusse hat er noch durch seine Offiziösen folgende Notiz verbreiten lassen:

„Der auf Grund umfassender (!) Erhebungen im Reichsamte des Innern ausgearbeitete Entwurf betreffend die weitere Regelung der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder ist den Bundesregierungen nunmehr zugegangen.“

Die sorgfältige Vermeidung des Begriffs „Gesetz“ in dieser Notiz zeigt deutlich, daß nur eine bundesrätliche Verordnung geplant ist.

Wie wenig von dem Eingreifen der Polizei zu erwarten ist, das zeigt ein Blick auf die bis jetzt erlassenen polizeilichen Bestimmungen über gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken. Sie richten sich in der allergrößten Mehrzahl nur gegen die Beschäftigung der Kinder während der Nachtzeit, den späten Abend- und allzu frühen Morgenstunden, gegen die Benutzung der Kinder zum Regelaufhängen bis spät in die Nacht hinein, zu öffentlichen Schaustellungen, sowie gegen die Beschäftigung in Wirtschaften. Polizeiverordnungen solcher Art sind in fast allen — nicht allen — preussischen Regierungsbezirken, in Bayern, Sachsen, Hessen, Sachsen-Meinungen, Alenburg, Schwaburg-Budastadt und Sondershausen, Ansb. u. L., Westph. Bremen und Hamburg erlassen; sie fehlen also nicht nur in manchen Staaten noch gänzlich, sondern lassen auch da, wo sie bestehen, einseitige Gesichtspunkte vermissen. Ausnahmen sind natürlich auch noch vorgekommen. In die Mißstände in der Hausindustrie hat sich noch kein Staat ernstlich herangewagt. Ganz schwache Versuche sind gemacht worden im preussischen Regierungsbezirk Aachenberg, wo das Nähmaschinenfabrikanten vor vollendetem 14. Jahre und die Verwendung von Kindern unter acht Jahren beim Aufhängen von Radeln gänzlich verboten ist; die Regierung von Düsseldorf gestattet den Hausindustriellen und Heimarbeitern die Beschäftigung von Schulkindern nur in der Zeit zwischen beendtem Nachmittagsunterricht und 7 Uhr abends (bei Anfertigung von Wäsche und Kleiderstücken und bei Herstellung von Rindholzdachziegel). In welcher Weise die Befolgung dieser Verbote kontrolliert wird, ist leider nicht mitgeteilt. Endlich bestimmt in Sachsen-Weimar eine Ministerial-Verordnung vom 5. Mai 1897, daß Kinder erst nach gänzlichem Schluß der Schulkunden mit anstrengender Haus- oder Feldarbeit beschäftigt werden dürfen. Dabei sollen ihnen aber mindestens 3 Stunden zur Anfertigung der Schularbeiten und zur Erholung gewährt werden. In gewissen gewerblichen Anlagen, die nicht näher angegeben sind,

dürfen sie überhaupt nicht, sonst nur nach vollendetem 12. Lebensjahr und nur 2 Stunden des Tags beschäftigt werden.

Man muß zugeben, daß die Gesetzgebung, wenn sie Bestimmungen zum Schutze der außerhalb der Fabriken gewerblich beschäftigten Kinder treffen will, ein Gebiet sozialer Fürsorge betritt, auf dem bisher noch keine Erfahrungen und Beispiele aus anderen Ländern vorliegen. Das Statistische Amt hat in einem Anhange zusammengestellt, was an Schutzbestimmungen über die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern in einigen Staaten des Auslands vorhanden ist. Doch beziehen sich die Bestimmungen überall nur auf Fabriken und Werkstätten, die bei uns unter Abs. 3 und 4 des § 154 der Gewerbe-Ordnung fallen, bieten also keinen Anhalt, wie man den Mißständen in der Hausindustrie beikommen könnte. Nur England scheint weiter zu gehen, denn zu den workshops gehören auch die domestic workshops, d. h. alle Betriebe, in denen ohne mechanische Kraft gearbeitet wird und in denen nur Mitglieder der in diesen Räumen wohnenden Familien beschäftigt sind. In diesen dürfen Kinder nur nach dem System halbtägiger Arbeitstätigkeiten und zwar entweder vormittags zwischen 8 bis 11 Uhr oder nachmittags zwischen 1 bis 8 Uhr (Sonnabends 4 Uhr), jedoch nicht länger als fünf Stunden ohne Pausen beschäftigt werden, sie müssen außerdem die Vorschriften über den Schulbesuch beobachten. Das ist, wie man auf den ersten Blick sieht, herzlich wenig, selbst unter Berücksichtigung der Thatsache, daß Kinder unter 11 Jahren überhaupt nicht in Fabriken und Werkstätten beschäftigt werden dürfen. In einigen Gewerben ist die Kinderarbeit durch besondere Gesetze geregelt, so beim Bergbau, in der Pfandverleihung, in Ladengeschäften und im Schornsteinfeger-Gewerbe, außerdem ist die Ausbeutung von Kindern durch Verwendung beim Betteln, Singen, Spielen und Feilhalten von Gegenständen auf öffentlichen Plätzen mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht.

In Frankreich dürfen Kinder in den dem Gesetz unterstellten Betrieben erst nach dem vollendetem 13. Jahre beschäftigt werden; mit Hilfe eines ärztlichen Attestes auch schon von 12 Jahren. Aber die Hausindustrie, in denen ausschließlich Familienglieder beschäftigt und keine mechanische Kraft verwendet wird, sind ausdrücklich ausgenommen. In Oesterreich herrscht ein solcher Verwarr, daß das Statistische Amt sich darauf beschränkt, hervorzuheben, es seien vielfach Zweifel über die rechtliche Stellung der gewerblich beschäftigten Kinder vorhanden und außerdem fänden wie in England die Einrichtungen der gewerblichen Kinderarbeit praktisch wenig Beachtung. In den Niederlanden ist sowohl im Kleingewerbe wie in der Hausindustrie die Arbeit von Kindern unter 12 Jahren verboten. Ältere Kinder dürfen nicht länger als 11 Stunden täglich (!) und nicht zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens beschäftigt werden. In allen andern Staaten beschränkt der Kinderchutz nur in der Einführung des Schulzwangs.

Niel weiter erstreckt sich ja auch bei uns der Kinderchutz nicht. Und das gilt nicht nur von den industriellen Bezirken, sondern noch weitens mehr von den rein landwirtschaftlichen Gegenden, in denen auf Verlangen der Agrarier der Unterricht im Sommer auf die Halbtags- oder Hülfskulturen beschränkt wird. Wie wenig Neigung bei den Einzelstaaten vorhanden ist, an die bestehenden Zustände die bessere Hand zu legen, ergibt sich daraus, daß nur drei Staaten die Frage erörtern, was zur Abhilfe geschehen könnte. Bayern hält den § 120c der Gewerbe-Ordnung für ausreichend, erklärt sich aber mit gewundenen Worten gegen jeden Eingriff in Verhältnisse der Hausindustrie. Bei der höchst mißlichen Lage der mit Hausindustrie beschäftigten Bevölkerung sei die größte Vorsicht bei Schutzmaßnahmen geboten, auch biete die Ueberwachung dieser Betriebe kaum überwindliche Hindernisse. Deshalb empfehle es sich, den „notwendigsten Schutz“ der Kinder vor Schädigungen der Gesundheit im Wege der landesgesetzlichen Vorschriften herbeizuführen. Also man will nur den notwendigsten, nicht völligen Schutz der Kinder. Man will den fehlerhaften Titel, in dem sich diese Frage bewegt, nicht unterbrechen; man beruft sich auf die höchst mißliche Lage der Hausindustrie, anstatt der Ausbeutung der Kinderarbeit entgegenzutreten, deren jämmerliche Entlohnung sehr wesentlich zu dieser höchst mißlichen Lage beiträgt!

Anzuerkennen dagegen ist die Haltung von Sachsen-Meinungen, das eine reichsgesetzliche Regelung und Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit für geboten erachtet, sowie das Gutachten des Fabrikinspektors von Koburg-Gotha, der folgende wohlgeordnete, wenn auch unzulängliche Vorschläge macht: Die gewerbliche Thätigkeit der Kinder darf:

- a) erst nach Vollendung des 9. Lebensjahrs und erst nach Anhören des Arztes,
- b) nicht früh vor den Schulstunden beginnen,
- c) täglich nicht länger als 4 Stunden dauern,
- d) sie muß durch arbeitsfreie Perioden oder Arbeiten im Freien unterbrochen werden,
- e) in geeigneten Räumen,
- f) nur unter Aufsicht der Eltern im Hause, nicht gemeinschaftlich unter fremden Menschen in fremden Häusern ausgeübt werden,
- g) nicht mehr als Vorwand benutzt werden, um die Kinder unter der Aufsicht der Eltern, sie seien krank, vom Schulbesuch abzuhalten. — Ueber diesen Punkt müssen Angaben oder vielmehr Versicherungen vorgelegt haben, die man freilich in den Resultaten der Enquete vergebens sucht. —

Wie die Vertreter der arbeitenden Klassen über Kinderchutz denken, wird das Reichsamte des Innern wohl bei Beratung seines Etats zu hören bekommen. Vorher könnten Graf Posaadovsky und seine Geheimräte sich schon mit den Forderungen vertraut machen, die der schweizerische Grütliverein auf dem Wege einer Preisauflage, die nach Mitteln und Wegen zur Bekämpfung der Kinderausbeutung in der Hausindustrie suchte, erhoben hat. Die kleine, zwei prämierte Preisarbeiten enthaltende Schrift des Grütlivereins bringt viel, was auch bei uns für ähnliche Verhältnisse paßt und beherzigt zu werden verdient. Und die dort aufgestellten Forderungen, die sehr maßvoll gehalten sind, können ohne weiteres die Richtschnur für eine deutsche Reichsgesetzgebung abgeben. Sie verlangen eine weitreichende Einschränkung der Erwerbstätigkeit der Kinder zu Hause. A) Im allgemeinen:

- 1. Staatliche Aufsicht über die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und auch in der Landwirtschaft.
 - 2. Aufnahme einer Statistik über die erwerbsmäßige Arbeit schulpflichtiger Kinder zu Hause. Wiederholung dieser Erhebung in regelmäßigen Zeitabständen und Ausdehnung derselben auch auf die Arbeit in der Landwirtschaft.
 - 3. Im besonderen: 1. Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder.
 - 2. Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren ist zu verbieten.
 - 3. Ebenso die Arbeit älterer Kinder morgens vor Beginn der Schule und an Sonntagen.
 - 4. Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind.
 - 5. Streng zu verbieten ist, schulpflichtige Kinder im Wirtschaftsgewerbe und bei Schaustellungen zu verwenden.
 - 6. Die staatliche Aufsicht über die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und auch in der Landwirtschaft ist einer besonderen Abteilung der Gewerbe-Inspektion zu übertragen.
- Die jetzt so geschwägigen Offiziösen haben zu unsren bisherigen Ausführungen über die Fragen des Kinderchutzes geschwiegen, dafür wird den Herren vom Reichsamte des Innern bei der Staatsberatung reichlich Gelegenheit geboten werden, sich über diese Dinge gründlich auszusprechen.

Litterarisches.

Im Verlage der „Socialistischen Monatshefte“ sind soeben drei Broschüren erschienen, die einander bis zu einem gewissen Grade ergänzen und darum wohl eine gemeinschaftliche Beiprechung rechtfertigen.

„Von Gotha bis Witten“ hat J. Auer zum Verfasser, „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ Karl Legien und „Die Genossenschaftsbewegung“ Adolf v. Elm. Alle drei Schriften sind Niederschriften je eines Vortrags der Verfasser aus dem Mai d. J., woraus sich die knappe Verhandlung des Gegenstands erklärt, durch die sie sich sämtlich auszeichnen.

„Von Gotha bis Witten“: Ein Stück Geschichte unserer Partei in Deutschland, erzählt aus dem reichen Schatze persönlicher Ergebnisse des Verfassers — wohl geeignet, zu nachdenklicher Betrachtung zu stimmen und zur Belehrung zu dienen den Jüngeren wie den Älteren.

Die brutale Gewalt die mühsam geschaffenen Organisationen des kaum geeinten kämpfenden Proletariats zerstörte und gleichzeitig die wirtschaftliche Existenz vieler Hunderte vernichtete, wie die Männer geachtet wurden, die nichts thaten, als ihre Stimme zu erheben für eine höhere Kultur, die das Proletariat aus dem materiellen, geistigen und sittlichen Elend erheben wollten und die herrschende Klasse an ihre Sünden mahnten, wie sie geachtet wurden von der Staatsgewalt, geachtet von der bürgerlichen Gesellschaft, gemieden und verleugnet oft von den besten Freunden, denen der Besenmerkm in schweren Zeiten fehlte; wie dann unter beständigen Gefahren, unter Not und Entbehrungen und Verfolgungen die gerissenen Fäden wieder neu geknüpft, die desorganisierten Massen wieder geordnet und mit neuem Vertrauen erfüllt wurden, bis schließlich den verblüfften Machthabern eine stärkere, besser organisierte, in der Schule des Leidens gefühlte Kampftruppe gegenübertrat — das alles kann man nachempfinden bei der schlichten Erzählung Auers, die den Stempel des Selbst-erlebten an der Stirn trägt.

Auer erwähnt am Schluß seines Vortrags eine Aeußerung Mehrings in seiner „Geschichte der Socialdemokratie“, wo er in dem Kapitel über den Parteitag in Witten sagt, daß nicht die Führer, sondern die Massen die Situation gerechert hätten. Dem fügt Auer hinzu, daß er dieser Ansicht nicht widersprechen wolle. Die Massen hätten gethan, was man nur von ihnen verlangen konnte. „Aber,“ so fährt er fort, „wenn auch den Massen für ihre Treue alle Hochachtung gezollt werden soll, so möchte ich doch sagen, daß, wie die Massen, so auch die Führer in jener schweren Zeit ihre Schuldigkeit gethan haben.“

Ich muß dem durchaus beistimmen. Ohne hingebende, pflicht-treue und opferbereite Führer mit offenem Blick für das, was den Interessen des Proletariats in jener Lage dienlich war, hätten den Massen alle ihre Opfer nichts genügt. Und was heißt überhaupt „Massen“ in diesem Zusammenhang? Gewiß wird niemand daran denken, den paar Männern, die in der Öffentlichkeit jener Zeit hervorgetreten sind, das alleinige Verdienst an der Erhaltung der Widerstandsfähigkeit der Partei und ihrem im allgemeinen richtigen Handeln zuzuerkennen; es gehörte dazu in der That mehr wie zehn oder hundert oder etliche. Aber was man von einem höheren Standpunkte aus leicht als „Masse“ anzusprechen geneigt ist, das spielt doch den Massen des Proletariats gegenüber gewissermaßen auch nur eine Führerrolle und zwar sowohl im allgemeinen als mehr noch in den besondern hier in Rede stehenden Zeiten in weit höherem Grade, als derjenige anzunehmen geneigt sein mag, der niemals in die Massen hinabzutreten Gelegenheiten hatte.

Geschichtlichen und informatorischen Charakter trägt auch die Schrift Legiens über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie schildert uns in großen Zügen die Anfänge und die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen in ihren verschiedenen Formen, berührt dabei erläuternd ebenfalls die Zeiten des Socialistengesetzes und giebt schließlich eine Uebersicht über die gegenwärtige Stärke der Organisationen und ihre innere Einrichtung. Die Kämpfe um die Organisationsform, die zum Teil den äußeren Ausdruck des Kampfs um die gewerkschaftliche Taktik bilden, werden erwähnt und dabei der bekannte Standpunkt des Verfassers, den auch ich für richtig halte, vertreten, daß die Gewerkschaften keine politischen Parteiorganisationen, sondern Arbeiterklassenorganisationen schlechthin sein sollen.

Ein ihm bekannt als eifriger Befürworter und Förderer des Genossenschaftswesens und zeigt sich deshalb in seinem Vortrage auch gut unterrichtet über die Geschichte der Genossenschaften. Man kann nur den hohen Wert der Genossenschaften gebührend anerkennen, ohne in ihrer Schätzung dem Genossen Elm überall zu folgen. Elm glaubt nicht, daß man eines Tags die Besitz der politischen Macht von einer Centralstelle aus die ganze socialistische Gesellschaft organisieren kann. Gewiß, das braucht man nicht zu glauben, aber deswegen braucht man ebensowenig zu glauben, daß nur die Konsumvereine die einzig mögliche Form dieser Organisierung sein werden. Man kann ja so viel glauben! Umso mehr, je größere Zeiträume man sich für das Ziel seines Glaubens setzt.

Ein citierter Ausspruch: „Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampfe der Gewerkschaften um Beeinflussung der Produktionsbedingungen, neben dem Kampfe des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionszweige, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu spielen.“ Um dann fortzufahren:

„In Deutschland haben wir speziell auf genossenschaftlichem Gebiete noch eine ganz gewaltige Arbeitssumme vor uns. Die großen Arbeitermassen ermangeln noch des Verständnisses für die weitere Entwicklung derselben, deren Vorbedingung zunächst die Pflege des solidarischen Geistes in den Genossenschaften ist.“

Uebrigens des solidarischen Geistes! Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Konsumvereine den solidarischen Geist, den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen etwa mühsam erweckt, gar leicht zerlösen können, wo er noch nicht allzudeep eingedrungen ist. Die Idee Dividendenjägerci, der Krämerzim, der Egoismus gewinnen nur zu leicht die Oberhand, tragen Zwiespalt in die Reihen der bisher geeinten und vernünftigen, was in langer sorgfamer Erziehungsarbeit geschaffen worden. Das braucht nicht immer einzutreten, wird auch nicht immer eintreten, aber die Gefahr ist vorhanden, mag sie auch um so geringer werden, je länger an einem Orte die zur Solidarität erziehenden Faktoren wirken.

Zur Massenverbreitung zu Agitationszwecken möchte ich die 3 Broschüren nicht empfehlen, dagegen sind sie wohl geeignet zu der häufig geübten Verteilung an die Mitglieder der Organisationen. Sie wirken in vielfacher Beziehung belehrend und regen zum Nachdenken an. Der Preis beträgt 30 Pf. für jede.

Briefkasten der Redaktion.

- Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
- Ueber die Arbeiter-Bildungsschule giebt Ihnen der Besprechende Raum, Hofenstraße 72, die erforderliche Auskunft.
- St. 95. Können Sie durch die Buchhandlung Vorwärts beziehen.
- St. 96. Wir haben die Frage erst in unserer Nr. 250 vom 26. Oktober ausführlich beantwortet.
- St. 98. In der Genossenschaftlichen Bibliothek und Verkaufsstelle, Alexanderstraße 26, ist eine sehr reichhaltige Sammlung technischer Werke, in der Sie sicher auch Bücher über Maschinenbau finden werden.

Achte General-Versammlung der Vereinigung der deutschen Maler.

Würzburg, den 24. November 1900.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt; ein wichtiger Punkt ist die Regelung der Streikunterstützung. Genehmigte Streiks werden vom dritten Tage an von der Hauptkasse unterstützt. Bei Arbeitsstreiks und Ausperrungen vom ersten Tage an. Die Unterstützung beträgt für Ledige pro Woche 9 M. oder 1,50 M. pro Tag, für Verheiratete pro Woche 12 M. oder 2 M. pro Tag, für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 50 Pf., für 3 Tage nur 25 Pf. Ebenso findet folgende Resolution in namentlicher Abstimmung gegen 10 Stimmen Annahme: Die örtlichen Streikfonds sind der Hauptkasse zu überweisen; in Erwägung dessen sind sämtliche vorhandene Streikfonds der Filialen zu erlassen. Diejenigen Mitglieder, die für 1900 noch nicht für 3 M. Streikmarken gelöst haben, sind verpflichtet, diesen Betrag, welcher an die Hauptkasse abzuführen ist, noch nachzuzahlen. Die noch nicht an die Hauptkasse abgelieferten Streikbeiträge sind ebenfalls an die Hauptkasse abzuführen.

Arbeitsgeld-Zuschuß wird wie folgt geregelt: Der Vorstand kann an Mitglieder bei eintretender Krankheit einen Krankengeld-Zuschuß gewähren: Nach einjähriger Mitgliedschaft pro Tag 55 Pf., während 25 tägiger Dauer und steigt bei jedem Jahr um 5 Pf. pro Tag. Die Unterstützung in jedem Jahre um 5 Tage, so daß die Höchstzahl der Unterstützungstage 70 mit pro Tag 1 M. beträgt. Ebenso wird ein Antrag auf Gewährung eines Sterbegeldes nach einjähriger Dauer der Mitgliedschaft von 15 M. bis zu 60 M. nach zehnjähriger Mitgliedschaft angenommen. Des Weiteren wurde folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung ermächtigt den Hauptvorstand, denjenigen Filialen, welche 200 und mehr Mitglieder haben und infolge ihrer ausgedehnten Organisationsform durch Einführung der Hausflatterung usw. mit den 25 Proz., die am Orte bleiben, nicht ausreichen, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse einen Zuschuß zu gewähren. Der Hauptvorstand erlangt dadurch das Recht, in diesen Filialen bei wichtigen Fällen mitzusprechen. Ebenso wird folgender Antrag in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 23 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen: Dem Hauptvorstand und Ausschuß wird das Recht zuerkannt, in denjenigen Agitationsbezirken, wo sich die Notwendigkeit herausstellt, daß die Agitation dadurch gefördert wird, Kollegen anzustellen, oder einen Beitrag zur Befoldung zu gewähren. Damit ist die Statutenberatung beendet. Es folgt die Festsetzung der Tagesgelber für die Delegierten und wird dieselbe auf 12 M. pro Tag bemessen und Fahrgelber 3. Klasse. Die Gehälter für die Beamten wurden auf

2000 M. pro Jahr festgesetzt und wird denselben ein zehntägiger Urlaub bewilligt. Als Vorsitzender wird Zoblner und als Kassierer Wenter per Acclamation einstimmig wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wird Krüger ernannt. Als Redacteur wird Marx per Acclamation wiedergewählt. Als Sitz des Vorstands wird Hamburg, als Sitz des Ausschusses Stuttgart wieder bestimmt.

Sodann erstattet G u H den Bericht über den 3. deutschen Gewerkschaftskongress. Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Pálow von der Generalkommission ergänzt die Ausführungen und verbreitet sich namentlich über die Gewerkschaftsartelle; die Tätigkeit derselben muß arg begrenzt werden, vor allem müsse ihnen die Befugnis über Gelderhebungen und Entscheidungen über die Streiks genommen werden. Sodann wird beschlossen, zum Gewerkschaftskongress je einen Vertreter des Hauptvorstands und des Ausschusses, die übrigen Delegierten durch Abstimmung zu wählen. Zoblner referiert über die Stellung zu den ausländischen Bruderorganisationen. Redner empfiehlt, mit den französischen, dänischen, österreichischen und schweizerischen Malern ein Gegenseitigkeitsvertragsverhältnis abzuschließen. Die Versammlung beschließt demgemäß. Sodann gelangt folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Generalversammlung protestiert im Namen ihrer 15 000 Mitglieder entschieden dagegen, daß das Reichsamt des Innern sich nicht nur in einem auffälligen Abhängigkeitsverhältnis zu dem unter dem Namen der „Scharfmacher“ weitläufig bekannten Verband deutscher Industrieller gestellt, sondern sich von diesem Verband auch noch Geld zur Agitation für die Jugendvorsorge erbettelte, um für diese Vorsorge agitieren zu können. Die Generalversammlung erblickt in diesem Vorgang einen Akt der Korruption, wie er schlimmer von einer solchen Regierungsabteilung nicht erdacht werden kann. Aus diesem Grunde erklärt die Generalversammlung, zu einer derartigen Regierung nicht das mindeste Vertrauen zu besitzen.

Nach einem begeisterten Schlusswort seitens des Vorsitzenden Zoblner wird die achte Generalversammlung der Vereinigung der Maler mit einem beaufenden Hoch auf die Organisation geschlossen.

Theater.

Recessionsbühne: Königsöhne von Helge Rode. Deutsch von Anna Leistikow. — Zwei Königsöhne stehen einander gegenüber. Der eine ist frisch, thätig und schönheits-trunken. Er liebt das Leben in maßlosem Drang, liebt glänzende Farben und schöne Frauen. Der andre ist ein Philosoph, der das Leben betrachtet und sich im Anschauen des Todes und der Ewigkeit darüber hinwegsetzen möchte. Er will seine Seele von allem reinigen, was fleisch, irdisch und vergänglich ist. Als der alte König Macht und Würde niederlegt, bestimmt er den lebensfrohen Sohn

zu seinem Nachfolger — der Philosoph steht finster beiseite und empfindet Leid. Eigentlich scheitert seine erhabene Verachtungstheorie schon an diesem Punkte. Im weiteren Verlauf des Stückes verliebt er sich (o Schmach!) noch in ein hübsches Mädchen und wird schließlich gar zum Mörder aus Eifersucht, woraus man ersehen mag, daß das Leben doch nicht so ganz zu verachten ist, zumal wenn die Weiber ins Spiel kommen. Dem lebensfrohen Bruder geht es zunächst besser. Er erzieht Siege, reinigt das Reich von Korruption und wird gefeiert. Schließlich aber kommt er zu der unansehbaren Erkenntnis, daß wir alle sterben müssen. Einmal kommt die Zeit, wo die Haut weilt und auch das schönste Weib wird einmal so alt, daß sie keinen mehr verführt. Mit der scharfen Lebensbejahung ist es eben auch nichts, so wenig wie mit der scharfen Lebensverachtung. Eine ganze Existenz läßt sich weder in dem einen noch in dem andern Extrem führen. Was also dann? Das Kompromiß. Gehen wir an unsere menschliche Arbeit und legen wir die Großmuthsücht beiseite.

So ungefähr habe ich das Stück verstanden, was gar nicht ausfällt, daß meine Kollegen, das Publikum und der Dichter es ganz anders verstehen. Jedenfalls macht meine Auffassung klar, wie tief das unbedeutende Stück empfohlen konnte. Der Kompromißgedanke leidet bei ihm ja immer wieder, ist gar nicht Helge Rodes, sondern vielmehr sein Gedanke. Im übrigen trifft man den Charakter der Arbeit am besten, wenn man sie als ein philosophierendes und deklamierendes Epigonen-drama bezeichnet. Was soll uns das? — E. S.

— „Meber mine Kraft“, II. Teil, von Björnson, ist von der Censur freigegeben worden. Das Drama wird am Berliner Theater im Januar in Scene gehen.

Witterungsüberblick vom 24. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C.
Stettin	761	SW	2	Rebel	1	Saparanda	759	Still	—	bedeckt	—3
Danzig	760	OSO	1	Rebel	0	Wiesenburg	—	—	—	—	—
Berlin	761	Still	—	Rebel	3	Gort	751	—	—	6 Regen	0
Frankf./M.	758	NO	2	Wolff	3	Aberdeen	753	NO	1	bedeckt	6
München	758	SO	3	Rebel	1	Paris	—	—	—	—	—
Wien	758	Still	—	Rebel	7						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 25. November 1900.
Mild und zeitweise heiter, vielfach neblig mit leichten Regenschauern und schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Eduard Bernsteins neuestes Werk

Diese **hochbedeutsame** umfangreiche Publikation zerfällt in 3 Abschnitte:

I. Ex Cathedra. — II. Probleme des Socialismus. — III. Waffengänge für freie Wissenschaft im Socialismus.

Preis geheftet 5 Mark. Elegant gebunden 7,50 Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften Dr. John Edelman, Berlin W. 35, Lützow-Strasse 35a.

erschien soeben unter dem Titel:

Zur Geschichte und Theorie des Socialismus

Gesammelte Abhandlungen.



Waarenhaus

Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49 — Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

Unsere Spielwaaren-Ausstellung

in der zu diesem Zwecke **neu eingerichteten 3. Etage ist eröffnet.**

Sie umfasst den grössten Flächenraum einer Spielwaaren-Abtheilung Europas — enthält die reichste Auswahl vom einfachsten Spielzeug bis zum complicirtesten mechanischen Kunstwerk.

Der Andrang zu unserem photograph. Atelier ist vermöge der künstlerisch ausgeführten Bilder, insbes. der des Kunstlicht-Ateliers D. R.-P. 69417 ein derartig grosser, dass wir im Interesse pünktlicher Lieferung — für Weihnachtsbilder — rechtzeitigen Besuch empfehlen.

Um dem voraussichtlich erheblichen Andrang vor Weihnachten vorzubeugen, laden wir das Publikum zum frühzeitigen Einkauf ein und haben Vorkehrungen getroffen, alle von jetzt ab gekauften Waaren bis zum 18. December aufzubewahren, um sie alsdann auf Wunsch abzuliefern.

Unsere Spielwaaren-Schaufenster!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 25. November.
Freie Volksbühne. Keine Vorstellung.
Opernhaus. Logengrün. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Der Barbier von Bagdad. Die roten Schuhe.
Schauspielhaus. Faust. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Wintermärchen.
Neues Opern-Theater (Kroß). Nathan der Weise. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Die Fledermaus.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Leffing. Johannischer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Deutscher. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Die strengen Herren.
Neubau. Fernande. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Montag: Die Dame von Maxim.
Neues. Werda Noth. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Die Liebesprobe.
Westen. Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Der Freischütz.
Central. Die Glocken von Cornoville. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Der Brautvater.
Seccionsbühne. Königshöhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Schiller. Faust. (2. Teil. 2. Abend.) Fausts Tod und Erlösung. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Faust. (2. Teil. 1. Abend.) Das Reich der Mitter.
Thalia. Jugend. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Amor von heute.
Lüssen. Die Räuber. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Meine Tochter: Borher: Rein Stern.
Friedrich Wilhelmshöhe. Der Traubadur. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Montag: Die Fledermaus.
Carl Weiss. Faustrecht und Landfriedensbruch. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Berlin wie es weint und lacht.
Selle-Alliance. Der Projehant. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Metropol. Die Ehre. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil.
Uyolo. Specialitätenvorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Specialitätenvorstellung. Fräulein Forein.
Palast. Specialitäten: Vorstellung. Die Seemannsbraut oder: Die Rückkehr aus China. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Specialitätenvorstellung. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten: D. Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Oceans.“
Jubaltheater. 57/62. Die Weltausstellung in Paris.
 Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
 Montag: Im Hochgebirge von Baltistan. Von Mrs. Bullock Workmann-Boston.
 Im Horsaal: „Röntgenstrahlen“ von Dr. Donath.

Seccionsbühne.

Alexanderstr. 40. Königshöhe. Schauspiel in 4 Akten v. Selge Noe. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Grosse Specialitäten-Vorstellung
Nora Gatti. The Weltons.
Robert Steidl mit neuem Repertoire.
Pannonia. Franz Porten.
 Miss Madge Ellis.
Sullivan Aranke. Alfred Trappa.
Hans Fredy. Joh. Sempke.
Riccardo u. Benedetto.
 Der Kosmograph etc. etc.
 Kassensöffn. 6 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

früher Feon-Palast, Burgstr. 22.
Sonntag, den 25. November:
 Nur einmalige Aufführung!
Neu! 8 1/2 Uhr: Neu!
Die Seemannsbraut
 oder:
Die Rückkehr aus China.
 Stoffstück mit Gesang in 4 Bildern.
 Alexander v. Selbern:
 Dir. Rich. Winkler.
 Auftreten sämtlicher Specialitäten in ihren Glanznummern.
 Anfang 7 Uhr. Kassensöffn. 6 Uhr.
 Entree: 50 Pf.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Sonntag, 25. Nov. (Totenmontag)
Einmal. Ensemble-Gastspiel
 des Leffing-Theaters.
Die Ehre.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag, den 26. November und die folgenden Tage:
Der Zauberer am Nil
 und das vollständig neue November-Special-Programm.
 Sonnabend, den 1. Dezember:
Eine tolle Nacht.
 Henry Bender als Debut.

Passage-Panoptikum.

Neu: Krao, das Hindemlich zwischen Mensch u. Affe (Leben).
Liza, das 12jährige Liebeskind (336 Pfund schwer).
China in Berlin.
 Großes theatrales-ethnographisch.
 Schauspiel in 11 Bildern.
 Entree einschließlich Theater 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Cirkus Busch

Sonntag, 25. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr:
 Nur eine Vorstellung.
Extra-Gala-Abend.
 Europäische Kavallerie
 auf 16 Schulferden.

Hypnotismus? Enggeitton? oder Spiritismus???

Herr Burkhardt-Football-Schlichter.
Direkt. Busch mit seinen großartigen Weisheitsredaktionen.
„Les Bergères“ mit ihrer wunderbaren Fundamente.
Sensationell! Neu!
 Noch nie bisher dagewesen!
Frères Frediani die 3 Arabaten zu Pferde.
 Auftreten d. Schreitertinnen Rih Laila-Lee und Mlle. Spampant.
Great-Equestrian-Aet.
 angeführt von Mons. Szodoglovs, Mlle. Andalusia, Sign. Bedini und Mr. Clarke.
Kreis! Sonntag, 2. Dezbr., nachmittags 4 Uhr:
Berliner Landpartien.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang 8 Uhr.
 Borher: Konzert.

Saal Bechstein

Mittwoch, 28. Nov., 7 1/2 Uhr:
Liederabend von Martha Schley
 Lieder von Franz, Cornelius, B. Horwitz, H. Wolf, Schumann, Loewe.
 Karten Mk. 3, 2, 1.
 b. Bote & Bock, 9-8.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
 Invalidenstr. 57/62:
„Die Weltausstellung in Paris.“
 Montag: abends 8 Uhr:
„Im Hochgebirge von Baltistan“ von Mrs. Bullock Workmann-Boston.
 Im Horsaal:
„Röntgenstrahlen“ von Dr. Donath.
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.
Eingang Schadowstr. 14.
 Heute Sonntag Eintrittspreis
25 Pf.
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung.
 Kolossaler Erfolg:
Jenseits der krummen Lanke
3. Seebataillon 2. Comp.
 12 Specialitäten-Debüts.
 Eintr. inkl. Panoptikum 50 Pf.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu
 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin.
 Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzitionen, Nationaltänze.
 Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 8-10 Uhr stündl.
 „Allersessen“, neue Illusion!
 Russ. Damenkapelle Zarina.
 Entree 50 Pf.
 Militär u. Kinder 25 Pf.

W. Noacks Theater.

Friedrichstr. 16.
Die Blinde von Paris.
 Schauspiel in 5 Akten v. F. Herrmann.
 Montag: Krivis-Pyris.
Theater Grand-Hotel
 Alexander-Platz.
Bummels Roman
 oder: **Berliner Leben.**
 Gr. Berliner Gesangsposse in 5 Bildern.

Cirkus Schumann.

Heute, Sonntag, den 25. November, abends präcise 7 1/2 Uhr:
 Nur eine Vorstellung.
Gr. außerord. Gala-Vorstellung.
 Grossartiges Parforce-Programm.
 Unter vielen andern: Da das polstische Herbst aufzubrechen! Wiederauftreten des Amerikaners Rawsons und der Amerikanerin Jane mit ihrem sensationellen und für Europa vollständig neuen Akt.
 Borführung der anerkannt unerreicht dastehenden Original-dressuren des Dir. Alb. Schumann.
 Ferner Auftreten der besten Kunstfische, Damen und Herren in ihren Glanzleistungen, sowie der neu engagierten Specialitäten.
 Zum Schluss zum 63. Mal: Das größte Manegen- und Wasser-schauspiel der Gegenwart:
CHINA.
 Ein Sensations-schauspiel ersten Rangs. Darstellendes Personal ca. 600 Pers. Sämtliche Einlagen u. a.:
 Neu! Neu! Neu!
 Allabendlich stürmischer Beifall: Eröffnung der 20. Jah. hohen glatten chinesischen Wauer. - Sensationelle Bronce-Pirce: Giffung der deutschen Hingge.
 Montag: **Gala-Sport-Vorstellung.** Neues Programm:
Löwen-Baron. China x.

Cirkus Jansly.

Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
 Sonntag, 25. November, abends 8 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
 Vorzügliches Programm. Auftreten des anerkannt vorzüglichsten Künstler-Perionals.
 Direktor Janslys Original-Konstre-Dressuren. Nur noch wenige Tage: Brothers Hugossons, Die Könige der Luft. Zum Schluss: Pluto, der Hölle Herr, im Brillant-Feuertregen, ger. von Direktor Jansly.
 Montagabend 8 Uhr: Brillante Extra-Vorstellung.
 (Näheres die Tageszettel.)

Zahn-Klinik Vr. Teichblg.

Frau Olga Jacobson, Dent.
 55/14* Jubalidenstr. 145.

Freie Volksbühne.

Heut nachmittag keine Vorstellung.
Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, I. Abteilung, im Lossing-Theater:
Der Bund der Jugend
 von Henrik Ibsen
 (die folgenden Abteilungen am 9., 16., 23., 30. Dezember, 1. und 6. Januar 1901):
 gleichzeitig im **Carl Weiss-Theater**
nachmittags 2 1/2 Uhr: III. Abteilung:
Ueber unsre Kraft. (II. Teil.)
 Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen und ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen dürfen. Nachzügler haben kein Anrecht auf einen Platz im Theater.
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Graumanns Festsäle, früher Renz,

Nannynstraße 27. [53348*]
 Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen. Einige Sonntagsabende sind noch frei für Vereine.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Grosser Ball.
 Alle übrigen Tage steht mein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erfrischige. Direction: Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.
 Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Andreas-Festsäle

Andreasstraße Nr. 21 (am Andreas-Platz).
 Telefon: Ami VII, 5323.
 Wegen Auflösung von Vereinen sind bei mir Säle frei geworden, auch Silvester. Empfehle dieselben unter coulantem Bedingungen.
 Carl Stechert.

Gesellschaftshaus Alhambra

Zwinnmünderstr. 42.
 Tägl. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball. Gr. Extra-Ball bei doppelt besetzten Säle für Gesellschaften, Vereine, großen Orchester. Anfang 5 Uhr. fountant zu besuchen. [53348*] 136* A. Zamcat.

Damen-Mäntel enorm billig

Direct in der Fabrik bei **Heinrich Rackwitz,**
 Niederwallstrasse 28-29.
 I. Etage, gleich am Spittelmarkt, viertes Haus rechts.
 Chiko Winter-Jaquets und Paletots, glatt, m. Pelz u. auch verziert. . . 4, 7, 9, 12, 15, 18-20 Mk.
 Elegante Capes i. Pelz, gl. u. occr. Stoff, entral. 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40-45 Mk.
 Wattirte Röder . . . 7, 10, 15, 20, 25, 30-35 Mk.
 Kinder-Jaquets u. Mäntel 3, 5, 7, 9, 12-18 Mk.
 Täglich bis abends 9 Uhr auch Sonntags geöffnet. [12068]

Nähmaschinen

aller Systeme kauft man am besten nur direkt im
Nähmaschinen-Geschäft, Charlottenburg,
 Wilmersdorferstrasse 115.
 Ohne Anzahlung, Woche 1 Mk., fünfjährige Garantie, Unterricht gratis.
 Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten Rabatt. 19-48*

Musverkauf für Weihnachten.

Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Läuferstoffe, Steppdecken
 zu fabelhaft billigen Preisen.
 Rechtzeitiger Einkauf zu empfehlen.
Teppichhaus A. Rosenberg, Landsbergerstraße 82.
 Ges. gesch. No. 61994.

Präsent Chaiselongue

empfehle ich mein zusammenklappbares von 12 Mk. an mit Bettenbehälter von 15 Mk. an. Ferner empfehle Bettstellen f. Erwachsene u. Kinder v. 4 Mk. an. Patent-Matratzen, Polster-Bettstellen.
E. Sass, Einzelverkauf: Köpnickstr. 39a.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.*

Große Berliner Central-Küche.

Kud technischen Gründen war die Große Berliner Central-Küche während einiger Monate geschlossen. Die Wiedereröffnung findet am Montag, den 3. Dezember, statt. Nachdem es mir gelungen ist, Herrn Balduin Franke, bekannt aus seinen Unternehmungen ähnlicher Art in der Großen Hamburgerstraße 73, Rosenfeldstraße 60 und Neue Grünstraße 39, als Leiter des Betriebes zu gewinnen, ist der Berliner Arbeiterchaft die Gewähr gegeben, daß die Speisen weiterhin in vorzüglicher Qualität und zu billigen Preisen verandagt werden. Inwiefern ich die Herren Fabrikbesitzer und Unternehmer erlaube, etwaige Wünsche betreffs Verlebung von Speisen vor dem 1. Dezember an mich gelangen zu lassen, bitte ich die Arbeiterbevölkerung Verlebung und der Umgegend, mein Unternehmen wie bisher gütigst unterstützen zu wollen, da es mir nur durch Massenanfabrig möglich ist, gute Ware bei billigen Preisen zu liefern. Alles Nähere bringen Zeitungen und Flugblätter Anfang Dezember. **Berlin NO., Greifswalderstraße 71. L. Höhnke,** Unternehmer für Massenverköfung, Fernsprecher: Ami VII, 1334. **Berlin SO., Greifswalderstraße 71. L. Höhnke,** Fernsprecher: Ami VII, 1334.

Abteilung Wein-grosshandlung

Glühwein-Extrakt

anerkannt vorzüglich
 a Literflasche M. 1,30, 5 Liter M. 5,50, 10 Liter M. 10,-.

Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.

Belle-Allianceplatz 6a. - Neue Friedrichstr. 81. - Genthinerstr. 29. - Oranienstr. 190. - Grüner Weg 60. - Elsassstr. 71. - Pausbuserstr. 35. - Wilsnackerstr. 25. - **Schöneberg,** Hauptstr. 129. - **Charlottenburg,** Kaiser Friedrichstr. 48. - **Steglitz, Albrechtstr. 18. -**

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungs-Musik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen.**
 Wochentags Tanz frei. Vereins- und Bezugsбилетт wochentags gültig. Säle zu Festlich. u. Versammlungen.

Elysium.

Landsberger Allee 40-41.
 Jeden Sonntag und Mittwoch:
Norddeutsche Sänger.
Grosses Konzert.
 Um 9 Uhr: **BALL.**
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania

Wrangelstrasse 10/11.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Anf. 4 Uhr. Siehe Aufschlagzettel.
 Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
 [53238*] C. F. Walter.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
 Täglich
 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Für jeden Tisch! Für jede Küche!



verbessert augenblicklich jede schwache Suppe und Bouillon so wie Saucen, Ragouts und Gemüse. Zu haben in allen Material-, Delikatesswaren-Geschäften, Droguerien und Mehlhandlungen.

Billiger Kartoffel-Verkauf.

Beste Kartoffeln!
 Wegen großer Rückläufe bin in der Lage, Ihnen Kartoffeln für 2,20 Mk. zu verkaufen. Verkauf nur 1/2 und 1/4 Centner. Bei Bestellung von 1 Centner liefern ich frei Haus Centner 2,30 Mk. 963*

Massante, Riederstr. 11.

I. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Sonntag, den 25. November, abends 6 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Cohn, Deuthstraße 20.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Dr. Beutler:
Die politische Lage.

Nach dem Vortrage:

308/5

Gemüthliches Beisammensein.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Die Vertrauensleute.

III. Wahlkreis. Soc.-dem. Wahlverein.

Mittwoch, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Häufels Welträtel“. Referent Herr Dr. Steiner.
2. Diskussion. — Gäste willkommen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 25. November, abends 6 Uhr, im Lokal
bei Köhring, Märkischer Hof, Admiralsstraße 18c:

Gemüthliches Beisammensein.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branchen-Versammlungen

Tischmacher

am Montag, den 26. November 1900, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.

Hierzu sind die Kollegen der Werkstatt von Bökel, Ruckauerstr. 28,
ganz besonders eingeladen.

Büchermöbel-Tischler

am Dienstag, den 27. November 1900, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.

Rüchermöbel-Tischler

am Dienstag, 27. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstraße 27 c.

Telephon-Tischler

sowie derjenigen, welche auf telegraphische, photographische
und chirurgische Apparate beschäftigt sind,

am Mittwoch, 28. November, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof,
Admiral-Strasse Nr. 18 c.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kontrollkommission-Mitglieder über die Werkstatt-Ver-
handlungen. 2. Wie gestaltet sich die gegenwärtige Situation in der Branche.
Es ist Pflicht eines jeden in der Branche Beschäftigten Kollegen, zu
erscheinen.

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert,
Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung

Herren-Schreibtisch- u. Büffett-Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserer Branche.
2. Diskussion.
Es ist Pflicht, daß sämtliche Tischler dieser Branche in der Ver-
sammlung erscheinen.

Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr, im Weddingpark,
Müller-Strasse 178:

Branchen-Versammlung

Modell- u. Fabrik-Tischler, sowie Modelldrechsler.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl: „Wie kann ich mich gegen die
Dungenkrankheit schützen?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Branche der Korbmacher.

Montag, den 26. November 1900, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke,
Andreasstraße 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Zustände in der Kugelforbbranche. 2. Verschiedenes. 3. Branchen-
Angelegenheit.
Um zahlreichen Besuch bittet Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engelsufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter u. Berufsg.

im Drehdener Garten, Drehdener Straße 45.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Der Alkoholismus und die
moderne Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engelsufer 15 I,
und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und
4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem
von 7-9 Uhr abends. Sonnabends nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/16 Die Ortsverwaltung.

Tapezierer.

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns
Festhallen, Deuthstraße Nr. 21:

Öffentliche Versammlung

aller im Tapezierergewerbe beschäft. Personen.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhältnisse in unserem Berufszweige und wie sind dieselben zu
beseitigen. Referent Kollege Otto Pönke. 2. Diskussion. 192/3
Der Gehilfen-Ausschuss.
3. A. Paul Schmidt, Allee 11, Kleine Frankfurterstraße 10.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, 27. November, abends 8 Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 2. Bericht der Agitations-, Lokal-
und Propagandakomitees-Mitglieder und Neuwahl derselben. 3. Vortrag des Genossen G. Ledebour.
4. Verschiedenes.
Bühnenbesuch erwünscht

Die Vertrauensleute.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 2. Dezember, vormittags präc. 10 Uhr,

im Saale der Brauerei Friedrichshain:

Ausschuss-Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme von Vereinen. 2. Beschlußfassung über die am den Vorstand gelangten Anträge. 3. Ver-
schiebenes. — Vereine, welche vom Sängerbund nicht abgerechnet haben, werden bekannt gegeben. —
Die ausstehenden Formulare (Fragebogen) sind umgehend einzusenden. 10/18

Präcise 11 Uhr: Übungsstunden für alle Bundesvereine.

Jeder: **Bundeshymne, Mütterherz, Sehnsucht, Drei Ehrengrüsse.** — Die Vereine
sind verpflichtet, vollständig und pünktlich zu erscheinen. — Bundes-Mitgliedskarte legitimiert.
Der Vorstand.

Achtung! Die Kreis-Konferenz

des Reichstags-Wahlkreises Teltow- Beeskow-Storkow-Charlottenburg

findet am 9. Dezember 1900, nachmittags 1 Uhr, im Gewerkschafts-
haus (Saal 5), Engelsufer 15, statt. 304/18

Tages-Ordnung:

1. Die Centralisation der Wahl- und Bildungsvereine des Kreises.
2. Statutenberatung und Wahl des provisorischen Vorstands. 3. Bericht
und Abrechnung des Kreisvertrauensmanns. 4. Bericht der Prop., Agita-
tions- und Lokalkommissionen. 5. Kreisangelegenheiten.

Wichtig! Jeder Ort kann bis 3 Delegierte zur Kreis-Konferenz ent-
senden; die Wahl findet in öffentlichen Parteiverfassungen statt, jedoch
müssen die Delegierten politisch organisiert sein. — Anträge, welche auf der
Kreis-Konferenz ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens 5. De-
zember in Händen des Unterzeichneten sein.
Die Kreis-Konferenz wird pünktlich eröffnet.
Der Kreisvertrauensmann: Wilhelm Eberhardt, Charlottenburg,
Wilmersdorferstraße Nr. 28 a.

Verein für Frauen und Mädchen der

Arbeiterklasse.

Montag, den 26. November cr., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-
hallen, Kommandantenstraße 20:

Vortrag des Herrn Paul Göhre über:

„Erziehungsfragen“.

Der Vorstand.

Wir bitten unsere Mitglieder, die Zahl ihrer Kinder, wieviel
Knaben und Mädchen, anzugeben, welche an der am 28. Dezember statt-
findenden Weihnachtsfeier, verbunden mit Kinderbesprechung, teilnehmen wollen.

Achtung! Rummelsburg.

Am Mittwoch, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Café
Bellevue (großer Saal):

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die deutsche Weltmachtpolitik und was hat die Arbeiterklasse von
Ihr zu erwarten? Referent Genosse Paul Göhre. 2. Diskussion.
3. Bericht des Vertrauensmanns, der Revisionen und der Lokalkommission,
sowie Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. 223/8
Die Parteigenossinnen und -Genossen werden um zahlreiches Erscheinen
ersucht.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Am Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Stechert, Andreasstraße 21:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal. 2. Wahl der ausgetretenen Vor-
standsmitglieder. 3. Wahl der Lohn- und Agitationskommission. 4. Statuten-
änderung. 5. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 188/1
Der Vorstand.

3. A. Karl Jüdel, Rummelsburg, Rantzstraße 49, 2 Tr.
Dieseligen Kollegen, welche noch Billets vom Stiftungsfest in
Händen haben, werden ersucht, in dieser Versammlung abzurechnen.
D. O.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 27. November, abends 8 Uhr, bei Holzbach, Hermannstr. 120:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Silberstein. 2. Abrechnung vom
Stiftungsfest. 3. Anträge und Wahl eines Delegierten zum Gantag.
4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 264/9
Die Ortsverwaltung.

Schneider und Schneiderinnen Berlins!

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im „Friedrichshainischen Kasino“, Friedrichstraße 236.

Tages-Ordnung:

1. Die in der „Deutschen Mode“ angekündigte schwarze Seite des
Arbeiter-Verbands und die Stellung der Kollegenschaft dazu. Referent:
Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen! In Eurem eignen Interesse liegt es, für einen außerordent-
lichen Besuch dieser Versammlung allerorts zu agitieren. Einem zahlreichen
Besuch steht deshalb entgegen. Der Vertrauensmann.

Berliner Ressource,

Kommandantenstrasse No. 57.

Hochelegante kleine und große Säle für 50, 100, 500 u. 1000 Personen
sowie zu Versammlungen, Vereinen und Festlichkeiten empfiehlt unter den
eulantesten Bedingungen 54172

Adolf Stein.

T. IV. 9675.

Orts-Krankenkasse

der 1307b
Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe.

General-Versammlung

jämmtlicher Vertreter

am Montag, den 3. Dezember,
abends präc. 7 1/2 Uhr,
in Cohns Festhallen, Deuthstraße 20/21.

Tages-Ordnung:

Zu getrennter Wahlversamm-
lung.

1. Für die Vertreter der Arbeit-
geber: Wahl von einem Mitglied zum
Vorstand.
2. Für die Vertreter der Arbeit-
nehmer: Wahl von zwei Mitgliedern
zum Vorstand.

Zu gemeinschaftlicher

Versammlung.

1. Wahl des Ausschusses zur Prü-
fung der Jahresrechnung pro 1900.
2. Bericht der am 30. 4.
1900 gewählten Kommission (Beitrags-
erhöhung betreffend).
3. Antrag des Vorstands auf Fest-
setzung von Beamteneinküffern.
4. Beschlußfassung über Abschluß
eines Dienstvertrags mit den Kasien-
beamten.
5. Verschiedenes.

Sollte in dieser Versammlung die
Tages-Ordnung nicht erledigt werden,
so findet am Montag, den 10. De-
zember d. J., abends 8 Uhr, im
gleichen Lokale die Fortsetzung der
General-Versammlung statt, zu welcher
besondere Einladungen nicht aus-
gegeben werden.
Berlin, den 24. November 1900.

Der Vorstand.

J. K. Erb, Schlenker, Vorsitzender.

Beschwerden, zu deren Erledigung
die Ansicht der Kassisten erforder-
lich ist, sind bis zum 27. November
schriftlich im Kasienlokal einzureichen.

Orts-Krankenkasse der

Tabakfabrik-Arbeiter

Donnerstag, 6. Dezbr., abends 8 Uhr,
im Kasienlokal Weinstrasse 11:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Statutenveränderung. 2. Kasien-
bericht. 3. Neuwahl des Vorstands
und der Revisionen.
Hierzu ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Achtung! Große öffentliche Versammlung

für sämtliche in der

Pianoforte-Industrie

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Stechert, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Die Entwicklung der deutschen Pianoforte-Industrie, die Lage der
Arbeiter und der Kämpfer für Einführung der Frauenarbeit in der
Berliner Pianoforte-Industrie, Herr Fabrikant Reumeyer. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

NB. Die Kollegen der Fabriken Reumeyer, Schleifer, Wenzel,
Gedde, Gast u. Co. u. a. sind besonders eingeladen. 284/5

Die Branchen-Kommission der
Musikinstrumenten-Arbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbands.
Die Agitations-Kommission
des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin u. Umg.

Centralverband der Töpfer Deutschlands

(Filiale Berlin).

Bezirks-Versammlungen:

Süd-Ost: Dienstag, den 27. November, bei Brüder,
Waldemarstraße 75.

Schönhäuser Vorstadt: Donnerstag, den 29. November,
bei Ramlow, Schönhäuser Allee 135.

Charlottenburg: Am Donnerstag, den 29. November,
Stiemard und Seidenheimerstrassen-Ecke.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Wahl der Bezirksleitung. Gewerkschaftliches.

190/15 Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

(Gruppe der Pufferträger.)

Montag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstraße 27 c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Stellungnahme zu dem Arbeitssystem der sogenannten „Harm-
losen“-Puffer. 2. Bericht von der Konferenz. 3. Verbandsfrage.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht 43/14
Die Ortsverwaltung.

Textilarbeiter-Verband (Dekateure)

Berlin III.

Heute, Sonntag, den 25. November cr., abends 6 Uhr, bei
Janasch, Inselstraße 10:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Haunasse über: Unsere Taten.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 197/11
Pünktliches, zahlreiches Erscheinen erwünscht. Nachdem: Gemüthliches
Beisammensein. Der Vorstand.

Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Heute abend 6 Uhr im Vereinslokal „Drehdener Garten“,
Drehdenerstr. 45:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski über: „Dortwinismus und
Socialismus“. 195/15
Nachher gemüthliches Zusammensein. Gäste willkommen.
Vorher abend 9 Uhr Übungsstunden in der Filiale
Brunnenstraße 150. Vortrag über: „Knochenbrüche, Verrenkungen und
Verstauchungen“. Der Vorstand.

Lichtbilder-Männervortrag

von Otto Grandmann, prakt. Naturheilkundiger

Dienstag, 27. Nov., Kommandantenstr. 20,
abends 8 1/2 Uhr: Entstehung u. Verhütung der
Schwangerschaft, Erhebungsleistungen in
socialen Verhältnissen.

Für 20 Pf. Brotschüre. Aufnahme neuer Mitglieder im Vortrag und in der
Naturheil- 72 Köpnickestraße 72, Brücken-
Kafé. Naturärztliche Sprechst. für Kranke jeder Art 11-12, 6-8, Jahrsbeitrag 4 M.
192/6 Der Vorstand des großen Berliner Naturheilvereins.

